

# Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 1 – 3. Januar 2009

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

## DIESE WOCHE

### Aktuell

#### Ostpreußen bleibt Erbe und Auftrag

Die Heimatvertriebenen – Bilanz und Prognose **2**

### Preußen / Berlin

#### Kulturinstitution unter Druck

Schauspieler fordern: »Rettet die Kudamm-Bühnen« **3**

### Hintergrund

#### Millionenfache Verleumdung

»Affäre Krüger«: Was ist los bei der Bundeszentrale für politische Bildung? **4**

### Deutschland

#### Krisenmanager für Hessen gesucht

Hessen-SPD droht schlechtestes Ergebnis **5**

### Wirtschaft

#### US-Vize fürchtet den totalen Absturz

Finstere Warnungen von Obamas Vize Joe Biden **7**

### Kultur

#### Stolze Brüder einer Ruine

Paläste in Osteuropa: Für einige Bauten der kommunistischen Herrscher wurden neue Nutzungen gefunden **9**

### Preußen

#### »Vater des deutschen Rundfunks«

Vor 50 Jahren starb der Techniker, Kaufmann und Politiker Hans Bredow **11**

### Fragen im »Fall Mannichl«

**Passau/München** – Die Messerattacke auf den Polizeichef von Passau, Alois Mannichl, ist nach wie vor unaufgeklärt. Indessen mehren sich die Fragen in dem Fall. Spricht die zufällig vor Ort befindliche Tatwaffe nicht gegen einen geplanten Akt? Wäre ein Täter aus der straff observierten rechtsextremen Szene mit so auffälligen Tätowierungen an Hals und Gesicht nicht längst zumindest identifiziert worden? Haben die schnell beschuldigten rechtsradikalen Kräfte und Parteien einen Nutzen von dem Verbrechen? Angeblich will das bayerische Landeskriminalamt die Ermittlungen komplett an sich ziehen und die 50 Mann starke, aber erfolglose Sonderkommission der Passauer Polizei auflösen. Wie es heißt, soll nun „in wirklich alle Richtungen“ ermittelt werden. *PAZ*



**Die Stadt Magdeburg – im Bild der Dom – ist ein uralter Handelsplatz und ein Ausgangspunkt der deutschen Ostsiedlung. Ab dem 12. Jahrhundert wurden Hunderte Städte nach Magdeburger Recht gegründet. In Ost- und Westpreußen galt eine Variante davon, das Kulmer Recht.**

Foto: pa

KONRAD BADENHEUER:

## Mitgefühl

Mehr als gedämpft lesen sich die Stellungnahmen und Kommentare zur neuen Eskalation im Nahen Osten. Es scheint geradezu Einigkeit darüber zu geben, daß keine Einigung möglich ist, sondern daß hier ein unlösbarer Konflikt vorliegt, der bestenfalls eingedämmt und auf halbwegs erträglichem Niveau stabilisiert werden kann.

Diese Sichtweise bedrückt aber nicht nur angesichts des menschlichen Elends, das auf beiden Seiten als Preis der unbefriedeten Situation zu bezahlen ist. Das Leben der Palästinenser im Schatten von Zaun und Grenzmauer, die viele Städte im Westjordanland umgeben, ist so wenig erstrebenswert wie die ständige Sorge der jüdischen Bewohner von Sderot und anderen Städten vor der nächsten Rakete aus dem Gazastreifen.

Nicht zuletzt das Schweigen der ausgleichswilligen Kräfte auf beiden Seiten bedrückt. Das sogenannte „Friedenslager“ in Israel erscheint, wenn nicht ratlos, dann zumindest tief frustriert, und auf palästinensischer Seite sieht es nicht besser aus.

Wer die Region bereist hat, den verwundert vor allem der Mangel an Mitgefühl, der auf beiden Seiten weit verbreitet ist. Die frapierende Eskalation der letzten Tage – 300 tote Palästinenser für einige verletzte Israelis – hätte wenige Wochen vor der Wahl der Knesset kaum stattgefunden, wenn eine Mehrheit der israelischen Bevölkerung sie für unangemessen gehalten hätte. Die Vorstellung, daß das größere Recht und die größere Ehre auf der Seite desjenigen liegen könnten, der die höheren Verluste erleidet, ist im Nahen Osten kaum verwurzelt. Es ist eine christliche Vorstellung.

## Neue Debatte um Leitkultur

**Berlin** – Im Bundestagswahlkampf 2009 will die CDU die Debatte um die deutsche Leitkultur erneut mit Leben füllen. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla kündigte kurz vor dem Jahreswechsel an, daß seine Partei sich für „eine Leitkultur in Deutschland“ einsetze. „Die muß von den Menschen, die in dieses Land zuwandern, respektiert werden“, so der Unions-Politiker. Inwieweit die „Leitkultur in Deutschland“ aber der immer wieder in die öffentliche Diskussion geratenen, jedoch nie klar umrissenen „deutschen Leitkultur“ ähneln soll, wurde noch nicht bekannt. Zudem ist offen, ob die neue „Leitkultur in Deutschland“ auch Eigenheiten der Zugewanderten mit einbezieht oder speziell in der deutschen Identität und deutschen Traditionen verankert werden soll. *Bel*

## Zuversicht erhellt die Zukunft

Gedanken zum Neuen Jahr von Ostpreußen-Sprecher Wilhelm v. Gottberg

**Mit Skepsis blicken die Menschen in Deutschland auf das nun beginnende neue Jahr. »Was bringt uns 2009?« fragen sich viele. Realismus ist angesagt.**

Es wird Entlassungen in nicht geringem Umfang geben, vorrangig im Finanzsektor und der Autoindustrie. Monatlang Kurzarbeit bei der Stahlfertigung ist bereits eingeplant.

Dennoch hoffen viele, ihr persönliches Wohlstandsniveau halten zu können. Andere haben resigniert, weil der Arbeitsmarkt ihnen seit Jahren keine Erwerbsmöglichkeit bietet. Eine nicht unerhebliche Anzahl Menschen hat sich damit abgefunden, die eigenen Existenz mit Transfereinkommen wie Grundsicherung, Hartz-IV-Unterhalt, Sozialleistungen und Wohngeld zu bestreiten.

Den Aussagen und Prognosen der Politik vertrauen die Menschen nicht mehr. Das zeigt sich bei Wahlen durch die erschreckend große Zahl der Nichtwähler. Die Halb-

wertzeit der Politikeraussagen schrumpft auf einige Wochen.

Im September 2008 hörten wir von der Bundesregierung, daß der Zustand der Konjunktur im Lande stabil, eine Rezession in Deutschland nicht in Sicht sei, allenfalls könnte es im Winterhalbjahr zu einer kleinen Konjunkturdelle kom-

men. Zeitgleich wurden weltweit konjunkturfördernde Programme aufgelegt.

Die alarmierenden Daten aus der Wirtschaftswelt zwangen Berlin zum Umdenken. In diesen Tagen wollen Bund und Länder sich über die Maßnahmen für ein zweites Konjunkturprogramm verständigen. Eine erste bescheidene Konjunkturlösung wurde im Oktober auf den Weg gebracht. Die

deutsche Regierung läuft der Entwicklung hinterher. Man darf gespannt sein, wann sie der Forderung der CSU, aber auch des CDU-Finanzexperten Friedrich März nachkommt, und deutliche Steuerersenkungen vornimmt. Dies wird noch vor der Bundestagswahl geschehen. Es läßt sich nicht

leugnen: Deutschland ist ein Hochsteuerland.

Wie schlimm wird es mit der wirtschaftlichen Talfahrt 2009 in unserem Land kommen? Wir wissen es nicht. Auch die sogenannten Experten wissen es nicht. Ein Exportland wie Deutschland wird von vielen Unwägbarkeiten der vernetzten Weltwirtschaft beeinflusst. Alles hängt irgendwie mit allem zusammen.

Ein großer Risikofaktor sind die maßlos verschuldeten Vereinigten Staaten. Dort wird jetzt die Banknotenpresse in Gang gesetzt. Das kann auf Dauer nicht gutgehen.

Dennoch: Resignation und Pessimismus helfen nicht weiter. Weiterhelfen kann die Rückbesinnung auf die Werte des christlichen Abendlandes, die den Menschen in mehr als einem Jahrtausend Leitlinie waren. „Arbeit mit Gebet verbunden, hat Gottes Segen stets gefunden.“ Kurz und bündig: „Bete und arbeite.“

Wem das zu religiös erscheinen mag, kann sich an einem Wort des deutschen Klassikers Schiller erbauen: „Nichts in der Welt kann den Menschen sonst unglücklich machen, als bloß und allein die Furcht. Das Übel, was uns trifft, ist selten oder nie so schlimm als das, welches wir befürchten.“

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen wünscht allen Lesern der PAZ ein glückliches und gesundes Jahr 2009.

*Wilhelm v. Gottberg  
Sprecher der LO*

### Die Jahreslosung 2009:

»Was bei den Menschen unmöglich ist, das ist bei Gott möglich.« *Lukas 18,27*

## Traurige Realität in Nahost

Hunderte Tote in Gaza nach Provokationen der Hamas – die Politik scheint ratlos

Die Bilder von getöteten, oft gräßlich entstellten Bombenopfern schockieren, doch die politischen Reaktionen auf den israelischen Militärschlag im Gaza-Streifen klingen unangenehm routiniert: Am schärfsten reagierten die arabischen Staaten, Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy hielt Israel immerhin in harten Worten die „Unverhältnismäßigkeit“ seiner Vergeltungsmaßnahmen vor. Die USA reagierten hingegen am zurück-

haltendsten. Die EU, die Uno und auch Berlin schließlich forderten wie üblich „ein Ende der Gewalt“ und zeigten sich „besorgt“. Selbst die ersten Kundgebungen auf den Straßen arabischer Metropolen fielen mager aus, vergleicht man sie mit den gut inszenierten Empörungsmärschen in Reaktion auf gewisse Karikaturen.

Nahost-Kenner Peter Scholl-Latour blieb es dieser Tage überlassen, jene traurige Wahrheit auszusprechen, um die sich die Großen

der Politik qua Amts drücken müssen: „Die Öffentlichkeit muß sich daran gewöhnen, daß es Konflikte in der Welt gibt, die unlösbar sind.“

Es wundere ihn, daß immer noch von „Friedensprozeß“ und „Zwei-Staaten-Lösung“ gesprochen werde. Scholl-Latour wirft Israel zwar mangelnde Verhandlungsbereitschaft vor, wendet aber auch ein, daß ein Palästinenserstaat mit offenen Grenzen eine „existenzielle Bedrohung“

für Israel wäre. Damit ist die triste Realität treffend umrissen.

Indes: Kein Politiker kann vor die Welt treten mit dem Bekenntnis, daß er mit seinem Latein in Sachen Nahost am Ende sei. Niemand möchte öffentlich einräumen, daß er sich etwa abgefunden habe mit dem Grauen, dem Haß und der Gewalt. Die formelhaften Äußerungen aus den Zentralen den Macht aber lassen erkennen, daß wahre Hoffnung nirgends mehr besteht. *Hans Heckel*

## Signal unserer aktivsten Leser

Die Rechtschreibreform des Jahres 1996 war gewiß keine Idee traditionsbewußter Menschen. Auch nach der dringenden nötigen Korrektur der schlimmsten Fehlgriffe im Jahre 2006 durch die sogenannte „Zehetmair-Kommission“ ist diese Reform alles andere als ein konservatives „Wunschkind“.

Und doch sind dadurch Fakten geschaffen worden. Es ist beispielweise bemerkenswert, daß inzwischen selbst der „Verein Deutsche Sprache“, der genau wie die *Preussische Allgemeine Zeitung* die deutsche Sprache fördern und Anglizismen zurückdrängen will, die neue Rechtschreibung anwendet. Auch beobachtet die Redaktion dieser Zeitung aufmerksam, daß inzwischen die überwiegende Mehrzahl der an sie gerichteten Leserbriefe in der neuen Rechtschreibung abgefaßt ist. Bislang werden diese Briefe von uns in die alte Orthographie „rücktransponiert“, aber mit einigem Zögern:

### Meiste Leserbriefe in neuer Rechtschreibung

Wir hätten besseres zu tun und schon garnicht wollen wir unsere Leser zensieren.

Auch sonst würde die Verwendung der neuen Rechtschreibung die tägliche Arbeit vereinfachen, denn nicht wenige eingehende Manuskripte wären schneller zu bearbeiten, dasselbe gilt für Texte aus dem Internet, die fast ausnahmslos die neue Orthographie anwenden. Zudem würde die neue Rechtschreibung die *Preussische Allgemeine* optisch von einigen Medien abheben, deren Gemeinschaft wir keineswegs suchen. Neben mehreren sehr weit rechts stehenden Blättern und Internetdiensten wenden bemerkenswerterweise auch die linksradikalen Zeitungen „Junge Welt“ und „konkret“ immer noch die alte Rechtschreibung an.

Das letzte Wort haben für uns Sie, die Leser. Nur wenn Sie den Übergang zur (konservativ gehandhabten) neuen Rechtschreibung akzeptieren, soll dieser geschehen. Andernfalls halten wir unverdrossen an der alten Schreibung fest. *K.B.*

### Die Schulden-Uhr: Reine Spekulation

Die Höhe der Neuverschuldung für das Jahr 2009 ist nach Ansicht fast aller Experten reine Spekulation. Im Haushaltsentwurf sind zwar 18,5 Milliarden Euro neue Schulden vorgesehen, doch auch 30, 40 oder 50 Milliarden Euro werden nicht ausgeschlossen. Weder ist das für Januar angesetzte Konjunkturpaket bisher wertmäßig festgelegt, noch kann das Finanzministerium die Kosten für Sondermaßnahmen, die wegen eines massiven Einbrechens der Konjunktur ab Mitte 2009 zu erwarten sind, voraussehen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Falle der Pendlerpauschale kostet bereits 2,5 Milliarden Euro extra. Zudem geht der vorgesehene Haushalt 2009 von einem Wirtschaftswachstum von mindestens 0,2 Prozent aus, dabei geht selbst die Bundesregierung nicht mehr von einem Wachstum der Wirtschaft aus.

1.516.836.354.314 €

Vorwoche: 1.516.546.854.186 €  
**Verschuldung pro Kopf:** 18 427 €  
 Vorwoche: 18 424 €

(Dienstag, 23. Dezember 2008,  
 Zahlen: [www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de))

# Ostpreußen bleibt Erbe und Auftrag

Die Heimatvertriebenen: Bilanz und Prognose – Es wird Zeit für ein Büro der LO in Allenstein

**Im Herbst dieses Jahres jähren sich der Beginn von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches zum 65. Mal.**

Im vorigen oder in diesem Jahr vor 60 Jahren wurden die großen ostdeutschen Landsmannschaften gegründet. Erst 1958 gelang es, den „Bund der Vertriebenen“ (BdV) als gemeinsamen Dachverband aller deutschen Vertriebenenverbände zu gründen.

Die vertriebenen beziehungsweise geflüchteten Bewohner der früheren preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und Schlesien waren durch ihr Schicksal und ihre Mentalität dazu ausersehen, in der Altbundesrepublik als politischer Stabilitätsfaktor zu wirken. Ihre Herkunft aus den preußischen Provinzen garantierte ihre Loyalität zum Staat. Das Schicksal der Vertreibung – direkte Folge totalitärer Machtpolitik – prägte sie zu innerlich entschiedenen Verfechtern der Freiheit. Der Anteil der ostdeutschen Vertriebenen, die es schicksalsbedingt in die spätere DDR verschlagen hatte und die es dort offiziell nicht geben durfte, an den Freiheitsbestrebungen in Mitteldeutschland war überproportional groß.

Zieht man heute – 60 Jahre nach Gründung der Landsmannschaften – Bilanz, so ergibt sich unter dem Strich ein äußerst bescheidenes Ergebnis. Die innen- und außenpolitische Wirksamkeit der Vertriebenen steht in keinem Verhältnis zu ihrer ursprünglichen zahlenmäßigen Stärke. Dafür gibt es Gründe. Die Masse der Vertriebenen und Flüchtlinge übte politische Abstinenz, was sich einerseits aus ihrer Staatsloyalität ergab und andererseits durch ihre besondere Beanspruchung für die Sicherung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage zu erklären ist.

Die Kenntnis dieser Umstände darf aber nicht das Einverständnis verhindern, daß die langfristige Sicherung der Vertriebenenverbände sträflich vernachlässigt wurde. Spätestens nach Abschluß der brandtschen Ostverträge wurde klar, daß die Heimatvertriebenen – parteiübergreifend – bei einem Großteil der politischen Klasse als ein zu eliminierender Störfaktor angesehen wurden. Der Weitblick zur umfassenden Sicherung einer zukunftsfähigen Existenz mit entsprechender Einwirkungsmöglichkeit auf die Politik war den Verantwortlichen der Verbände sowie den Vertriebenenpolitikern in Bund und Ländern nicht gegeben. Einzelne Ausnahmen gab es, doch sie waren für die Gesamtentwicklung unbedeutend. Als die CDU/CSU 1972 mit ihrer Stimmenthaltung die Ostverträge der so-

zialliberalen Koalition durchgewunken hatte, wurde klar, daß von der Politik keine Realisierung der Vertriebenenanliegen zu erwarten war. Die Entwicklung nach der Wende 1989/1990 hat diese Einschätzung bestätigt.

Warum haben es damals die Verantwortlichen versäumt, eine Organisation zu schaffen, die in alle Bereiche des staatlichen und öffentlichen Lebens Einfluß nehmen konnte? Die 70er und 80er Jahre des 20. Jahrhunderts waren noch gute Jahre für die Vertriebenenverbände der Altbundesrepublik. Ihre zahlenmäßige Stärke war noch beachtlich. Es hätte Vorsorge getroffen werden können, daß sich die Verbände nicht – wie geschehen – mit Leichtigkeit politisch ausmanövrieren ließen.

Für die Unzulänglichkeiten der Vertriebenenpolitik waren in erster Linie die Repräsentanten der Verbände verantwortlich. Ein beträchtlicher Teil von ihnen ging 1972 in die innere Emigration, will heißen in den „Schmollwinkel“. Andere forderten massive materielle Alimentierung durch die öffentliche Hand, die auch unterschiedlich stark von Bund und Ländern gewährt wurde. Dabei wurde nicht bedacht, daß dies ein vergiftetes Geschenk war. Es machte die Zuwendungsnehmer abhängig von der jeweiligen Regierung bzw. von den Regierungsparteien. Auch nahm die staatlich gewährte Zuwendung an die Verbände diesen die Fähigkeit, sich durch Eigenvorsorge eine unabhängige Zukunftsperspektive zu erarbeiten.

So wichtig und richtig die Schaffung des Dachverbandes BdV 1958 für die Vertriebenenverbände aus damaliger Sicht war, so konnten doch wichtige Struktur- und Beitragsfragen zwischen den örtlichen Gruppen des BdV und der Landsmannschaften nicht pragmatisch geregelt werden. Dieser Dissens besteht unerschwerlich bis heute und beschleunigt das Absterben der örtlichen Gruppen zusätzlich zum zeitbedingten biologischen Ende der die Gruppen tragenden Erlebnisgeneration.

Die guten Jahre für die Vertriebenenorganisationen mit beachtlichen Mitgliederzahlen sind unwiderruflich vorbei. In wenigen

Jahren werden die meisten Verbände zahlenmäßig so geschrumpft sein, daß sie politisch keine Bedeutung mehr haben. Schon seit einigen Jahren verschwinden jährlich mehr als ein Dutzend örtliche Gruppen wegen Selbstaflösung von der Bildfläche. Nur in seltenen Fällen gehen die Gruppen ein, weil die Mitglieder weggestorben sind, sondern sie lösen sich auf, weil niemand mehr bereit ist, ein Vorstandsamt zu übernehmen.

Der Schrumpfungsprozeß der Verbände verläuft unterschiedlich schnell. Bei den örtlichen Gruppen der Landesverbände (BdV) und der

Landmannschaft Ostpreußen zu nennen, die hinsichtlich ihrer materiellen Zukunftssicherung auch noch mittelfristig Bestand und Einfluß haben werden. Bei der SL wird das durch die öffentliche Sudetendeutsche Stiftung gewährleistet, die Bayern mit Gesetzesbeschluß ins Leben gerufen hat. Die sudetendeutsche Volksgruppe ist relativ heterogen, was sich bisher nicht nachteilig ausgewirkt hat.

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat – wie keine andere Landsmannschaft bisher – aus eigener Kraft große Anstrengungen unternommen, um für die Zukunft Daseinsvorsorge und Unabhängigkeit zu bewahren. Die ostpreussische Volksgruppe in der Bundesrepublik ist relativ homogen, was ganz gewiß kein Nachteil im Überlebenskampf ist. Die Ostpreußen haben es zeitgerecht verstanden, ihre Strukturen zu verschlanken und in der Führungsmannschaft schon vor 20 Jahren einen radikalen Generationswechsel vorzunehmen. Die Zukunftsperspektiven der Landsmannschaft können an dieser Stelle nicht sachgerecht erörtert werden. Möge es beiden Organisationen gelingen, die Zukunft zu gewinnen. Der Zeitpunkt wird nicht mehr fern sein, daß es Gespräche zwischen den großen Landsmannschaften hinsichtlich Kooperationen und gemeinsamen Deutschlandtreffen geben wird.

Diese Zeitung wird von Ostpreußen getragen und verantwortet. Deshalb sollen abschließend die Aufgaben der LO in der Zukunft skizziert werden. Es wird Zeit, daß die LO ein eigenes Verbindungsbüro für das Ermland und den masurischen Teil Ostpreußens in Allenstein einrichtet. Damit kann eine wirkliche Betreuungsfunktion für die deutschen Vereine im polnischen Teil Ostpreußens ermöglicht werden. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat schon lange ein Verbindungsbüro in Prag. Dieses LO-Büro kann auch als Relaisstation für einen fortwährenden Meinungsaustausch zwischen den Selbstverwaltungsorganen

der heutigen Kommunen und den landsmannschaftlichen Vertretern dienen.

Die im vorigen Jahr aufgenommenen Gespräche der LO-Kreisvertreter mit Behördenvertretern des Königsberger Gebietes sollten institutionalisiert werden. Im litauischen Teil Ostpreußens ist dies seit langem ein Alltagsgeschäft.

Es sollte erneut und nun mit aller Kraft und Konzentration der Versuch unternommen werden, in Allenstein eine deutsche Internatsschule einzurichten. Ob dies als polnische Schule für die deutsche Minderheit oder als deutsche Auslandsschule geschieht, ist zweitrangig. Es ist mit Händen zu greifen, daß der deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen durch mangelnde Sprachkompetenz die Assimilierung droht.

Das Anmahnen einer Regelung für die offenen Vermögensfragen bleibt eine verpflichtende Daueraufgabe der Landsmannschaft Ostpreußen. Eigentumsrechte verjähren nicht. Die Bundesregierung ist im Obligo, weil sie bei diesem Problem bisher absolut passiv geblieben ist. Der mit Hilfe der LO gegründete Europäische Vertriebenenverband (EUFV) wird hoffentlich in dieser Frage die Initiative ergreifen.

Eine ganz wichtige fortdauernde Aufgabe der LO ist die Forderung nach unverfälschter Darstellung der deutschen Geschichte und das klare Bekenntnis zu dieser Geschichte. Das schließt die historische Wahrheit über Ostpreußen sowie Flucht und Vertreibung ein. Um auf diesem Feld bestehen zu können, sind die Charaktereigenschaften Bekennermut und Standfestigkeit, aber auch die genaue Kenntnis der Geschichte unverzichtbare Elemente.

Allen, die sich zur großen Ostpreußenfamilie zugehörig fühlen, sollte das Wohlergehen unserer *Zeitung Preussische Allgemeine* mit dem *Ostpreußenblatt* ein Herzensanliegen sein. Die PAZ ist unser Sprachrohr für die weltweit zerstreute ostpreussische Volksgruppe. Mit ihr nehmen wir Einfluß auch auf Belange, die über die typischen Vertriebeneninteressen hinaus gehen. Mit ihr leisten wir einen Beitrag zur demokratischen Verfaßtheit, pluralistischen Ordnung unseres Vaterlandes. Mit ihr werben wir für die Werte des Grundgesetzes. Für das verfassungsmäßig garantierte Recht der Meinungsfreiheit ist die PAZ unverzichtbar. Ein PAZ-Abo sollte auch für den einzelnen der nachwachsenden Bekenntnisgeneration eine Selbstverständlichkeit sein.

Ostpreußen bleibt Erbe und Auftrag. *Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der LO*



Bald gemeinsame Deutschlandtreffen?

Bild: Pawlik

Landesgruppen (Landsmannschaften) ist er bereits deutlich sichtbar. Eine längere Lebenserwartung haben die Kreisgemeinschaften, besonders wenn sie gut geführt werden. Es gibt eine Reihe von Kreisgemeinschaften, die Vorsorge für die materielle Zukunftssicherung getroffen haben. Gut dran sind die Kreisgemeinschaften – bei der Landsmann-

### »Die Bundesregierung ist im Obligo«

schaft Ostpreußen (LO) gilt das für die masurischen Kreise – die in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts durch die Aussiedler neue Mitglieder dazu gewonnen haben. Hier handelt es sich häufig um Jahrgänge, die nach 1945 geboren wurden. Diese Kreisgemeinschaften sind personell noch sehr stark und nicht überaltert.

Aus heutiger Sicht sind in erster Linie die Sudetendeutsche Lands-

mannschaft können an dieser Stelle nicht sachgerecht erörtert werden. Möge es beiden Organisationen gelingen, die Zukunft zu gewinnen. Der Zeitpunkt wird nicht mehr fern sein, daß es Gespräche zwischen den großen Landsmannschaften hinsichtlich Kooperationen und gemeinsamen Deutschlandtreffen geben wird.

Diese Zeitung wird von Ostpreußen getragen und verantwortet. Deshalb sollen abschließend die Aufgaben der LO in der Zukunft skizziert werden. Es wird Zeit, daß die LO ein eigenes Verbindungsbüro für das Ermland und den masurischen Teil Ostpreußens in Allenstein einrichtet. Damit kann eine wirkliche Betreuungsfunktion für die deutschen Vereine im polnischen Teil Ostpreußens ermöglicht werden. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat schon lange ein Verbindungsbüro in Prag. Dieses LO-Büro kann auch als Relaisstation für einen fortwährenden Meinungsaustausch zwischen den Selbstverwaltungsorganen

## Tauziehen um Konjunkturlösungen

Mehr Investitionen, dazu Ankurbelung des Konsums – CSU beharrt auf Steuersenkung

Das Tauziehen um die Konjunkturpolitik und anhaltende Konflikte in der SPD prägen die innenpolitische Lage zur Jahreswende. Am kommenden Montag trifft sich die Koalitionsspitze in kleiner Runde, um die Weichen für die Sitzung des Koalitionsausschusses am 12. Januar zu stellen. Dieses oberste Gremium der Bundesregierung soll dann über weitere Schritte zur Stabilisierung der Konjunktur entscheiden.

Bundeskanzlerin Merkel hat klargestellt, daß sie am Ziel der Haushaltskonsolidierung festhält. Das Paket soll sich deswegen von SPD-Finanzminister

„nur“ rund 25 Milliarden Euro wegen. Bereits jetzt zeichnet sich ab, daß die Autoindustrie mit weiteren Hilfen rechnen kann, diskutiert werden Änderungen bei der Kfz-Steuer und eine „Abwrackprämie“ für alte und wenig umweltfreundliche Fahrzeuge. Generell spielt die Suche nach einer wirksamen Ankurbelung der Konsumbereitschaft eine große Rolle, wobei über den richtigen Weg gestritten wird. Soweit erkennbar, haben die von der SPD-Linken gewünschten Konsumgutscheine keine Realisierungschance mehr – zu eindeutig sind die Gegenargumente und zu groß der Widerstand von SPD-Finanzminister

Peer Steinbrück und der gesamten Union.

Dagegen beharrt die CSU zusammen mit dem Wirtschaftsflügel der CDU auf einer raschen

### Europawahl macht der CSU Sorgen

Steuersenkung, noch vor der Bundestagswahl im September. CSU-Chef Horst Seehofer hat mit einem verblüffenden Argument dafür geworben. „Wenn wir das auf die Zeit nach der Wahl verschieben, haben wir als Union ein Glaubwürdigkeitsproblem“, denn

bereits vor der Bundestagswahl 2005 hätten CDU und CSU „sehr konkrete Steuerentlastungen versprochen“ und jeder wisse, daß „daraus nichts geworden“ sei. Nun müsse es hier „einen ersten, vorzeigbaren Schritt“ geben. „Das ist unsere Position, und von der rücken wir auch nicht ab“, erklärte der Ministerpräsident, während SPD-Politiker weiterhin Ausgabenprogramme oder allenfalls die Senkung der Sozialbeiträge bevorzugen.

Seehofer hat für seine Position gute Argumente und auch viel Rückhalt in der CDU. Allerdings steht die CSU auch unter Druck. Würde Sie bei der Europawahl An-

fang Juni so schwach abschneiden wie im September, dann könnte sie den Einzug ins Europäische Parlament verpassen, wo für sie eine bundesweite Fünf-Prozent-Hürde gilt. Für die CSU wäre das eine Katastrophe, sie wäre dann bald genau die Regionalpartei, als die die SPD sie gern sehen würde.

Die Sozialdemokratie schlägt sich unterdessen mit eigenen Problemen herum. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht prominente SPD-Politiker völlig unterschiedliche Ansichten über den Umgang mit der Linkspartei, die Verantwortung für die Zustände in Hessen und über die richtige Wirtschaftspolitik vertreten. *K.B.*

## Akzentfrei, bitte!

Von HARALD FOURIER

Natascha kommt aus der Ukraine und hat auch nach zehn Jahren in Deutschland noch einen hörbaren Rest-Akzent. Neulich stehen wir beide auf dem Wochenmarkt am Kollwitzplatz, da spricht uns eine Frau an: „Hallo“, sagt sie zu Natascha, „wir suchen Personen für einen Werbefilm für Zott-Sahnejoghurt. Wenn du ausgewählt wirst, bekommst du 1600 Euro für die Dreharbeiten, die in Hamburg stattfinden und einen Tag dauern. Alles, was wir brauchen, ist deine Handynummer, und du mußt ein paar Sätze in die Kamera sagen.“

1600 Euro für einen einzigen Tag Arbeit! „Na los, sag ja“, rede ich ihr zu. „OK“, sagt Natascha. Als sie ihren Namen nennt, meint der Kameramann etwas enttäuscht: „Schon die dritte Natascha heute.“ Und auch die Frau, die die Fragen stellt (Wie alt? Welcher Beruf? Joghurt-Fan?), wirkt von dem Moment an, in dem sie den Akzent hört, irritiert.

Um es kurz zu machen: Wir haben nie wieder etwas von dieser Hamburger Werbefilm-Firma gehört. Warum wohl? Weil sie niemanden mit osteuropäischem Akzent brauchen. Wenn doch, dann würden sie gleich den Klitschko anheuern oder bei einer Spezialagentur nachfragen.

Aber dürfen die das überhaupt? Schließlich gibt es das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Es besagt, daß niemand aufgrund seiner Herkunft (Rasse, Geschlecht usw.) diskriminiert werden darf. Erschwerend kommt noch dazu, daß die Beweislast umgekehrt ist.

Wenn Natascha also ein Gericht anriefe, um die Werbeleute zu verklagen, dann müßten die beweisen, daß Natascha nicht wegen ihres Akzents (also: wegen ihrer Herkunft) abgelehnt wurde. Das wäre schwer.

Keine Sorge, liebe Filmleute, Natascha wird das nicht tun. Aber die Gefahr ist groß, daß es jemand anders macht. Den sämtlichen Medien- und Werbefirmen scheint gar nicht klar zu sein, was für eine Bombe da unter ihren Füßen tickt. Nur weil sie bisher nicht hochgegangen ist, heißt das nicht, daß sie entschärft wurde.

Natascha hätte im Falle einer erfolgreichen Klage Anspruch auf Entschädigung gehabt, also auf 1600 Euro. Und mit ihr womöglich etliche weitere abgelehnte Nataschas.

Erst vor ein paar Wochen hat eine Frau vor einem Berliner Gericht Schadenersatz durchgesetzt, weil ihr männlicher Kollege befördert worden ist – und nicht sie. Wenn das Schule macht, dann sind die längste Zeit Leute auf dem Wochenmarkt für Werbespots angeworben worden. Firmen, die so ihre Models anheuern, könnten bald pleitegehen.

Fraglich, ob sich die Gesetzgeber ihr Werk so vorgestellt haben. Aber es wäre ja nicht das erste Gesetz der letzten Jahre, das sich in der Praxis als (unerwartetes?) Desaster erwiesen hätte.

# Kulturinstitutionen unter Druck

Schauspieler fordern: »Rettet die Kudamm-Bühnen« – doch Berlin läßt den Investor gewähren



In den „goldenen Zwanzigern“ war hier einst Schauspielers-Legende und Regisseur Max Reinhardt Intendant: Da sich der schwarz-rote Senat 1998 die Nutzungsbindung für die Gebäude abkaufen ließ, hat Theaterdirektor Martin Woelffer keinerlei Handhabe gegen die Abrißpläne des irischen Investors.

Bild: ddp

**Die Komödie und das Theater am Kurfürstendamm stehen vor dem Abriß. Auch die Erlebnisausstellung „The Story of Berlin“ bangt um ihre Zukunft.**

„Rettet die Kudamm-Bühnen.“ Dies fordern Schauspieler wie Edith Hancke, Brigitte Grothum und Hans-Jürgen Schatz. Sie sind empört, daß die Stadt Berlin und die Betreiber der beiden privaten Bühnen es hinnehmen, daß diese abgerissen werden sollen. Der irische Investor Ballymore will das Renovierungsbedürftige Kudamm-Karree für Mieter wieder interessant machen. Im Innern des Einkaufszentrums stehen die meisten Geschäfte leer. Außerdem will er die Front des Karrees, an der sich die Komödie und das Theater befinden, mit einem repräsentativen, gut zahlendem Mieter aufwerten. Die beiden 1921/22 von dem Architekten Oskar Kaufmann entworfenen und lange Jahre von dem Schauspieler und Regisseur Max Reinhardt als Intendanten geführten Bühnen passen offenbar nicht ins Konzept des Investors.

Der heutige Theaterdirektor Martin Woelffer kann den Forderungen Ballymores nichts entgegenzusetzen. Er war sogar vergleichsweise erleichtert, als er kürzlich zumindest den Bestand eines deutlich reduzierten Misch-Theaters verkünden konnte. Bis Sommer 2010 soll der Spielbetrieb normal weiterlaufen, ab dann müssen die Bühnen für die drei Jahre andauernden Renovierungsarbeiten umziehen. Wohin weiß noch keiner. Danach will Ballymore Theater und Komödie in ei-

nem Haus vereinen. Die insgesamt 1400 Plätze werden auf 650 reduziert. Das Theater ist dann nicht mehr direkt am Kurfürstendamm, aber von dort aus soll der Besuch möglich bleiben. Die Bühne wird dann weiter hinten in dem großen Gebäudekomplex untergebracht. Vorgesehen ist, die Bühne als rekonstruierten Neubau mit historischem Dekor der beiden alten wieder entstehen zu lassen.

Da der Senat zur Zeit der Großen Koalition unter Eberhard Diepgen 1998 den Denkmalschutz der beiden Bühnen verweigerte und sich sogar die Nutzungsbindung für die Theater für umgerechnet vier Millionen Euro vom damaligen Eigentümer abkaufen ließ, hat Woelffer keine Alternative. Er muß jeden Brosamen, den Ballymore ihm anbietet, schlucken.

Auch im Innern des Karrees bangen Mieter um die Zukunft ihres Objektes. Bernhard Schütte, Geschäftsführer der privaten Erlebnisausstellung „The Story of Berlin“ meint zuversichtlich, daß die Lage des Museums direkt unter einem zum Gebäudekomplex gehören-

den, nicht zum Abriß vorgesehenen Hochhaus für andere Mieter nicht sonderlich attraktiv sei. Doch das einzige, was er mit Sicherheit weiß, ist, daß sei Mietvertrag nur bis 2010 läuft. Ballymore hält sich über seine Pläne für die Räumlichkeiten des Museums bedeckt. Dabei ist für die mit historischen Impressionen locker gestaltete

Doch die Führung durch den in einem Parkhaus untergebrachten ABC-Schutzraum stimmt nachdenklich, denn der von Bonn 1973 mit 5,7 Millionen Mark subventionierte Bau hat viele Sicherheitsmängel. „Wir stehen hier in einem Strahlenschutzbunker, aber mein Handy hat vollen Empfang“, gibt einer der Museumsmitarbeiter zu bedenken. Außerdem hat er recherchiert, daß der Bauherr nur 150 000 Mark investiert hat, was bedeuten würde, daß 97 Prozent der Fördersumme „abgezweigt“ worden wäre.

Aber nicht nur im Bunker kann „The Story of Berlin“ dem Besucher mit interessanten Details überraschen, auch in der Ausstellung, die 2009 trotz ungewisser Zukunft erweitert werden soll, gibt es selbst für Berlinkenner einiges zu entdecken. 200 000 Besucher zählt die Erlebnisausstellung pro Jahr. Geld vom Staat erhält die Einrichtung nicht. „Wir zahlen Steuern“, merkt Geschäftsführer Schütte, der ein bekennender Preußenfan ist, an.

Da der Platz für eine umfangreiche Geschichtsdarstellung fehlt und man die Besucher nicht mit trockener Geschichte vergraulen will, werden viele Epochen nur verkürzt vorgestellt. Dank moderner Medien und kunstvoller Arrangements vermittelt „The Story of Berlin“ jedoch einen Überblick über die Geschichte der Stadt und weckt bei vielen den Wunsch nach mehr Wissen. Dieses kann sich der Besucher dann in den didaktisch weniger durchdachten staatlichen Museen holen.

Rebecca Bellano



„The Story of Berlin“: Blick in den Bunker

Bild: ddp

Ausstellung „The Story of Berlin“ die jetzige Adresse ein Muß. Im Keller des Karrees befindet sich ein alter Bunker aus den Tagen des Kalten Krieges, der vom Museum genutzt werden darf und auf den man bei einem Umzug verzichten müßte. Dabei ist gerade er „das gewisse Etwas“, was der „Story of Berlin“ eindringliche Tiefe gibt. Beklemmend ist die Atmosphäre in dem Bunker, der für 14 Tage auf engstem Raum 3592 Menschen im Falle eines Atomkrieges das Überleben sichern sollte.

## Linke fühlt sich verladen

»Gemeinschaftsschule«: Es knirscht in der rot-roten Koalition

Zu Beginn des Schuljahres 2008/2009 begann mit zweijähriger Verspätung in Berlin ein neues Schulprojekt: die „Gemeinschaftsschule“. Genau genommen ist diese Schulform gar nicht so neu, denn sie ähnelt stark der polytechnischen Oberschule der DDR. Das bundesdeutsche System kennt hingegen die Trennung von unterschiedlich begabten Schülern ab der 5. oder 7. Klasse

Bei der letzten Senatsbildung 2006 wurde dieses Vorhaben zwischen SPD und Linkspartei vereinbart. Alles sollte jedoch auf freiwilliger Basis geschehen.

Neuerdings jedoch geraten sich SPD und Linke über das gemeinsame Projekt in die Haare. Schulsenator Zöllner (SPD) ist nach Ansicht der Linkspartei dabei, die Gemeinschaftsschule politisch zu beerdigen. Er bereitet die Zusammenlegung der Haupt-, Real- und Gesamtschule zur „Regionalerschule“ vor. Dort aber hat das „ge-

meinsame Lernen“ – wie bisher – nach der 6. Klasse ein Ende. Es gibt indes nur eine Trennung zwischen Gymnasiasten und den übrigen Schülern, statt einer dreifachen Differenzierung. Die Linke verdächtigt nun die SPD, nur zum Schein auf ihren Koalitionspartner eingegangen zu sein. Steffen

**Kaum eine Anstalt will bei dem Projekt mitmachen**

Zillich, Abgeordneter der Linkspartei, beklagt die angebliche „Verunsicherung“ der interessierten Schulen durch das von Zöllner betriebene Vorhaben.

Am Start des Projekts waren gerade einmal elf Berliner Schulen beteiligt. Darunter nur drei aus dem Westteil. Unter ihnen befand sich auch die Rütlierschule, die weit über die Stadtgrenzen hinaus

durch Gewaltexzesse in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt war. Durch die Zusammenlegung mit einer Grundschule ist nun der Name verschwunden, die ethnischen Konflikte hingegen bleiben. Zufall oder nicht: Die Pisa-Studie hat auch einen Zusammenhang zwischen Ausländeranteil und Lernergebnisse zutage gefördert.

Allerdings wird Pisa auch von den Befürwortern der Gemeinschaftsschule ins Feld geführt. Sie fördere die demokratische Gesellschaft und den mündigen Bürger. Weitere Merkmale der Gemeinschaftsschule seien, daß es kein Sitzenbleiben mehr gebe und „ungeeignete“ Schüler nicht mehr von der Schule verwiesen werden könnten.

Ab dem kommenden Schuljahr sollen zusätzliche Gemeinschaftsschulen entstehen. Indes haben sich bloß sechs Anstalten gemeldet – davon nur eine aus dem Westteil.

Hans Lody

## Die Kräne stehen still

Bauvorhaben gestoppt: Immobilienkrise erreicht die Hauptstadt

Die Immobilienkrise hat die Berliner Bauwirtschaft erreicht. Mehrere Großbaustellen liegen bereits brach. Etliche neue Vorhaben sind abgeblasen worden. So zum Beispiel das sogenannte „Pergamon-Palais“ neben der Museumsinsel. Dort sollte für 50 Millionen Euro eine vornehme Adresse mit Wohnungen, Büros und Läden entstehen. Jetzt ist unklar, wie es weitergeht. Die spanische Baufirma Chamartin hat Ärger mit ihrer Bank. Ein neuer Investor ist nicht in Sicht.

Oder in Steglitz-Zehlendorf: Dort sollte eine alte US-Kaserne in eine hochpreisige Wohnanlage verwandelt werden. Doch aus dem „Monroe-Park“ wird nichts. Denn an dem Projekt der Firma „S+P Real Estate“ war die pleitegegangene US-Bank Lehman Brothers mit 87,5 Prozent beteiligt. Jetzt wird auch hier nach einem neuen Geldgeber gefahndet.

Das Wertheim-Gelände am Leipziger Platz in Berlin-Mitte

sollte längst bebaut sein. Momentan geschieht dort aber nichts, trotz der einmaligen Lage im Herzen der Hauptstadt. Für den gutbürgerlichen Westbezirk Wilmersdorf war der Nobelkomplex „Capricorn Residence“ vorgesehen, doch seine Zukunft steht plötzlich in den Sternen. Und

**Etliche Prestigeobjekte sind betroffen**

in Friedrichshain-Kreuzberg schließlich landete das Mammutvorhaben „Media-Spree“ über Nacht in der Warteschleife. Es gibt bei den beiden letztgenannten Objekten ohnehin Ärger mit den Anwohnern, aber die Finanzkrise scheint die Probleme noch zu verstärken: Große und mittlere Bauvorhaben werden derzeit gerne auf Eis gelegt.

Nicht nur Bauträger sind betroffen, auch solche Firmen leiden, die den Bestand später verwalten sollten. Etwa das Unternehmen Level One: Die Immobilienfirma mit Sitz in Berlin-Wilmersdorf besaß 7500 Wohnungen in Berlin, 24 000 in ganz Deutschland. Auf ihrer Internetseite wirbt sie noch immer damit, daß sie „im Gegensatz zu vielen anderen Unternehmen ... langfristig arbeitet und an nachhaltiger Wertsteigerung interessiert ist“. Im September mußte Level One jedoch kurzfristige Konkurs anmelden.

Angeblich soll auch das Projekt Schimmelpfeng-Haus wegen der Finanzkrise ins Schleudern geraten sein. Das 50 Jahre alte Bürogebäude am Breitscheidplatz nahe der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche sollte in diesem Jahr abgerissen werden, steht aber immer noch. Lehman Brothers war auch hier an der Finanzierung beteiligt, heißt es aus Berliner Immobilienkreisen.

Patrick O'Brian

## Zeitzeugen



**Thomas Krüger** – 1994 sorgte der SPD-Politiker für Aufsehen, als er sich mit dem Slogan „Eine ehrliche Haut“ nackt auf Plakaten für den Bundestagswahlkampf ablichten ließ. Aktuell hat sich der 49jährige hinsichtlich seiner Empfehlung des Magazins „Q-rage“ aber derart in Widersprüche verwickelt, daß viele den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung nicht mehr für besonders ehrlich halten.

**Hartmut Steeb** – Der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz kritisiert, daß „Q-rage“ „Islamisten und Evangelikale auf eine Ebene“ stelle. Der zehnfache Vater sieht die Evangelikalen damit in die Nähe von Verfassungsfeinden gerückt. Der 55jährige ist Vorstandmitglied der evangelischen Nachrichtenagentur „idea“ und von ProChrist.



**Ilse Aigner** – „Auch ich fand den Inhalt des Heftes ungeeignet für Kinder und Jugendliche. Die Auswahl der Texte und Themen ist tendenziös und pädagogisch höchst fragwürdig“, erklärt die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Die 44jährige CSU-Politikerin ist römisch-katholisch.

**Ernst-Reinhard Beck** – Der Vorsitzende des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) ist empört über die Äußerungen des BpB-Präsidenten Krüger. „In meinem Büro stapeln sich die Protestbriefe“, klagt der 63jährige Bundestagsabgeordnete (CDU). Gemeinsam mit seinem Stellvertreter, Dieter Grasedieck (SPD), betont Beck: „Wir erwarten, daß eine ausführliche Richtigstellung und eindeutige Entschuldigung durch Präsident Krüger erfolgt, unter anderem in der nächsten Ausgabe von „Q-rage“.“



**Eberhard Seidel-Pielen** – Der 1955 geborene Soziologe war bis 2000 Meinungsredakteur der „Tageszeitung“ (taz) und leitete bis 2002 deren Ressort Inland. Seitdem ist er Geschäftsführer des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Das Projekt wird von der Bundesregierung letztlich als Teil des „Kampfs gegen rechts“ finanziert. Nach Informationen der PAZ bekam die Geschäftsstelle des Projekts allein im Jahr 2008 aus dem Etat des BpB knapp 200 000 Euro. Seidel-Pielen ist auch einer der Mentoren des Magazins „Q-rage“ (siehe Beitrag rechts).

# Millionenfache Verleumdung

»Affäre Krüger«: Was ist los bei der Bundeszentrale für politische Bildung?

**Ausgerechnet ein Pfarrer! Dieser Stoßseufzer mag vielen in den Sinn gekommen sein angesichts der neuesten, in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beispiellosen Verleumdung evangelischer Christen. Politisch verantwortlich ist der frühere evangelische Pfarrer und SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas Krüger.**

Es ist schon gespenstisch: Die Spitze der vom Bund im vergangenen Jahr mit über 35 Millionen Euro geförderten Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) hält offenbar einen lebendigen evangelischen Glauben nicht nur für „gleich schlimm“ wie islamischen Fundamentalismus, sondern sogar für schlimmer. Wie sonst wäre zu erklären, daß in einer von der BpB ideell und finanziell geförderten Zeitschrift, die Ende November in Millionenaufgabe gedruckt und anschließend an 20 000 (!) deutschen Schulen verteilt wurde, Deutschlands Schüler mit drastischen Formulierungen vor engagierten evangelischen Christen gewarnt werden, während gleichzeitig im selben Heft eine 17jährige deutsche Konvertitin einen konsequent gelebten Islam begeistert feiern darf?

Fast ganzseitig wird den Schülern aus der Feder einer Gleichal-

trigen unter der Überschrift „Die Verwandlung – Aus Stefanie wird Amira“ vermittelt, was am konsequent gelebten Islam so viel attraktiver sei als am christlichen Glauben. Zitat: „Die Religion ihrer Familie verwirft sie: „Das Christentum beinhaltet zu viele Widersprüche, läßt zu viele verschiedene Auslegungen zu.“ Amira sucht eindeutige Richtlinien, feste Regeln. Im Koran wird sie fündig, Gebete, Koranstudien und Moscheebauten beeindruckten sie. Hier findet sie eine Klammer, Klarheit und einen Sinn. Genau das Richtige für ihr Leben...“

Vier Spalten ist diese Jubelarie lang, wobei den deutschen Schülern allerdings so manche „feste Regel“ im Koran vorenthalten wird – beispielsweise die, daß die zu Amira gewordene Stefanie ihr Leben riskiert, falls sie ernsthaft versuchen sollte, ihre neue Religion wieder zu verlassen.

Auch die vom Koran geforderte und in mehreren Ländern nach wie vor praktizierte Steinigung von Ehebrecherinnen, die Amputation einer Hand bei Diebstahl und ähnliche „feste Regeln“

werden verschwiegen. Immerhin wird die Selbstabgrenzung des Islam erwähnt: „Ein Christ kommt für sie als Partner nicht mehr in Frage.“

Was dagegen von Christen zu halten ist, wird den Pennälern in derselben Broschüre auf Seite 11 unter der Überschrift „Die evangelikalen Missionare“ mit warnenden Worten erklärt. Hier wird die 19jährige Leonie porträtiert, die zu einem lebendigen evangelischen Glauben gefunden hat. Scharf unterscheidet sich die Tonlage gegenüber der Darstellung der jungen Muslima. „Wagt es

jemand in ihrer Umgebung, die Bibel anzuzweifeln, reagiert sie schnell allergisch.“ Mit dem abstoßenden Schlußsatz „Leonie sagt, es geht ihr gut“ wird der christliche Glaube der 19jährigen in die Nähe einer Entwicklungsstörung, wenn nicht einer psychischen Erkrankung gerückt.

Bemerkenswert ist auch die Polemik gegen das „Christival“-Treffen im Mai 2008 im selben Artikel. „Vier Tage lang machten fast 20 000 Jugendliche Bremen unsicher.“ Diese Formulierung unter-

stellt den Christen, die auf diesem Festival teilweise körperlich angegriffen wurden, zwar nicht direkt Gewaltbereitschaft. Er steht aber in einem extrem abwertenden, ja schmähenden Zusammenhang.

Der staunende Leser fragt sich, ob die Bundeszentrale für politische Bildung ein solches Machwerk wirklich gut finden kann. Tatsächlich hat deren Präsident, der frühere evangelische Pfarrer (!) und SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas Krüger, in einem Belegbrief an alle Schulen eine ausdrückliche Empfehlung ausgesprochen – mit einem beispiellosen verbalen Schlag gegen Evangelikale: „In der Zeitung finden sich interessante Informationen, wie islamistische und evangelikale Gruppen, die wichtige Freiheitsrechte in Frage stellen, Jugendliche umwerben.“

Von dieser Formulierung und dem umstrittenen Artikel ist Krüger inzwischen abgerückt, allerdings zögernd. Seine Behauptung, er habe das von ihm empfohlene Magazin gar nicht gelesen, erscheint allerdings angesichts der sehr hohen Auflage und Verbreitung an 20 000 Schulen ungläubig oder wäre allenfalls ein eigenständiger Rücktrittsgrund.

Konrad Badenheuer



Wurde auch diese Aktion aus Steuermitteln gefördert? So wurde Anfang Mai 2008 in Bremen gegen das „Christival“, ein großes Treffen junger Christen, agitiert. Dabei kam es auch zu Gewalt gegen einzelne Veranstaltungen des Festivals.

Bild: epd

## Die Beschwerde

»Bundesinnenminister soll Dienstaufsicht wahrnehmen«

Der 37jährige Religionslehrer Andreas Späth aus Ansbach ist als Vorsitzender der Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern e.V. (KSBB) einer der profiliertesten Vertreter der evangelikalen Bewegung in Deutschland. In der „Affäre Krüger“ hat er Dienstaufsichtsbeschwerde bei Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble erhoben.

„In der von Herrn Präsident Krüger empfohlenen Zeitschrift finden sich im Artikel ‚Die evangelikalen Missionare‘ Sätze, die einen Verstoß gegen §§ 130, Absatz 1 mit 3 und 185 mit 187 Strafgesetzbuch nahelegen“ – also Volksverhetzung, Beleidigung und Verleumdung –, begründet Späth seine Beschwerde. Er führt mehrere Formulierungen an, die auch in dem Beitrag oben wiedergegeben werden, sowie weitere Beispiele, wie die Formulierung, „... die zum Teil verfassungsfeindlichen Ziele [der Evangelikalen] werden da fast nebenbei vermittelt“.

Späth erinnert daran, daß die Bundeszentrale laut eigenem Leitbild „die Entwerkung eines auf Demokratie, Toleranz und Pluralismus gründenden politischen

Bewußtseins fördern“ wolle. „Dieses Ziel“, so Späth, „wird durch Artikel, die zum Haß gegen Minderheiten aufstacheln und deren Verfassungstreue in Frage stellen, konterkariert. Die Krawalle gegen Teilnehmer des Christival zeigen, welches Gewaltpotential auf Seiten eines sich durch eine angebliche Verfassungsfeindlichkeit von Evangelikalen legitimierten Mobs aufbauen kann. Wie sollen Evangelikale nach diesem Artikel an ihren Schulen noch offen – als Christen erkennbar – auftreten?“

Späth zitiert weiter aus dem Leitbild der Bundeszentrale: „Unsere Grundsätze sind Überparteilichkeit und wissenschaftliche Ausgewogenheit. Unsere Bildungsaufgabe erfüllen wir in eigener gesellschaftspolitischer, pädagogischer und publizistischer Verantwortung.“ Eben dieser Verantwortung sei „Herr Präsident Krüger mit seinem Unwerturteil über evangelikale Christen und mit der Verbreitung einer Zeitschrift mit verleumderischen Inhalten nicht gerecht geworden.“ Außerdem habe sich Krüger bei der Frage, in-

wieweit und von wem das Magazin „Q-rage“ vor der Verbreitung gelesen worden sei, in Widersprüche verwickelt. Zunächst habe er behauptet, die BpB habe sich die Publikation „nicht“ vorlegen lassen, „um jeden Anschein von eingreifender Zensur zu vermeiden“.

Nur einen Tag später hingegen erklärte Krüger, er sei „davon ausgegangen, das Heft sei von meinen Mitarbeitern gewissenhaft geprüft worden“.

Im einen oder im anderen Fall müsse Krüger die Unwahrheit gesagt haben: „Selbst in der schon klar gewordenen Krise läßt Herr Präsident Krüger Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vermissen.“ Sein Fazit: „Krüger hat erstens eine Zeitschrift, die einen verleumderischen Artikel enthält, gefördert und mit einem eigenen – das dortige Unwerturteil steigern – Brief verbreiten lassen. Er hat damit zweitens den Auftrag der Bundeszentrale aktiv ad absurdum geführt.“ Er habe drittens vorzätzlich eine Kontrolle des geförderten Organs „nicht durchgeführt beziehungsweise verhindert“. PAZ



Andreas Späth

## Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND  
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur

Konrad Badenheuer

(V. i. S. d. P.)

**Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher:** Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruffo; **Heimarbeit, EDV:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

**Freie Mitarbeiter:** Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millaer, Jean-Paul Picaper.

**Verlag:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, **Verantwortlich für den Anzeigenteil:** Knut Bantow. Es gilt Preisliste Nr. 28.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597. Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Konten:** HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

## Die angebliche »Schülerzeitung«

Sozusagen in zwei Etappen ist Thomas Krüger von dem von seiner Behörde geförderten anti-christlichen Pamphlet abgerückt. Zunächst drückte er nur ein bedingten Bedauern aus: „Sollte durch mein Empfehlungsschreiben der Eindruck entstanden sein, die in dem Artikel dargelegte Position“ werde von ihm oder seiner Behörde geteilt, dann bedauere er dies. Damit verkaufte er seine Adressaten insofern für dumm, als alle Aussagen eindeutig waren und ein anderer Eindruck gar nicht möglich war. Erst später folgte eine echte Entschuldigung und das Angebot, durch weitere Veröffentlichungen der BpB den angekrachten Schaden zu begrenzen.

## Linkes Netz mit Knoten bei der »taz«

Bemerkenswerterweise wurde Krüger aber schon vor diesem Zeitpunkt von der Berliner „Tageszeitung“ (taz) und auch von „Spiegel-Online“ für sein angebliches „Einknicken“ heftig kritisiert. Die „taz“, die das Magazin „Q-rage“ als Beilage selbst verbreitet hat, jammerte, die Evangelikalen und ihre „Funktionäre“ hätten Krüger „in die Knie gezwungen“. Ein „taz“-Kommentator unterstellte Evangelikalen gar „ein gebrochenes Verhältnis zur Meinungs- und Pressefreiheit“ und nannte sie in einem Atemzug mit „terroristischen Bombenlegern“. Überhaupt sei „Q-rage“ doch nur eine „Schülerzeitung“. Eben dies weist der Berliner Kommunikationsexperte Professor Wolfgang Stock klar zurück. „Q-rage“ enthalte zwar auch Beiträge von Schülern, dahinter stehe jedoch ein vierköpfiges „Mentorenteam“. Drei von ihnen seien aktive oder frühere Redakteure der „taz“, einer habe auch für „Spiegel-Online“ gearbeitet. Der umstrittene Artikel bewege sich „haarscharf an der Grenze dessen, was in Deutschland presserechtlich gerade noch zulässig ist“. Stock hält den Text für die Arbeit von Profis. K.B.

**Telefon (040) 4140 08-0**

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

**E-Mail:**

redaktion@preussische-allgemeine.de  
anzeigen@preussische-allgemeine.de  
vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**

www.ostpreussen.de

Bundesgeschäftsstelle:

lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de

Benutzername/User-ID: paz

Kennwort/PIN: 1217

# Krisenmanager für Hessen gesucht

Hessens SPD droht am 18. Januar das schlechteste Ergebnis seit 1945

**Momentan sieht in Hessen alles nach Schwarz-Gelb aus. Der in den nächsten zwei Wochen zu erwartende kurze, aber heftige Wahlkampf dürfte angesichts der Zerrissenheit der SPD kaum einen Stimmungsumschwung bringen.**

„Wirklich wieder Koch?“ heißt es zaghaft auf den Wahlplakaten der SPD in Hessen. Das hatte vor gut einem Jahr noch energischer geklungen. Damals forderte die SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti: Koch muß weg. Inzwischen sind aber immer mehr Hessen der Meinung, daß nicht Koch, sondern Ypsilanti weg müsse. Zwar hat sie die Spitzenkandidatur an Thorsten Schäfer-Gümbel abgeben müssen, aber sie ist immer noch Parteichefin.

Nach der letzten Forsa-Umfrage kann Roland Kochs CDU zusammen mit der FDP auf 55 Prozent hoffen. Die CDU hätte demnach seit ihrem Desaster im Januar 2008 fünf Prozentpunkte zugelegt, während der SPD am 18. Januar mit 23 Prozent das schlechteste Ergebnis seit Kriegsende vorausgesagt wird.

Doch bis dahin kann noch einiges passieren – hofft zumindest die SPD. „Die Zeit ruft nach sozialdemokratischen Antworten“, versucht Frank-Walter Steinmeier die Finanzkrise politisch zu nutzen. „Die Marktradikalen haben uns diese Krise eingebrockt, jetzt geht es um eine gerechte neue Wirtschaftsordnung, in der auch der Staat handlungsfähig ist und Sicherheit gibt.“ Mit dieser Überzeugung will der Herausforderer von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der Bundestagswahl im Herbst seinem Parteikollegen Thorsten Schäfer-Gümbel schon jetzt im hessischen Wahlkampf den Rücken stärken. Der Außenminister lobt das Engagement des Hessen, der bis vor wenigen Monaten selbst für die Bundes-SPD noch ein Unbekannter war. Doch selbst wenn Schäfer-Gümbels persönlicher Kampf um das von Andrea Ypsilanti mehrfach mißbrauchte Vertrauen der Wähler inzwischen mehr Beachtung findet, so ist eine

Trendwende in weiter Ferne. Auch im direkten Vergleich der Spitzenkandidaten zieht er den kürzeren: In Umfragen stand er zuletzt bei 24 Prozent. Roland Koch hingegen erreichte 44 Prozent Zustimmung. Angesichts dieser Stimmungslage erscheint es von der SPD strategisch unklug, ihren Wahlkampf direkt gegen Koch auszurichten.

Bei der Wahl 2008 traf diese Ausrichtung noch auf breite Zustimmung: Nach über acht Jahren Roland Koch als Ministerpräsident gab es immer weniger, die die Politik des nicht gerade als Sympathieträger geltenden Hessen weiter mittragen wollten. Doch die „Degradierung“ zum geschäftsführenden Ministerpräsidenten hat den 50jährigen geläutert. Während sich die Hessen-SPD mit ihrer zweimal gescheiterten Regierungsübernahme mit Hilfe der Linkspartei selbst zerfleischte, goß der von Andrea Ypsilanti so oft per-

sönlich Angegriffene kein Öl ins Feuer, sondern kümmerte sich darum, daß Hessen trotz aller Turbulenzen weiter regiert wurde. „Der unanständige Wahlkampfstil der SPD mit persönlichen Angriffen gegen Roland Koch zahlt sich nicht aus. Dieser Stil stößt die Menschen ab“, meint Christean Wagner, der Chef der hessischen CDU-Fraktion.

## Koch ist weiterhin nicht allzu populär

Diese Erkenntnis hat die CDU verinnerlicht und hält sich deshalb ihrerseits mit Polemik gegen die sowieso schon am Boden liegende SPD zurück.

Angesichts der starken Personalisierung des Wahlkampfes sind die Programme in den Hintergrund gerückt. 2007 hatte die CDU-geführte Regierung unter www.hessen.de

noch ihr Programm von der letzten Wahl ins Internet gestellt und farblich markiert, inwieweit die einzelnen Punkte umgesetzt wurden – ein bis dahin beispielloser Schritt gegen eine Politik des „Was-kümmert-mich-mein-Geschwätz-vongestern?“. Nach der Wahl 2008 war das freilich nicht mehr möglich, da Koch keine Mehrheit mehr hatte, um seine Politik gegen SPD, Grüne und Linke durchzusetzen. Er mußte sogar hinnehmen, daß diese drei Parteien die von ihm eingeführten Studiengebühren wieder zurücknahmen. Auch hat er erkannt, daß das Thema innere Sicherheit ihn 2008 Stimmen gekostet hat. „Im letzten Wahlkampf ist uns die Debatte über innere Sicherheit insbesondere über Jugendkriminalität emotional entglitten“, räumt er ein, betont aber: „Ich bleibe ein konservativer Reformier. Ich habe von meinen politischen Prinzipien nichts aufgegeben.“ Und obwohl

Hessens Verschuldung auch unter der CDU-Regierung weiter gestiegen ist, profitiert Koch davon, daß man ihm am ehesten zutraut, die jetzige Krise zu überwinden. Zudem nutzt er die ihm von der SPD zugespielte Munition: „Es ist die alte SPD, die SPD des Wortbruchs, die bei der Wahl antritt. Dort, wo Thorsten Schäfer-Gümbel draufsteht, ist Andrea Ypsilanti drin.“

Auch Ypsilantis SPD-interner „Erzrivale“ Jürgen Walter ist überzeugt, daß Schäfer-Gümbel, der „mit dem alten rot-rot-grünen Bündnisprogramm in den Wahlkampf“ zieht und eine in sich tief gesplante SPD führt, nur wenige Wähler überzeugen kann. Die Tatsache, daß die SPD an ihrem von der Wirtschaft scharf kritierten Nein zu neuen Kohlekraftwerken und zum Flughafen ausbau festhält, nützt zudem der FDP, die stets klar zu Koch stand.

Rebecca Bellano



Wenig persönliche Angriffe: Ministerpräsident Roland Koch (CDU) und SPD-Spitzenkandidat Thorsten Schäfer-Gümbel

Bild: ddp

## MELDUNGEN

### Zusatzbeiträge wahrscheinlich

**Berlin** – Noch wenige Stunden vor Einführung des Gesundheitsfonds stritten sich Gesundheitsexperten und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD), ob der Gesundheitsfonds mit genügend Geld ausgestattet ist. Während Ulla Schmidt überzeugt ist, daß 167 Milliarden Euro reichen müßten, um allen gesetzlich Versicherten eine gute Versorgung angedeihen zu lassen, halten ihre Widersacher es für wahrscheinlich, daß ab Mitte 2009 zahlreiche Kassen Zusatzbeiträge erheben müssen, da sie mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld nicht mehr auskämen. Die Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten (DGVP) unkt gar, daß ohne grundlegende Reformen ein Beitragssatz von 20 bis 22 in fünf Jahren realistisch sei. *Bel*

### NPD-Verbot löst keine Probleme

**München/Berlin** – Nachdem bereits zahlreiche Unionspolitiker bezweifelt hatten, daß ein NPD-Verbot die Gewaltbereitschaft rechtsextremer Kreise reduzieren würde, hat sich auch die SPD-Politikerin Gesine Schwan dieser Meinung angeschlossen. Die steigende Gewaltbereitschaft habe viel tiefere Ursachen, sagte die Professorin nach der Veröffentlichung neuer Zahlen über rechtsextremistische Gewalt. Gerade den Rechtsextremismus müsse man ganzheitlich, auch an seinen sozialen Ursachen bekämpfen. erklärte Schwan, die im Mai für die Sozialdemokraten gegen Horst Köhler um das höchste Amt im Staate kandidiert. Trotzdem prüft Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) gemeinsam mit seinem rheinland-pfälzischen Amtskollegen Kurt Beck (SPD) eine Bundesratsinitiative für ein Verbot der NPD. Bundesinnenminister Schäuble (CDU) warnte indes, ein zweiter Anlauf für ein NPD-Verbot müsse gut vorbereitet sein. *H.H.*

## Ost-Deutsch (98):

### Landschaft

Von WOLF OSCHLIES

Wie die PAZ berichtete, erschien Ende November 2008 in Königsberg die Enzyklopädie „Kurische Nehrung – eine Kulturlandschaft“. Im russischen Original hieß es „kulturnyj landsaft“ (kyrillisch geschrieben und „sch“ gesprochen), was ganz normal ist. Die althochdeutsche „lantscaft“ bezeichnete ein überschaubares Naturgebiet, und dieser Wortsinn ist seit Peter dem Großen (1672–1725) auch gut russischer Sprachgebrauch. Kanzler Kohls Wort von den „blühenden Landschaften“ fand umgehend als „cvetuscie landsafty“ Eingang in russische Texte, da der Begriff allen Russen vertraut ist: „Zamok v pizisja v okruzajusij landsaft“ (das Schloß schmiegt sich in die umliegende Landschaft), „geopoliticeskij landsaft“ (geopolitische Landschaft), „otecestvennyj landsaft“ (vaterländische Landschaft) etc. Daneben das Adjektiv „landsaftnyj“, das kaum adäquat übersetzbar ist. Ein „prirodno-landsaftnyj muzej“ ist etwas mehr als ein „Natur- und Landschaftsmuseum“, nämlich ein Art Heimatmuseum. Nicht zu vergessen neue Witze und Wortspiele, wenn etwa ein Baggerfahrer als „landsaftnyj architekt“ auftritt.

Ähnlich klingt es bei den Ukrainern: „Landsafti zacarovujut“ – die Landschaften verzaubern, die des „Karpaten Natur- und Nationalparks“ nämlich. Bei Polen und Tschechen besteht das Wort auch, jedoch in lokalen Mundarten wie der „jynzyk slónski“, der „schlesischen Sprache“, die ob ihres polnisch-deutschen Mischcharakters lange Jahrzehnte verpöht war. Seit kurzem hat sie erneute Hochkonjunktur in der grauen, aber eigenwilligen „landsaft miolych hásioek“ (Landschaft kleiner Häuschen) Oberschlesiens. Das verbindet sie mit der „Brnenska hantyrka“, der Mundart von Brünn, die seit Jahren in witziger Gegnerschaft zum Prager Hochtschisch steht. Tja, Brünn und Mähren sind eben von eigener Art, und wenn ein Brünner schwärmt, „to jsou barvy, to je landsaft“ (das sind Farben, das ist eine Landschaft), dann versteht ihn der Prager, und sei's zähneknirschend. Den Brünnern ist es egal, denn „taky uz aj silbrujo landsaft“ (nur so versilbert die Landschaft). Und sie machen sich lustig, zeigen eine böhmische Gegend und „böhmakekn“ dazu: „vundersene cesie landsaft“ – wunderschöne tschechische Landschaft.

## Auf See gilt das Gesetz des Stärkeren

Piratenbekämpfung vor Somalia – Parallelen mit Operationen des Deutschen Ritterordens

Die Deutsche Marine kann nach der Entscheidung des Bundestages auf Piratenjagd vor Somalia gehen. Mit bis zu 1400 Soldaten und der Fregatte „Karlsruhe“ beteiligt sich Deutschland an der EU-Mission „Atalanta“. Zu den Aufgaben der Soldaten gehört es, Hilfstransporte für das vom Bürgerkrieg zerrissene Somalia und zivile Schiffe zu schützen. Der Einsatz ist zunächst auf ein Jahr befristet.

Die Fregatte „Karlsruhe“ kreuzt derzeit als Teil des Anti-Terror-Einsatzes „Operation Enduring Freedom“ (OEF) gemeinsam mit der Fregatte „Mecklenburg-Vorpommern“ im Golf von Aden. Künftig sollen je nach Bedarf Schiffe aus dem OEF-Einsatz herausgelöst und der EU-Piraten-Bekämpfung unterstellt werden. Dies soll auch für andere deutsche Schiffe gelten, die im Rahmen von Nato-Verbänden in der Region unterwegs sind. Insgesamt sollen sechs Schiffe und drei Flugzeuge im Rahmen der EU-Mission zum Einsatz kommen.

Die Piraten, die zuletzt Schlagzeilen durch die Kaperung eines großen Öltankers und eines Waffentransporters machten, müssen sich nun auf veränderte Verhältnisse einstellen. Die Quelle lukrativer Einnahmen – Man prickt unter der Hand von über 150 Millio-

nen Dollar gezahlter Lösegelder – dürfte nun bald versiegen. Denn die hochgerüstete Streitmacht der Koalition wird kaum lange fackeln, wenn ein Angriff droht oder erfolgt ist. Und jeder Seemann weiß: Auf dem Wasser ist die Beweislage schwierig und es gilt das Gesetz des Stärkeren. Die einfachen und oft nur aus Holz gefertigten Schiffe der modernen Seeräuber sind zwar schwer mit Radar zu orten, aber um so leichter zu versenken.

„Historisch“ kann man den militärischen Einsatz gegen die Piraten gleich in zweifacher Hinsicht nennen. Zum einen ist es das erste Mal in ihrer Geschichte, daß die Marine der Bundeswehr zum Schutz von Handelsschiffen vor Seeräubern eingesetzt wird. Zum anderen liegt der letzte große deutsche Einsatz gegen Piraten bereits mehr als 600 Jahre zurück. Im 14. Jahrhundert machte die berühmte Piratenbande des legendären Klaus Störtebeker vor der Nord- und Ostseeküste von sich reden. Störtebeker, der von manchen Linken bis heute als „Robin Hood der Meere“ verehrt wird, fügte den sogenannten „Pfeffersäcken“, den Besitzern der Handelsschiffe der

Hanse, jahrelang empfindliche Verluste zu. Genauso wie die Reeder unserer Tage sahen die Kaufleute der Hanse seinem Treiben lange untätig zu und schrieben die verlorene Ladung beziehungsweise ganze Schiffe ab. Erst als die Seeräuber immer dreister wurden und sie schließlich im Jahr 1392 eine ganze Hansestadt, das durch dicke Mauern geschützte Visby auf Gotland, eroberten, besannen sich die vornehmen Hanseaten auf militärische Mittel. Denn Visby diente in ganz ähnlicher Weise als Operationsbasis für die Piraten wie das heutige Harardhere in Somalia, wo derzeit der gekaperte Öltanker auf Reede liegt.

### Gerichtsstand ist wieder Hamburg – wie schon anno 1401

Auf Initiative des im heutigen Ostpreußen residierenden Deutschen Ritterordens gelang schließlich die Operation. Der 25. Hochmeister des Ordens, Konrad von Jungingen (1355–1407), der sich für den Handel in der östlichen Ostsee verantwortlich fühlte, rüstete 1398 eine Kriegsflotte von 84 Schiffen mit 4000 Mann Besatzung aus. Mit dieser gewaltigen Streitmacht, gegen die selbst die heutige EU-Mission recht bescheiden wirkt, segelten die Ordensritter in

Richtung Visby und konnten die verschanzten Seeräuber schließlich „ausräuchern“, einen Teil der Freibeuter gefangennehmen und den Rest vertreiben.

Störtebeker und seinem Kumpan Gödeke Michels gelang die Flucht aus Visby. Sie verlegten daraufhin ihr Tätigkeitsfeld in die Nordsee. Erst 1401 gelang es dann einer neuen Armada der Hanse, die Seeräuber vor Helgoland zu stellen. Störtebeker und 70 seiner Kumpane wurden schließlich auf dem Grasbrook in Hamburg geköpft und ihre Schädel in einer langen Reihe aufgespießt.

Sollten die Piraten der Gegenwart von Deutschen gefangen genommen werden, würde ihnen auch heute wieder in Hamburg der Prozeß gemacht. In der Strafprozeßordnung heißt es, daß für eine Straftat, die „außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes im Bereich des Meeres begangen wird, der Gerichtsstand Hamburg“ sei. Zwar wird dann auf dem Grasbrook, wo derzeit das große Neubaugebiet der „HafenCity“ entsteht, keiner mehr geköpft werden, aber das Ziel von Gefangennahme und Verurteilung von Piraten bleibt das gleiche: Der Welthandel soll auch weiterhin unbehelligt von Seeräubern florieren können. *Hinrich E. Bues*

## MELDUNGEN

## Verdrängung der letzten Aramäer

Ankara – Der türkische Staat versucht auf juristischem Wege, die verbliebenen syrisch-orthodoxen Christen aus ihrer Heimat zu verdrängen. Zum Jahreswechsel liefen drei Gerichtsverhandlungen gegen das Kloster Mar Gabriel in der frühchristlichen Region Tur Abdin. Eine Klage unterstellt, daß das 397 n. Christus erbaute Kloster auf dem Gelände einer abgerissenen Moschee stehe. Selbst in der Türkei sorgt das für Schmunzeln, da es rund 200 Jahre vor dem Propheten Mohammed noch keine Moscheen gegeben haben kann. Eine andere Klage erscheint für die Christen gefährlicher. Da die verbliebenen 2000 Aramäer der in den 60er Jahren noch 200 000 Mitglieder zählenden Gemeinde sich nie als religiöse Minderheit haben registrieren lassen, dürfen sie keinen Nachwuchs ausbilden und nicht in ihrer Sprache, der Sprache Jesu, unterrichten. Da sie dies tun, verstoßen sie gegen die türkische Verfassung. Enteignung droht. *Bel*

## Jetzt Tutsi gegen Hutu

New York – Nach Angaben des UN-Sicherheitsrats unterstützt die ruandische Regierung ihren Ex-Armeegeneral Laurent Nkunda bei seinem Kampf im Osten des Kongo, dem Exil vieler aus Ruanda geflüchteter Hutu. Schweden und die Niederlande foren deswegen ihre Entwicklungshilfe für Ruanda ein. Ruandas Präsident Paul Kagame, wie Nkunda ein Tutsi, soll diesem bei der Rekrutierung von Soldaten und bei der Waffenbeschaffung helfen. – Am 18. Dezember verurteilte das UN-Sondertribunal in Tansania den Hutu-Oberst Theoneste Bagosora wegen des Völkermordes an 800 000 Tutsi und gemäßigten Hutu 1994 zu lebenslanger Haft. Bagosora gilt als der Hauptverantwortliche des Genozids und wird in der internationalen Presse deswegen auch als der „Himmeler Ruandas“ bezeichnet. *Bel*

## Der kranke Mann am Donau-Knie

Ungarns wirtschaftliche und soziale Probleme könnten zu »Weimarer Verhältnissen« führen

Der Staatsbankrott, von dem Ungarn im Oktober unmittelbar bedroht war, ist dank einer Finanzspritze des Internationalen Währungsfonds, der EU und der Weltbank von insgesamt 20 Milliarden Euro vorläufig abgewendet. Dennoch verschlechtert sich die wirtschaftliche und politische Situation weiter.

In dieser Lage kann es nicht verwundern, daß der ungarische Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány ein Gerichtsurteil gegen die als rechtsextrem eingestuft „Ungarischen Garden“ enthusiastisch begrüßte. Doch auch das ist ein Scheinerfolg: Verboten wurden nicht die im August 2007 gegründeten Garden, sondern nur deren Trägerverein, hinter dem die nicht im Parlament vertretene „Partei für ein besseres Ungarn“ steht. Und selbst wenn das Urteil rechtskräftig werden sollte, hätte es kaum praktische Auswirkungen. Denn die Aufmärsche der Garden waren immer von Privatpersonen angemeldet worden.

Zum Trost für Konservative und Nationale entschied der Oberste Gerichtshof, das neue Gesetz über homosexuelle Partnerschaften wieder aufzuheben, weil es dem in der Verfassung verankerten Schutz von Ehe und Familie widerspricht. Natürlich läßt der Gerichtshof Hintertürchen offen, und eine neue Regierungsvorlage wird sicher bald die „Nöte der Diskriminierten“ beseitigen. Während so die Gerichte für Unterhaltung sorgen, ändert sich nichts an der tristen Realität: Der drohende Staatsbankrott hatte die ungarische Währung stark unter Druck gesetzt. Um den Abfluß von Gut-

haben zu bremsen, wurde der Leitzins massiv auf zuletzt 10,5 Prozent erhöht. Trotzdem ist der Forint gegenüber dem Dollar um etwa 15 Prozent und gegenüber dem Euro um vier Prozent gefallen. Das wiederum macht die ho-

Die von Währungsfonds und EU auferlegten Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor verstärken den allgemeinen Frust und machen sich in zahlreichen Streiks bemerkbar – zum weiteren Schaden für die Wirtschaft. International

gibt es noch kein Datum für die Einführung der Gemeinschaftswährung, doch die ungarische Regierung möchte bereits Ende 2009 in den sogenannten Wechselkursmechanismus II – die wichtigste Vorstufe zur Aufnahme in die Ge-

sowie auf sozialer und kommunaler Ebene voraus.

Jetzt rächt sich bitter, daß Ungarn seit Jahrzehnten – auch schon vor der Wende – über seine Verhältnisse gelebt hat. Die heutigen Probleme gehen weit über die

wirtschaftliche Lage hinaus. Die „Budapester Zeitung“ erinnert daran, daß die Türkei vor 100 Jahren als „der kranke Mann“ (am Bosphorus) bezeichnet wurde, und meint, daß man das selbe heute von Ungarn sagen könnte. Und der seit 155 Jahren bestehende „Pester Lloyd“ titelt sogar: „Ungarn – unterwegs nach Weimar?“

Die meisten Ungarn sind der vielen erlebten Eingriffe überdrüssig und lehnen die durchaus nötigen strukturellen Reformen fast reflexartig ab. Die sozialistische Minderheitsregierung ist nicht entscheidungs- und durchsetzungsfähig, doch die bürgerliche Oppositionspartei Fidesz würde sich, selbst wenn sie die absolute Mehrheit erreichen sollte, nicht minder schwer tun. Von den Freien Demokraten



Lahmgelegt: Eisenbahner und Flughafenpersonal streikten tagelang. Die Zeit der sozialen Wohltaten ist vorbei.

Bild: pa

he Schuldenlast noch drückender, denn mehr als die Hälfte der Kredite ist in Fremdwährung.

Das hohe Zinsniveau und die Abwertung verstärken den Abschwung der ungarischen Wirtschaft. So wird die Industrieproduktion, die 2007 noch um 8,1 Prozent wuchs, 2008 auf das Niveau von 2006 zurückgefallen sein, und die Prognosen für das neue Jahr sehen noch düsterer aus. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind bereits spürbar. Die Inflation ist zwar auf zuletzt 4,2 Prozent gesunken, dieser Erfolg ist aber größtenteils dem gesunkenen Ölpreis zu verdanken.

spürbar war der knapp vor Weihnachten ausgerufenen und ergebnislos wieder beendete Streik der Eisenbahner. Die Behinderungen am Budapester Flughafen wurden

## Ungarn würde gerne vom Forint zum Euro wechseln

durch Streikbrecher aus Griechenland „behooben“. Nach dem Schock der Forint-Spekulation will die Regierung nun die Einführung des Euro vorziehen. Zwar

meinschaftswährung – aufgenommen werden. Der Forint dürfte dann zwei Jahre lang gegenüber dem Euro um maximal 15 Prozent schwanken, was angesichts der derzeitigen Lage als ehrgeiziges Ziel gilt. Doch die absehbaren Vorteile für den Außenhandel machen die Gemeinschaftswährung, die in Ungarns Nachbarland Slowakei seit dem 1. Januar 2009 gilt, dennoch attraktiv. Auch ein großer Teil der Auslandsschulden ist in Euro, der Schuldendienst würde dann zumindest leichter zu kalkulieren sein. Allerdings setzt die Euro-Einführung unangenehme Reformen im Bereich der Steuern

(SzDSz), dem früheren Regierungspartner der Sozialisten, oder von den diversen Rechtsgruppierungen ist erst recht nichts zu erwarten. Denn die liberale SzDSz ist als Partei der „Doppelstaatsbürger“ diskreditiert. Und die Rechten sind zerstritten, nehmen sich mit zum Teil völlig unpraktikablen Vorstellungen selber aus dem Spiel.

Immerhin sind sie in einer Hinsicht unentbehrlich: Denn ohne sie täten sich all die anderen ungleich schwerer, mit ihrem Kampfesgeschrei gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus von den wahren Problemen des Landes abzulenken. *R. G. Kerschhofer*

## Die EU wirkt ratlos

Streit mit Serbien erschwert die »Eulex«-Mission im Kosovo

Die EU ist die erfolgreichste Wirtschaftsallianz der Menschheitsgeschichte“, sagte kürzlich Serbiens Außenminister Vuk Jeremic, „darum ist die EU-Integration auch die erste strategische Priorität meiner Regierung.“ Die Regierung wird von der Demokratischen Partei angeführt, die mit ihrem „europäischen“ Programm im Mai 2008 die Wahlen gewonnen hatte. Aber serbische EU-Orientierung ist keine Liebedienerei, und gerade Jeremic ist der entschlossenste Politiker, wenn Belgrad mit Brüssel die politischen Klänge kreuzt.

Brüssel hat Serbien in den letzten Monaten ein Assoziierungs- und ein Handelsabkommen gegeben, diese aber wegen angeblich mangelnder Kooperation mit dem Haager Kriegsverbrecher-Tribunal gleich wieder „eingefroren“. Mit EU- und US-Förderung erklärte das Kosovo Mitte Februar seine Unabhängigkeit, was nach serbischer Überzeugung ein Verstoß gegen Völkerrecht und UN-Charta war. Wenige Tage zuvor beschloß Brüssel zudem, seine Polizei- und Rechtsstaatsmission Eulex ins Kosovo zu schicken, um die dort seit 1999 amtierende UN-Übergangsverwaltung UN-

MIK abzulösen. Das alles hat Serbien gründlich versalzen.

Es begann im August, als Belgrad den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anrief, um die Rechtmäßigkeit der kosovarischen Unabhängigkeit prüfen zu lassen. Im Oktober gab die UN-Vollversammlung Serbien grünes Licht für sein Vorhaben. Belgrad triumphierte: Sollte das Gericht die kosovarische Unabhängigkeit als illegal beurteilen, werden die Karten im Kosovo

## Statt Reformen überall nur Rechthaberei

neu gemischt. Die Bundesregierung und die EU rechnen aber nicht mit diesem Ergebnis. Bei der Abstimmung in der UN-Vollversammlung am 8. Oktober haben sie sich deswegen enthalten.

Minister Jeremic und alle Regierungsmitglieder betonen immer wieder, daß Serbien in die EU will und daß EU-Integration und Kosovo-Unabhängigkeit zwei Paar Schuhe sind. Sollte Brüssel jedoch Kosovo-Konzessionen zur Vorbedingung für eine EU-Mitgliedschaft machen, wird es sich ein Belgrader Nein einhandeln –

was die Eulex-Mission schon zu spüren bekam.

Die EU ist im Kosovo bereits mit einer Vertretung und der Internationalen Verwaltungsbehörde präsent, strebte aber das alleinige Sagen an, was Serbien nicht akzeptierte und Rußland per Veto im UN-Sicherheitsrat blockierte.

Die EU hat mit der Mission bislang eher das Gegenteil ihrer Vorhaben erreicht, sich zudem die Kosovaren zu Feinden gemacht. Der Albaner Veton Surroi hat jüngst die vielfach kriminellen Machtstrukturen des Kosovo als völlig ungeeignet für konstruktive Politik und ökonomische Gesundung des bitterarmen und chaotischen Kosovo bezeichnet. Eulex soll hier ordnend eingreifen, zum Beispiel 3000 verschleppte Gerichtsverfahren auflösen, Milliarden veruntreute Hilfsgelder aufspüren und zahlreiche Kriegsverbrechen untersuchen. Mehr kann die EU vor Ort kaum tun, aber wenn es die kriminellen Verstrickungen der dortigen Machthaber aufdeckt, dann tut sie Gutes – auch wenn die Verantwortlichen mit neuer Gewalt antworten. Pristina hat bereits erste Demonstrationen und Anschläge gegen Eulex erlebt, weitere und härtere dürften folgen. *Wolf Oschlies*

## Ein Akt der Solidarität?

Bundesregierung prüft Aufnahme freigelassener Terrorverdächtiger

Die Bundesregierung ist bereit, nach entsprechender Prüfung Häftlinge aus dem US-Lager Guantánamo in Deutschland aufzunehmen. Im Auswärtigen Amt sieht man das als Akt der Solidarität mit dem zukünftigen US-Präsidenten Barack Obama an. Deutschland fordert schon seit Jahren, das menschenrechtswidrige Lager für Terrorverdächtige zu schließen. Und es ist nicht nur Außenminister Frank Walter Steinmeier (SPD), der überlegt, ob Deutschland jene der verbliebenen 255 Gefangenen aufnimmt, die weder in ihre Heimatländer zurückkehren können noch in den USA bleiben wollen. Neben Grünen-Chefin Claudia Roth, die Bundeskanzlerin Merkel aufgefordert hat, ein „Zeichen der Menschlichkeit“ zu setzen, spricht sich auch der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Günter Nooke (CDU), dafür aus, einige der muslimischen Uiguren aufzunehmen, die als angebliche terroristische „Gefährder“ von den USA festgehalten wurden, aber nicht mehr nach China zurückkehren können. Da die Uiguren eine in China unterdrückte Minderheit sind, hätten diese unter Terrorverdacht Inhaftierten, aber nun als un-

schuldigen betrachteten Guantánamohäftlinge in China keine Zukunftschance. Da es in Deutschland ein Netzwerk vertriebener Uiguren gibt, sei ein Neuanfang für sie hier leichter.

Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU) hat erklärt, das Land Hamburg prüfe, ob es „nachweislich unschuldige“ Guantánamohäftlinge aufnehmen könne. In der Stadt, in der die Haupttäter des Attentats vom 11. September

## Guantánamohäftlinge nach Deutschland?

2001 ungestört ihre Pläne schmiedeten, treffen derartige Ankündigungen auf wenig Verständnis.

Auch Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach kann nicht nachvollziehen, was seine Politik-Kollegen antreibt. „Ich verstehe nicht, daß wir uns bei dieser Frage vordrängen“, sagte Bosbach. „Es gibt kein offizielles Gesuch der USA, daß Deutschland Gefangene aufnehmen sollte. Die Frage des Verbleibs der Häftlinge ist zunächst ein amerikanisches Problem.“ Allenfalls im Rahmen einer internationalen humanitären Ak-

tion kann sich Bosbach eine Aufnahme einiger Häftlinge vorstellen. Den Unions-Fraktionsvize treiben nicht nur Sicherheitsbedenken: „Welchen Bezug haben die Gefangenen zu Deutschland?“ Ruprecht Polenz, ebenfalls CDU, hat da weniger Bedenken. Für ihn muß ein Bezug zu Deutschland nicht mit der deutschen Staatsbürgerschaft einhergehen. Es genüge, wenn Guantánamo-Häftlinge in Deutschland gelebt hätten, bevor sie in Drittländern aufgegriffen wurden.

Angesichts der aktuellen Guantánamo-Diskussion hat sich der ehemalige Häftling Murat Kurnaz zu Wort gemeldet. Der Bremer mit der türkischen Staatsbürgerschaft mußte fast vier Jahre in dem US-Gefangenenlager auf Kuba ausharren, weil weder die Türkei noch Deutschland ihn 2002 aufnehmen wollten. Der junge Moslem, der als „ungesetzlicher Kombattant“ in Pakistan gefangengenommen wurde, war im Januar 2002 nach Guantánamo gebracht worden. Erst 2006 nahm sich Berlin auf Druck der USA und der deutschen Öffentlichkeit seiner an. Politisch verantwortlich für die verzögerte Freilassung von Kurnaz war auf deutscher Seite Frank-Walter Steinmeier, damals Kanzleramtsminister. *Bel*

# US-Vize fürchtet totalen Absturz

Die finsternen Warnungen von Obamas Vize Joe Biden sind begründet – »Höllenfahrt« des Dollars absehbar

Mit drastischen Worten über den Zustand der US-Wirtschaft hat der neue Vizepräsident Joe Biden die Welt aufgeschreckt. Zwar dienen die Unkenrufe offenbar auch dazu, einen möglichst großen Teil der Verantwortung für die Probleme noch der scheidenden Regierung von George Bush anzuhängen, doch die Lage der US-Wirtschaft ist tatsächlich katastrophal.

Joseph R. Biden ist ein erfahrener Mann. Schon seit 36 Jahren gehört er dem US-Senat an, viele Krisen hat der 66jährige Jurist kommen und wieder gehen sehen. Um so mehr verstört die drastische Wortwahl, mit der der designierte Vizepräsident der USA die Wirtschaftslage seines Landes beschrieben hat. „Die Wirtschaft ist in einer viel schlechteren Lage, als wir das bisher dachten“, erklärte er in einem Interview. Er fürchte deren „totalen Absturz“, es gelte, „das Bluten zu stoppen“. Dazu plane seine Regierung ein neuerliches gigantisches Programm. Zahlen wollte Biden nicht nennen, doch er erging sich in Andeutungen: „Es wird eine Zahl sein, die vor einem Jahr niemand für möglich gehalten hätte.“ US-Medien spekulieren nun über Beträge zwischen 675 und über 1000 Milliarden Dollar.

Dem irritierten Beobachter stellen sich mehrere Fragen: Sind diese finsternen Worte zum Nennwert zu nehmen? Wenn ja, worin besteht die neuerliche Verschlechterung? Und haben die USA nach den gewaltigen Schuldenprogrammen der zurückliegenden knapp vier Monate überhaupt noch die Bonität, um an den ausgetrockneten Kapitalmärkten weitere Hunderte Milliarden Dollar zu leihen? Was die erste Frage angeht, so haben alle neu gewählten Regierungen der Welt die Tendenz, die Hinterlassenschaft ihrer Vorgängerin eher düster zu zeichnen: Je schlechter die Ausgangslage, um so positiver hebt sich die eigene Leistung später ab.

Doch dieses auch in Deutschland wohlbekannte Verhaltensschema kann die tief schwarze

Tonlage Bidens nur zum Teil erklären. Würde der Absturz nicht tatsächlich drohen, so riskierte die Regierung Obama ja mit diesem Alarmismus, ihn durch Panikreaktionen von Verbrauchern, Unternehmen und Anlegern herbeizureden.

Außerdem gibt es genug harte Fakten für Bidens Schwarzseherei. Allein im Monat November sind in den USA etwas über 530 000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Jetzt sind bald sieben Prozent der Amerikaner erwerbslos, so viele wie seit 15 Jahren nicht mehr. Obamas Wirtschaftsberater rechnen mit dem Verlust von weiteren vier Millionen Stellen im Jahr 2009. Die Folge wäre ein zusätzlicher Nachfrageeinbruch, noch mehr Kredite würden platzen und die Banken in Mitleidenschaft ziehen.

Hier beginnt der wohl vertrackteste Punkt der aktuellen Krise: Obwohl Regierungen und Notenbanken den Kreditinstituten seit Monaten gigantische Beträge geradezu aufzwingen, kommt die Kreditvergabe nicht in Schwung – weder zwischen den Banken noch gegenüber den Unternehmen. Wenn sich private Banken aber bei der Notenbank zu Zinsen von nahe null Prozent Geld leihen können und dennoch ein Unternehmen wie Daimler Anfang Dezember volle neun Prozent bieten mußte, um eine Anleihe mit dreijähriger Laufzeit am Markt unterbringen zu können, dann zeigt das das ganze Ausmaß der Verwerfungen. Denn natürlich hätte der Konzern diesen enorm hohen Zinssatz nicht geboten, wenn er die offenbar dringend benötigten Mittel von den

Banken günstiger bekommen hätte.

Fest steht, daß viele private Banken in ihrer Risikobereitschaft von einem Extrem ins andere gefallen sind: Gab es bis ins Jahr 2007 (zunächst in den USA, aber in

## »Die Verzweiflung muß groß sein«

Form der Milliardeninvestitionen deutscher Banken in sogenannten „strukturierte Finanzprodukte“ (dann auch in Deutschland) eine an Naivität grenzende Risikobe-

reitschaft, so dominiert nun eine überzogene Risikoscheu, die viele grundsätzliche mittelständische Unternehmen gefährdet.

Um die Kreditvergabe anzuregen, hat die US-Notenbank FED radikale Maßnahmen ergriffen. Zur Senkung des Leitzinses auf nahe null kommt das direkte Engagement der Zentralbank, die den Banken faule Kredite in großem Stil aus den Bilanzen herauskauft. Offenbar zahlt sie dabei Preise weit über Marktwert. Über Volumina und Begünstigte hält sich die Notenbank bedeckt, nur die explosionsartig wachsende Bilanz der FED zeigt, in welchem

Umfang derzeit Geld geschöpft wird. Hier liegt auch der Grund dafür, warum Biden neue Konjunkturprogramme überhaupt ankündigen kann: Die US-Regierung ist – trotz bereits getrubelter Kreditwürdigkeit – beim Schuldenmachen in einer besseren Lage als Daimler: Die Notenbank selbst übernimmt einen großen Teil der Staatsanleihen, mit anderen Worten: Sie druckt Geld.

Nach dem kleinen Einmaleins der Ökonomen muß diese Politik unweigerlich zu steigenden Preisen führen. Die zurückhaltende „Frankfurter Allgemeine“ gibt besorgt zu bedenken: „Das Risiko ist hoch. Rasch kann am Markt die Erwartung von der Deflationsfurcht hin zur Angst vor einer galoppierenden Inflation kippen.“ Erster Hinweis darauf wäre ein Absinken des Dollars, also eine Flucht in Euro, Yen und andere Währungen. Das hektische Auf und Ab der US-Währung in den letzten Tagen deutet an, daß die Akteure an den Finanzmärkten diese Sorge bereits umtreibt. Sobald sich hier die Pessimisten durchsetzen, droht dem Greenback eine Art Höllenfahrt.

Der Chef der US-Notenbank Ben Bernanke, der ein anerkannter Experte in Sachen Geldpolitik ist, hat offenbar bisher keine Sorgen, daß die derzeitige Deflationsfurcht in ihr Gegenteil umschlagen könnte. Oder er hat diese Sorge zwar, glaubt aber, sie als das kleinere Übel gegenüber einer drohenden Deflation in Kauf nehmen zu müssen. Wie kommentierte doch die „FAZ“ diese Politik vor wenigen Tagen: „Die Verzweiflung muß groß sein.“

Konrad Badenheuer



Am Abgrund: Den „nötigen Wechsel“ hatte Biden sich anders vorgestellt.

Bild: pa

## Das Pfund verfällt

Großbritannien stürzt tiefer in die Krise

Das Pfund Sterling erlebt einen dramatischen Niedergang. Ihren Höchstkurs gegenüber dem Euro erlebte die britische Währung im Jahr 2000, als ein Euro nur noch 58 Pence wert war. Kurz vor Weihnachten dann stieg die europäische Einheitswährung auf nie dagewesene 95 Pence an. Gemessen an der Kaufkraft wären etwa 70 Cent angemessen.

Im Verfall der Inselwährung spiegelt sich die dramatische Entwicklung der britischen Wirtschaft. Dabei kehrt sich das, was die Stärke des Vereinigten

### Finanzstandort London bricht ein

Königsreichs ausmachte, nun in seine Schwäche: die Dominanz des Finanzstandortes London. Die einseitige Ausrichtung der britischen Metropole ließ die Briten überdurchschnittlich vom Boom an den Weltfinanzmärkten seit den 80er Jahren profitieren. Entsprechend tief reißt die derzeitige Krise Britanniens in die Tiefe.

Die Notenbank hat mit den heftigsten Leitzinssenkungen der Welt auf die abrupt einbrechende Konjunktur reagiert und den Satz vor einigen Wochen in nur einem Schritt um 1,5 Prozentpunkte

gesenkt. Dies und der Vertrauensverlust in die britische Wirtschaft haben zu einem rasanten Kapitalabfluß von der Insel geführt.

Vor allem Anleger aus den reichen Ölstaaten und Ostasien hätten ihr Kapital in großem Umfang aus Großbritannien abgezogen, heißt es in London. Der massive Geldabfluß habe den jähren Abstieg des Pfundes zur Folge.

Der britische Ministerpräsident Gordon Brown steuert mit milliardenschweren Ausgabenpro-

grammen gegen die Krise an. Jüngst erst hatte er sich vom deutschen Finanzminister Peer Steinbrück vorhalten lassen müssen, daß er den britischen Staatshaushalt ruiniere.

Doch Brown sitzt die Krise im Nacken: Die Arbeitslosigkeit stieg schon im Herbst so schnell wie seit 1991 nicht mehr, die astronomischen Häuserpreise fallen steil ab, was Millionen britische Haushalte ärmer macht, denn: In Britannien leben über 80 Prozent der Bevölkerung in den eigenen vier Wänden statt zur Miete. In Deutschland hingegen wohnen nur rund 45 Prozent im Eigenheim. Hans Heckel

## KP fürchtet um ihre Macht

2,7 Millionen Chinesen haben in den letzten Wochen ihre Arbeit verloren – erste Unruhen

Um die 70 Prozent ist die chinesische Börse seit ihrem Höchststand Oktober 2007 bislang gefallen. Im Sommer, noch vor dem olympischen Spielen, begannen die spekulativ überhöhten Immobilienpreise in Peking und Schanghai zu fallen. Das boomende Baugewerbe brach ein. Ihm folgte die Zement- und die Stahlindustrie. Mit der von den USA ausgelösten Weltwirtschaftskrise gerät jetzt mit der rapide rückläufigen Nachfrage aus den rezessionsgeplagten Hauptabnehmerregionen USA, Europa und Japan die an der Küste angesiedelte Exportindustrie ins Straucheln.

Zwei Drittel der Spielzeughersteller, etwa 2000 Firmen, alle in und um Dongguan in der Provinz Kwangtung angesiedelt, gingen mit ihren Überkapazitäten und unverkauften Beständen bereits pleite. Ähnlich, wenngleich noch nicht ganz so dramatisch, ist die Lage bei Fahrrädern, Mikrowellengeräten, Kleidung und Schuhen, bei denen China Weltmarktanteile von 50 bis 60 Prozent hat. Meist sind die Fertigungen massiv in bestimmten Städten konzentriert. Nachfrageeinbrüche sind dann sofort ein örtlicher Notstand. Neue Auslandsinvestitionen gibt es kaum noch, zumal die neuen

Arbeitnehmer- und Umweltschutzgesetze die Produktionskosten in die Höhe getrieben haben. Die höheren Arbeitskosten und der um 20 Prozent gestiegene Kurs des Yuan lassen internationale Anleger nach Vietnam, Kambodscha und Mexiko ziehen. Seit Oktober haben 2,7 Millionen Arbeiter im Delta des Perlenflusses, dem Zentrum der Exportindustrie in Südchina, ihre Arbeit verloren. Die meisten sind Wanderarbeiter, die in ihre Dörfer zurückkehren und in keiner Statistik auftauchen.

Deswegen liegt die Arbeitslosigkeit bei den registrierten städtischen Arbeitern offiziell noch bei vier Prozent. Bei Entlassungen steht Arbeitnehmern pro Arbeitsjahr ein Monatsgehalt als Arbeitslosengeld zu. Doch die meisten – mehrheitlich aus Hongkong und Taiwan stammenden – Eigner und Manager setzen sich vor dem Konkurs unter Mitnahme der Firmenkasse ins Ausland ab. Arbeiter und Gläubiger bleiben dann auf ihren Forderungen sitzen und verlangen in Demonstrationen vom Rathaus und der Partei, die sich für alles zuständig erklärt hat, ihr Geld. Hunderte solcher Proteste gegen Werkschließungen gibt es

alltäglich in China. Die KP-Führung ist wegen der neuen Welle an – bislang örtlich isolierten – Revolten hypernervös geworden, zumal die Legitimität ihrer diktatorischen Herrschaft nach einer 30jährigen Reformphase auf der Erfüllung ihrer Wachstums- und Wohlstandsversprechen beruht. Dazu wird von der Regierung erwartet, für die 25 Millionen jährlich auf den Arbeitsmarkt strömenden Berufsanfänger Arbeitsplätze zu schaffen.

Ob das 460 Milliarden Euro umfassende Konjunkturprogramm Wirkung zeigt, kann bei der in China üblichen Veruntreuung öffentlicher Mittel und den hohen Sparquoten der Chinesen bezweifelt werden. Weiter wurde den Staatsbanken befohlen, eine lockere Kreditpolitik zu fahren, und den Staatskonzernen angeordnet, mehr zu investieren. Gleichzeitig begann die Zentralbank, den Yuan wieder abzuwerten.

Das rief prompt die Amerikaner auf den Plan. US-Finanzminister Hank Poulson wurde Anfang Dezember in Peking vorgestellt, um für den konjunkturstützenden Einsatz des 2000-Milliarden-US-Dollar-Devisenschatzes der Chinesen

## MELDUNGEN

### Betriebe kehren heim

Düsseldorf – Jedes Jahr holen rund 500 deutsche Unternehmen, die Produktionsstätten ins Ausland verlagert hatten, ihre Fertigung zurück nach Deutschland. Dies gab der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) in Düsseldorf bekannt. 40 Prozent kehren laut VDI aus den neuen EU-Staaten zurück, jeder fünfte Betrieb schon nach zwei bis vier Jahren. Gründe seien Probleme bei Flexibilität, Lieferung und Qualität. Zudem träten in der Praxis Kosten auf, die bei der Planung übersehen worden seien. H.H.

### Devisenreserve schrumpft

Peking – Erstmals seit 2003 sind Chinas Devisenreserven in diesem Jahr leicht gesunken, von leicht über auf leicht unter 1,9 Billionen US-Dollar. Im Unterschied zu früher fordert die chinesische Zentralbank die Unternehmen des Landes auch nicht mehr auf, ihre im Export eingenommenen US-Dollar bei den Währungshütern gegen heimisches Geld einzutauschen. H.H.

### Wiesel-Stiftung ist bankrott

New York – Neben Banken, Firmen und Privatpersonen sind zahllose gemeinnützige Stiftungen in den USA vom Betrugsfall des Finanzjongleurs Bernard Madoff betroffen. Madoff hatte im Verlauf von Jahrzehnten rund 50 Milliarden US-Dollar mit Hilfe eines Schneeballsystems veruntreut. Auch die Stiftung des Holocaust-Überlebenden und Friedensnobelpreisträgers Elie Wiesel hatte bei Madoff investiert. Nun sind 15,2 Millionen Dollar weg, praktisch das gesamte Stiftungsvermögen. Wie der Londoner „Daily Telegraph“ berichtet, ist die Einrichtung damit bankrott. H.H.

### China verweigert Lektionen aus den USA

China verweigert Lektionen aus den USA

## Schlecht

Von Hans Heckel

Dubios, das Wort trifft es wohl. Auch Frank-Walter Steinmeiers Etikett „vergiftetes Lob“ scheint gut auf die Auslassungen US-amerikanischer Militärs über die angeblich entscheidende Rolle zweier deutscher Agenten beim Irakkrieg 2003 zu passen.

Wie glaubwürdig die in das überschwängliche Lob gepackte Behauptung der US-Vertreter ist, Deutschland habe per Bundesnachrichtendienst (BND) an der geheimen Front doch an der Invasion teilgenommen, darüber wird weiter spekuliert werden. Laut amerikanischen Medienberichten gehört James Marks, der US-General a. D., der die jüngsten Wallungen per „Spiegel“-Interview ausgelöst hatte, einer 150 Mann starken Propaganda-

Kompanie an, die der damalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld eingerichtet habe. Vor diesem Hintergrund scheinen seine Auslassungen zweifelhaft.

Der eigentliche Skandal liegt sowieso woanders: In einer Allianz wie der Nato gehört es sich, daß sich die Partner unterstützen, auch wenn sie in Einzelfragen quer liegen wie ehemals bei der Irak-Invasion. Da muß es zutiefst irritieren, wenn Washington angebliche Geheiminformationen, die ihm der deutsche Bündnispartner zugespielt haben soll, grinsend in die Öffentlichkeit trägt. So wird jedwedes Vertrauen zerstört. Berlin sollte sich genau überlegen, inwieweit deutsche Dienste noch mit US-amerikanischen kooperieren können.

## Schlicht

Von Hinrich E. Bues

Alle Jahre wieder im Dezember wird das „Wort des Jahres“ gekürt. Dieses Jahr fiel die Wahl der „Gesellschaft für deutsche Sprache“ auf „Finanzkrise“, auf den folgenden Plätzen finden wir „verzockt“ und „Datenklau“. Eine nicht unbedingt originelle Entscheidung, aber das war in den vergangenen Jahren mit der Kür von „Bundeskanzlerin“, „Fanmeile“ oder „Hartz IV“ nicht anders.

Nach dem Wort des Jahres steht sein Gegenstück, das Unwort des Jahres 2008, noch aus. Bis zum 9. Januar läuft die Vorschlagsfrist, und mein Vorschlag lautet: Wertberichtigung! Denn dieser eher schlichte Terminus hat es doch in sich. Man denke an die Schrecken des vergangenen Jahres, als prominente Bankiers Riesenlöcher in ihren Bilanzen entdeckten und ihre „Werte“ berichtigen mußten. Vom „Tanz ums goldene Kalb“ war die Rede, auch eine „Wertberichtigung“, damals am Berg Sinai. Vor allem staatlich kontrol-

lierte Banken waren an der vordersten Front der Wertberichtigung zu finden.

Aber das Wort „Wertberichtigung“ hat auch noch einen positiven Klang. Daher eignet es sich eigentlich als Wort *und* Unwort 2008. Denn, was ist so verkehrt daran, Werte zu berichtigen? Wenn die Werte falsch waren, dann besteht eben Korrekturbedarf. Aus Falschem wird schließlich Richtiges wie das Wort „Berichtigung“ unzweideutig ausgedrückt. Wenn man es nun schafft, die richtige Richtung einzuschlagen, dann liegt in jeder Krise sogar eine große Chance.

Das wissen nicht nur Anleger, die durch mutige und kluge Investitionen in Krisenzeiten reich geworden sind, sondern auch Menschen, die Schweres durchmachen mußten. Sie haben später oft Segensreiches erfahren, wenn sie „fröhlich in der Hoffnung und geduldig in der Trübsal“ waren, wie es schon in der Bibel heißt.

Das Lamento über den allgemeinen Niedergang eines Landes und seiner Moral ist fast so alt wie die Menschheit. Schon bei griechischen und römischen Autoren finden sich entsprechende Texte, und manche schließen daraus messerscharf: Den Niedergang kann es gar nicht geben, denn ein so lange andauernder, ständiger Verfall wäre eine Unmöglichkeit – so tief könnte keine Schlucht und kein Abgrund sein.

Doch dieser Schluß ist trügerisch, denn es gibt sehr wohl ein langfristiges Auf und Ab der politischen Kultur ganzer Gesellschaften und Länder. Man merkt es spätestens dann, wenn Staaten mit unterschiedlichem Stand an öffentlicher Moral friedlich oder im Konflikt aufeinandertreffen – etwa Ende der 1980er Jahre die als Staat verlogene DDR mit ihren 17 Millionen Insassen einerseits und die halbwegs integre Bundesrepublik unter dem braven Kanzler Kohl andererseits.

Seitdem ist es leider deutlich (weiter) abwärts gegangen. Viele Symptome und Belege dafür gibt es, vom Niedergang der Familie über die Auflösung tragender Bindungen und Überzeugungen bis hin zu einem politischen Skandal wie dem auf Seite 4 dieser Zeitung dokumentierten.

Ziemlich alarmierend ist das Ausmaß, in dem die Bevölkerung in nicht ganz unwichtigen Fragen belogen wird – und zwar von Stellen, von denen man das nicht unbedingt erwarten würde.

Ein Beispiel: Anfang Dezember machte der Verlust von Millionen Kreditkartendaten der Landesbank Berlin die Runde – mitsamt PIN-Geheimzahl. Nun hat uns die Staatsanwaltschaft Frankfurt, eigentlich eine mit der Strafverfolgung befaßte Stelle, kurz vor Weihnachten eine Geschichte auf-

getischt, die einem die Sprache verschlägt: Nein, es sei keine böse Absicht gewesen, vielmehr hätten zwei hungrige Mitarbeiter eines Kurierdienstes ein Päckchen aus Stuttgart an den Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“ geplündert und den darin befindlichen Christstollen verdrückt. Nach vollbrachter Tat sei ihnen

dann eingefallen, daß dem Redakteur das ausbleibende Päckchen auffallen könnte. Ihre Lösung: Mit dem übrig gebliebenen Adresskleb-

ber wurde kurzerhand ein Paket eines Frankfurter Finanzdienstleisters umetikettiert, sagt jedenfalls die Staatsanwaltschaft. Die an die Landesbank Berlin adressierte Sendung enthielt nun just die Datensätze mit den verlorenen Kreditkartendaten, wobei nun statt wie bisher von mehreren Millionen Datensätzen plötzlich nur

noch von „Tausenden“ die Rede ist.

Na, dann ist ja alles in Butter in Deutschland: Hier gibt es Kurierdienstmitarbeiter mit Röntgenblick, die den Inhalt ungeöffneter Pakete von außen erkennen. Leider sind sie aber debil, denn sie versuchen, einen Diebstahl dadurch zu „vertuschen“, daß sie aus zwei potentiellen Mitwissern vier machen.

Aber Hauptsache ist doch, daß es hierzulande keine ernstesten Datenschutzprobleme bei den Banken gibt – genauso wenig wie beispielsweise bei der Telekom. Das beste aber: Unsere Strafverfolgungsbehörden, die arbeiten geradezu perfekt, um nicht zu sagen: wie geschmiert.

Genug des schwarzen Humors: Man muß sich um unser Land und seine Rechtspflege Sorgen machen. Leider haben auch nur wenige Medien ein Fragezeichen hinter die unglaubliche Christstollen-Geschichte gesetzt.



Sinnbild für unbedingten Freiheitswillen und die ersten Anfänge einer deutschen Identität: Das Hermannsdenkmal im Schnee auf dem Teutberg bei Detmold.

Bild: pa

Deutschland rüstet sich für das Jubiläumsjahr 2009. In diesem Jahr gedenken wir sowohl des Inkrafttretens des Grundgesetzes vor 60 Jahren als auch des Falls der Mauer vor 20 Jahren. Angesichts dieser beiden bedeutenden Jubiläen droht ein anderer Jahrestag in den Hintergrund gedrängt zu werden: Die legendäre Varusschlacht im Teutoburger Wald, die vor 2000 Jahren die Römer dazu zwang, ihre Expansionspläne im fernen Germanien aufzugeben und sich wieder hinter den Rhein zurückzuziehen. Daß es den Germanen gelang, die übermächtige römische Armee zu besiegen, war vor allem einem Mann zu verdanken: Arminius.



Auf ein Wort

# Schlacht vor 2000 Jahren: Hermann der Befreier?

Von JÖRG SCHÖNBOHM

Arminius war alles andere als ein „gewöhnlicher“ Germanenkrieger. Als Sohn eines pro-römisch eingestellten Cheruskerfürsten diente Arminius in der römischen Legion und war daher aufs beste mit dem römischen Militärwesen vertraut. Als Publius Quinctilius Varus, der Statthalter Roms in Germanien, im Sommer des Jahres 9 nach Christus in dem vermeintlich bereits bis zur Elbe unterworfenen Germanien operierte, sah Arminius die Zeit für einen Aufstand gekommen.

Dem Cherusker gelang es, in monatelangen Verhandlungen die rivalisierenden germanischen Stämme zu einen und ein schlagkräftiges Heer aufzustellen. Arminius nutzte das Vertrauen der Römer geschickt aus und lockte die in ihre Winterquartiere am Rhein zurückmarschierenden Legionen des Varus im Herbst des Jahres 9 in einen Hinterhalt. Drei Legionen, sechs Kohorten und drei Hilfstruppen wurden aufge-

rieben und vernichtet. Varus selber konnte zwar zunächst entkommen, nahm sich jedoch später auf der Flucht das Leben. Der Legende nach soll Kaiser Augustus, als ihm in Rom die Nachricht der schweren Niederlage übermittelt wurde, verzweifelt ausgerufen haben: „Varus, Varus, gib mir meine Legionen zurück!“

Seit 1991 ist der jahrhundertlang vergeblich gesuchte Ort der Schlacht mit hoher Wahrscheinlichkeit gefunden. Bei Kalkriese, zwischen dem Großen Moor im Norden und den Höhen des Wiehengebirges im Süden war offenbar die Falle, in der die Legionen in einem mehrtägigen Kampf untergingen. Schon lange zuvor hatte niemand an der welthistorischen Bedeutung des Ereignisses gezweifelt. Der Historiker Theodor Mommsen spricht gar von einem „Wendepunkt der Völkergeschichte“.

Fest steht: Mit dem Sieg der Germanen wurde der Einfluß Roms in Germanien entscheidend zurückgedrängt. Das Vorhaben, eine römische Provinz rechts des Rheins zu errichten, war endgültig gescheitert. Dennoch vergingen noch anderthalb Jahrtausende bis die Varus-

schlacht endgültig zum deutschen Gründungsmythos aufstieg.

Erst als der Humanist Ulrich von Hutten im Jahr 1515 bei einem Studienaufenthalt in Rom auf die lange verschollenen Annalen des Tacitus stieß, wurde der Anführer des Germanenaufstandes wieder aus der Vergessenheit gerissen. Tacitus berichtet in seinen Annalen von Arminius' Heldenhaftigkeit und attestiert dem Cherusker, daß er „unstreitig der Befreier Germaniens“ gewesen sei.

Von Hutten erhebt den Sieger der Varusschlacht schließlich zum „Ersten unter den Vaterlandsbefreier“. Arminius habe sich als würdig erwiesen, „König der Deutschen“ zu sein. Ein Nationalmythos war begründet. Der „Einiger Germaniens“ wurde zum Sinnbild der deutschen Identität. Hermann, wie sein eingedeutschter Name fortan lautete, stand für die Vorstellung einer kontinuierlichen deutschen Volksgeschichte.

Auch die Reformatoren um Martin Luther bemühten den Hermannsmythos, indem sie den eigenen Kampf gegen Rom mit dem des Germanenführers verglichen. Wann immer es um Einheit, Freiheit und Vaterland ging, beriefen sich die Deutschen auf „ihren“ Hermann. Es verwundert kaum, daß Hermann auch von der deutschen Nationalbewegung verein-

nammt wurde. In Detmold, auf den Höhen des Teutoburger Waldes, wurde dem „Befreier“ und „Einiger“ der deutschen Nation ein eigenes Monument gesetzt, welches 1875, nur wenige Jahre nach der Reichsgründung, eingeweiht wurde.

Auch im Ersten Weltkrieg spielte der Hermannsmythos eine bedeutende Rolle. So erfreute sich während der Kriegsjahre beispielsweise das Theaterstück „Hermannsschlacht“ von Heinrich von Kleist großer Beliebtheit. Nicht selten wurden nach den Aufführungen die Siegesmeldungen von der Front verlesen. Es lag nahe, daß sich auch die Nationalsozialisten des „Vorzeige-Germanen“ bemächtigt. So zitierte Alfred Rosenberg, Chefideologe der Nazis, gerne aus Kleists „Hermannsschlacht“ und forderte: „Die ganze Brut, die in den Leib Germaniens sich eingefilzt, wie ein Insektenchwarm, muß durch das Schwert der Rache jetzo sterben.“ Dennoch spielte der Arminius-Mythos im Dritten Reich nur eine untergeordnete Rolle. Aus Rücksicht auf die guten Beziehungen zum faschistischen Mussolini-Italien verzichtete man darauf, den „Besieger Roms“ zu überschwänglich zu feiern.

Nach 1945 geriet Hermann wieder weitgehend in Vergessenheit. Das nationale Pathos, der mit seiner Figur stets verbunden wurde, war den Deutschen nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs suspekt geworden. Lediglich in der DDR erfuhren Hermann und das Germanentum zeitweise eine Renaissance. Die Machthaber priesen sowohl die angeblich „urkommunistischen Eigentumsverhältnisse“ der Germanen als auch die Rolle der Stammesverbände bei der „revolutionären“ Überwindung der römischen Sklavengesellschaft. Zudem berief man sich auf Friedrich Engels, der

den „großen Staatsmann und bedeutenden Feldherrn“ für seinen mutigen Kampf gegen die römischen Imperialisten lobte.

Es bleibt die Frage: Welche Bedeutung hat Arminius für uns heute? Die Varusschlacht als nationaler Gründungsmythos hat in Deutschland, das erst spät zu nationaler Einheit gefunden hat, immer eine wichtige integrative Funktion übernommen.

Nach wie vor und trotz aller Kritik bleibt Hermann ein Sinnbild für unbedingten Freiheitswillen. Die Ereignisse im Teutoburger Wald haben deutlich gemacht, welche immense Kraft aus der Einigkeit erwächst. Dabei kommt es keineswegs auf eine gesellschaftliche Homogenität an, sondern es sind alleine die gemeinsamen Werte (und im Falle der Germanen auch die gemeinsame Sprache), die zu einer höheren Einheit führen. Es wäre zu wünschen, daß dieser Geist im Arminiusjahr 2009 einmal wieder durch unser wiedervereinigtes Vaterland weht.

## Die Varusschlacht als Gründungsmythos der deutschen Nation

# Stolze Brüder einer Ruine

Paläste in Osteuropa: Für einige Bauten der kommunistischen Herrscher wurden neue Nutzungen gefunden

Vor wenigen Tagen wurden die letzten Teile des „Palasts der Republik“, 1973 bis 1976 vom Honecker-Regime erbaut, abgerissen. Anderswo in Ostmitteleuropa ließ man ähnliche Klötze stehen, baute sie um oder dachte sich neue Nutzungen für sie aus.

In Moskau war die Suche relativ einfach: Der russische Präsident residiert heute im selben „Großen Kremmpalast“ aus dem 15. Jahrhundert, der vor dem Obersten Sowjet bereits den Zaren als Amtssitz diente. Schwieriger war es mit dem „Kreml-Kongreßpalast“, in dem die Kommunisten ihre Parteitage abhielten. Das 1960/61 errichtete Gebäude wird heute nur noch gelegentlich bei Rockkonzerten gefüllt.

Die Sowjets wurden auch früh zu Exporteuren ihrer Palast-Manie. So kam Warschau zu seinem „Palast der Kultur und Wissenschaft“, 1952 bis 1955 von sowjetischen Arbeitern gebaut – angeblich als „Geschenk“ Stalins an die polnische Hauptstadt. Chefarchitekt war der Russe Lev Rudnew, der kühn behauptete, er habe sich allein von der polnischen Architektur-Historie leiten lassen. Doch der außergewöhnliche und zugleich gigantische Palast war von Stalin persönlich erdacht worden und ein Musterbeispiel seiner „Zuckerbäcker-Architektur“: 234 Meter hoch, 3288 Räume, 124 000 Quadratmeter Fläche.

Den Warschauern war er stets ein Dorn im Auge: „Was ist der schönste Platz in Warschau?“ „Das Aussichtsdach des Kulturpalasts – weil man ihn von dort nicht sieht!“ 1989 hätten die Polen das Monstrum gerne abgerissen, aber die sparsamen Stadtväter waren dagegen, die Baukonservatoren auch. Also blieb der Palast stehen, und ist heute vollgestopft mit Kinos, Läden, Discos und einem Schwimmbad.

Anders war es im bulgarischen Sofia. Sofioter sind geistvolle Leute, die Repräsentativbauten gern mit Spitznamen belegen, zum Beispiel „Tschalma-Saraj“, Turban-Harem. Gemeint war der „Nationale Kulturpalast“, so

benannt nach den verrückten Hüten von Ludmila Schiffkova, der Tochter des Staats- und Parteichefs Todor Schiffkow.

Bulgarische Architekten haben ihr Handwerk fast durchweg an deutschen Hochschulen erlernt,

was man ihren Bauten ansieht. Mit dem Sofioter Kulturpalast bauten sie das schönste und größte Multifunktions-Gebäude Südosteuropas, majestätisch vor der Kulisse von Sofias Hausberg, dem Vitoscha, und am Ende eines

Parks voller Springbrunnen. 1981 wurde er mit dem ersten „Weltkongreß für Bulgaristik“ eingeweiht, 2005 gar mit einem Ehrenpreis der „Internationalen Vereinigung für Kongreßpaläste“ (AIPC) dekoriert und in den Fol-

gejahren um einen ganzen „Kulturpark“ mit Oper und Philharmonie erweitert.

Seit ein paar Jahren steht in seinem Schatten eine kleine Kirche – Gedenkstätte für „alle bulgarischen Märtyrer des kommunistischen Regimes“. Der Sofioter Palast ist ständiger Schauplatz geschäftiger Messen, quirliger Märkte und würdiger Kongresse.

Dieses Leben unterscheidet ihn von dem kalten „Palatul Poporului“ (Volkspalast) in Bukarest. Der rumänische Diktator Nicolae Ceausescu ließ den Bau 1984 starten und dafür den schönsten Teil der Altstadt sprengen. Laut Guinness-Buch der Rekorde ist der Palast das zweitgrößte Gebäude der Welt, nach dem US-Pentagon: 12 Etagen, 330 000 Quadratmeter Fläche, Tausende Zimmer, von rund 20 000 Arbeitern bis 1989 fertiggestellt – zumindest äußerlich, denn der Innenausbau war auch 2004 erst zu gut zwei Dritteln abgeschlossen. Das lag an dem unvorstellbaren Luxus, den Ceausescu trieb.

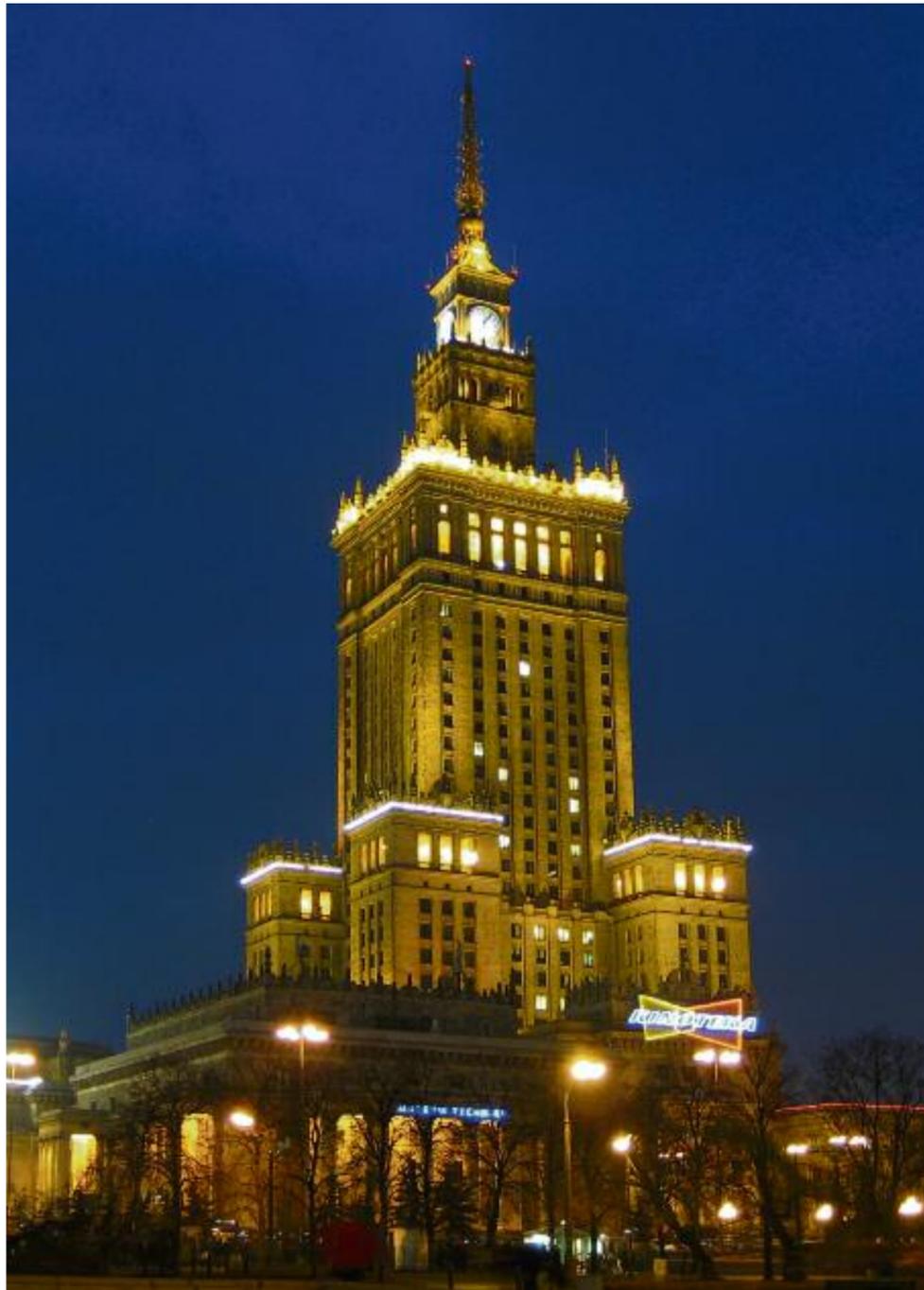
Seit 1997 tagen beide Kammern des rumänischen Parlaments drin. Die füllen jedoch nur einen kleinen Teil dieses Labyrinths, das grau und kalt, riesig und häßlich auf seinem Hügel steht. Im April 2008 fand hier das Nato-Gipfeltreffen statt – im endlich fertigen Palast des roten Dracula. Die Bukarester schämen sich für ihn und verweigern meist die Auskunft, wo der Palatul liegt.

Zu kommunistischen Zeiten waren alle Städte und Regionen mit kleineren „Palästen“ übersät, da sich fast jedes Jugendhaus, jede Kongreß- oder Sportstätte so nannte. Für alle fand man nach 1989 neue Namen und Zwecke, ließ sie aber stehen.

Paläste sind wie Geldsummen: Entweder hat man sie, oder man redet nicht darüber. Das majestätische Petersburg, das goldene Prag, das biedermeierliche Krakau wissen schon, warum sie bei diesem Thema schweigen.

Und der Stadt-Parvenü Tirana schuldet noch eine Erklärung, warum ausgerechnet seine häßlichsten Wohnbocks „pallat“ heißen.

Wolf Oschlies



Geschenk Stalins an Warschau: Palast der Kultur und Wissenschaft

Bild: wikipedia

## Spott und Verfolgung getrotzt

Gedenktage 2009: In allen Jahrhunderten schufen Männer und Frauen Bedeutsames

Ohne Begeisterung geschah nichts Großes und Gutes auf der Erde“, hat der in Mohrungen geborene Theologe und Philosoph Johann Gottfried Herder (1744–1803) einmal gesagt. „Die man für Schwärmer hielt, haben dem menschlichen Geschlecht die nützlichsten Dinge geleistet, trotz Spott und Verfolgung und Verachtung drangen sie durch, und wenn sie nicht selbst zum Ziel kamen, so kamen sie doch weiter und brachten weiter...“

In diesem Jahr sind es vor allem drei bedeutende Komponisten, die mit Leben und Werk in den Blickpunkt gerückt werden: Felix Mendelssohn-Bartholdy, der vor 200 Jahren in Hamburg geboren wurde (3. Februar), der Hallenser Georg Friedrich Händel, der vor 250 Jahren in London starb (14. April), und Joseph Haydn, der vor 200 Jahren in Gumpendorf bei Wien diese Welt verlassen mußte (31. Mai).

Immer wieder haben auch Männer und Frauen aus dem deutschen Osten dazu beigetragen, die Geschichte zu prägen, Impulse für die Geisteswissenschaften zu geben und weit über die Grenzen ihrer Heimatprovinz hinaus zu wirken. Einer Reihe von ihnen soll an dieser Stelle kurz gedacht werden. Im Laufe des Jahres wird der eine oder andere ausführlich gewürdigt werden.

350 Jahre sind vergangen, da der Bildhauer Andreas Schlüter in Danzig das Licht der Welt erblickte. Vor 50 Jahren starb der „Vater des deutschen Rundfunks“, der aus dem pommerischen Schlawe stammende Hans Bredow (9. Januar; siehe Seite 11), vor 100 Jahren der Schauspieler Adalbert Matkowsky aus Königsberg (16. März).

Der große Dichter aus Memel, Simon Dach, schloß vor 350 Jahren für immer seine Augen (15. April). Als am 22. April vor 125 Jahren der Baurat Georg Steenke starb, hinterließ er ein Bauwerk, das bis heute

Bestand hat: den Oberländischen Kanal zwischen Elbing und Deutsch Eylau mit den geeigneten Ebenen.

Alexander von Humboldt, der Naturforscher von Weltgeltung und Mitbegründer der Geographie als empirischer Wissenschaft, starb vor 150 Jahren in Berlin (6. Mai). Am 26. Mai vor 25 Jahren verchied der Bildhauer Waldemar Grzimek aus dem ostpreußischen Rastenburg. Neben seinem eigenen künstlerischen Werk setzte sich Grzimek auch für die Kunst anderer Bildhauer ein. So ist es ihm und seinem Freund Gerhard Marcks zu verdanken, daß ein Nachguß des Schlüterschen Denkmals von Friedrich III. im Garten des Schlosses Charlottenburg aufgestellt werden konnte. Das Original befand sich einst in Königsberg, wurde jedoch ein Opfer des Krieges. Am 31. Mai vor 125 Jahren starb ein Ostpreuße, den die einen „einen verantwortungslosen Spekulanten der Gründerzeit“ schimpften, die anderen als erfolgreichen Unternehmer modernen Stils schätzten: der „Eisenbahnkönig“ Henry Strousberg aus Neidenburg. Den

schönen Künsten zugeneigt war die vor 100 Jahren in Berlin geborene Wilhelmine Corinth (13. Juni). Die Tochter der Maler Lovis Corinth und Charlotte Berend-Corinth trat nicht in die Fußstapfen ihrer Eltern, sondern wurde Schauspielerin. Nach dem Tod ihrer Mutter Charlotte (1967) und ihres Bruders Thomas (1988) setzte sie sich bis zu ihrem Tod 2001 verstärkt für den Erhalt des künstlerischen Nachlasses ihrer Eltern ein. Ebenfalls 1909 kam Willy Kramp als Sohn eines aus Westpreußen

stammenden Eisenbahnbeamten und einer ostpreußischen Mutter im elsässischen Mühlhausen zur Welt (18. Juni). Der

1985 von der Landsmannschaft Ostpreußen mit dem Kulturpreis für Literatur ausgezeichnete Schriftsteller veröffentlichte Texte, die von tiefer Religiosität geprägt waren. 225 Jahre sind vergangen, da der Astronom Friedrich Wilhelm Bessel im westfälischen Minden geboren wurde (22. Juli). Der

Direktor der Königsberger Sternwarte erregte Aufsehen, als er als erster Mensch die Entfernung der Erde von einem anderen Stern genau berechnete. Vor 250 Jahren starb der Dichter Ewald von Kleist (24. August) in Frankfurt an der Oder an den Folgen der Verwundungen, die er sich bei der Schlacht von Kunersdorf zugezogen hatte. Der bei Köslin in Pommern geborene Dichter war eng mit Gotthold Ephraim Lessing befreundet. Der nahm ihn zum Vorbild für die Figur des Tellheim in der „Minna von Barnhelm“. Krönender Abschluß der Gedenktage 2009 wird ohne Zweifel der 250. Geburtstag von Friedrich Schiller

am 10. November sein. Der Dramatiker wurde in Marbach am Neckar geboren, wo sich heute alles um Literatur dreht. Die Stadt ist Sitz des Schiller-Nationalmuseums und des Deutschen Literaturarchivs und plant eine würdige Feier für den großen Sohn der Stadt.

Silke Osman

Marbach plant eine würdige Feier für Friedrich Schiller

FÜR SIE GELESEN

### Zur Debatte ums Berliner Schloß

Der Streit wird so oder so weitergehen – auch wenn nun der italienische Architekt Francesco Stella am Berliner Humboldtforum an drei Seiten die barocken Fassaden des Stadtschlusses der Hohenzollern wiedererstehen lassen soll. Denn nach wie vor sagen die einen, daß das Schloß ein monarchistisches Symbol sei und sein Neubau heute als antidemokratisches Signal aufgefaßt werden könne. Aber genauso verstummen die anderen Stimmen nicht, die es als Mittelpunkt deutscher und preußischer Geschichte bezeichnen. Zu dieser weltanschaulichen Debatte hat nun die „Gesellschaft Berliner Schloß“ einen reich bebilderten Sammelband vorgelegt, in dem Architekten und Kunsthistoriker über ihre Erfahrungen bei der Rekonstruktion zerstörter Residenzschlösser nach 1945 berichten. Sein Fazit ist eindeutig: Die höchste gesellschaftliche Akzeptanz haben Bauten erfahren, deren Funktion und Innenraumdisposition ihrer äußeren Gestalt und

### Funktion äußerer Gestalt anpassen

historischen Bedeutung nicht widersprechen. Dirk Syndram weist darauf hin, daß das derzeit im Wiederaufbau befindliche Dresdener Residenzschloß künftig ausschließlich als Museum genutzt und so die sächsische Geschichte repräsentieren werde. Piotr Majewski und Vidas Dolinskas können ähnliches aus polnischer und litauischer Sicht darstellen: In Warschau hatte man das 1944 gesprengte Königsschloß ebenfalls komplett wieder errichtet, das gleiche gilt auch für Wilna, wo die letzten Mauern des großfürstlichen Palastes bereits 1801 abgetragen wurden. In beiden Fällen verstehen sich die heutigen Museen als Symbole nationaler Souveränität und Kultur. Der Band spricht jedoch auch die kunsthistorischen Probleme an, die derartige Rekonstruktionsprojekte mit sich bringen. Helmut-Eberhard Paulus sieht die europäischen Schlösser vor allem als Ausdruck höfischer Kunst, die sich mehr auf den jeweiligen Fürsten als auf dessen Amt bezogen habe. Die Frage, auf welche Epoche oder auf welchen Regenten man sich bei einer originalgetreuen Rekonstruktion bezieht, hat hierin ihren Ursprung und genauso, ob es im massendemokratischen Zeitalter überhaupt zeitgemäß ist, an die „personalisierte“ Kunst des Hofes anzuknüpfen. Das höfische Erbe, so Paulus,

### Abendländisches Kulturgut geprägt

sei nicht nur das Ergebnis einer vor mehr als einem Jahrhundert abgeschlossenen Epoche, es habe auch das abendländische Kulturgut überhaupt geprägt und ein sittliches System geschaffen, in dem menschliche Werke von dauerhaftem Wert entstehen konnten. Allein schon dieser Gedanke macht dieses Buch trotz seines zuweilen etwas ermüdenden Fachjargons zu einer lesenswerten Lektüre – und zu einem wichtigen Dokument in der Debatte.

Michael Böhm

Guido Hinterkeuser (Hrsg.): „Wege für das Berliner Schloß/Humboldt-Forum – Wiederaufbau und Rekonstruktion zerstörter Residenzschlösser in Deutschland und Europa (1945–2007)“. Schnell+Steiner, Regensburg 2008. 280 Seiten, gebunden, 44,90 Euro.

# Der Beginn der Ära Castro

Vor 50 Jahren schuf die kubanische Revolution die heutigen Machtverhältnisse auf der Zuckerrohrinsel

**Am nachrevolutionären Kuba scheiden sich die Geister. Für die einen machte der Wechsel von Fulgencio Batista zu Fidel Castro aus einem Land der freien Welt einen Ostblockstaat, für die anderen war die Revolution eine Befreiung von US-Imperialismus und Korruption. Die einen verweisen auf bis zu 60 000 Opfer der Castro-Herrschaft, die anderen auf ein vergleichsweise starkes Bildungs- und Gesundheitssystem. Eine Zäsur war die kubanische Revolution vor 50 Jahren es auf jeden Fall.**

Am 10. März 1952 putschte sich der Offizier und Politiker Fulgencio Batista mit Hilfe des Militärs auf Kuba an die Macht, nachdem sich abgezeichnet hatte, daß er die für jenes Jahr angesetzte Wahl verlieren würde. Zwei Tage später wagte es der Rechtsanwalt Fidel Castro, den erfolgreichen Putschisten wegen Verfassungsbruchs zu verklagen. Das Oberste Gericht des Landes wies die Klage jedoch mit der Begründung ab, die „Revolution“, gemeint ist der Militärputsch, habe als Quelle des Gesetzes zu gelten. Da General Fulgencio Batista durch revolutionäre Mittel Präsident geworden sei, könne er nicht als verfassungswidriger Präsident hingestellt werden.

Nachdem Castro auf gesetzmäßigem Wege nicht gegen den Putsch hatte vorgehen können, berief er sich nun auf das in der kubanischen Verfassung von 1940 niedergeschriebene Widerstandsrecht. Analog zum Sturm auf die Bastille 1789, welcher die Französische Revolution auslöste, hoffte er durch die Erstürmung einer Kaserne nicht nur in den Besitz von Waffen zu gelangen, sondern auch ein Fanal setzen zu können. Seine Wahl fiel auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba, der Hauptstadt der Provinz Oriente, die der Ausgangspunkt der Unabhängigkeitskriege gewesen war.

Zahlenmäßig waren Castro und seine 128 Mitstreiter den 810 schwer bewaffneten Soldaten in der Kaserne hoffnungslos unterlegen. Castro setzte jedoch auf das Überraschungsmoment und darauf, daß die Besatzung durch den Karneval ermüdet sei. Seine Rechnung ging jedoch nicht auf. Der Angriff der 129 Männer und Frau-

schickt nutzte der Angeklagte den Gerichtssaal als Propagandaplattform. Er hielt eine fünfständige Verteidigungsrede, in der er sein Handeln politisch rechtfertigte und darauf verwies, daß er nichts anderes gemacht habe, als kurz zuvor Batista. Er schloß seine Verteidigung mit den berühmten Worten: „Verurteilt mich, es macht

Exil. Noch auf Kuba gründete er am 12. Juni 1955 in Erinnerung an das Datum des Sturms auf die Moncada-Kaserne die „Bewegung des 26. Juli“ (M-26-7).

Nach einer militärischen Ausbildung und Vorbereitung im Exil wagte Castro 1956 einen zweiten Versuch. Am 25. November verließ er mit gut 80 Getreuen auf der

reiche Revolution. Sie zogen sich in die Gebirgswälder der Sierra Maestra zurück. Getreu dem Worte Mao Zedongs „Der Revolutionär muß sich in den Volksmassen bewegen, wie ein Fisch im Wasser“ versuchten die Rebellen, das Vertrauen der dortigen Bevölkerung zu gewinnen. Ging es anfänglich nur darum, bei dieser Unterschulung zu finden und zu verhindern, verraten zu werden, ging man später dazu über, staatsähnliche Strukturen mit einer entsprechenden Infrastruktur zu schaffen. Begünstigt wurden die Guerillas durch ihren Gegner Batista, dem es nicht gelang, seine an Zahl und Ausrüstung weit überlegenen Truppen zu motivieren und in der Bevölkerung Rückhalt zu gewinnen. Mit seinen Menschenrechtsverletzungen verspielte er internationale Anerkennung, bis ihm schließlich sogar die USA die Militärhilfe strichen.

1958 gingen die Guerillakämpfer in die Offensive über. Unterstützung fanden sie in den Städten von Gewerkschaftern bis bürgerlichen Oppositionellen. In der Schlacht um Santa Clara vom 29. bis 31. Dezember gelang ihnen ein entscheidender Sieg. Am frühen Neujahrsmorgen setzte sich Batista in eine Douglas DC-4 und floh Richtung Dominikanische Republik. Eine Woche später erreichte Castro Batistas ehemalige Hauptstadt Havanna und vollendete mit seinem triumphalen Einzug in die Stadt den Sieg der Revolution.

Wie bei so vielen Revolutionen stellt sich auch bei der kubanischen die Frage nach der Henne und dem Ei, nach Ursache und Wirkung. Für die einen hat Castro mit der Sozialisierung von über 90 Prozent der Industrie und rund 70 Prozent des Agrarlandes die Bemühungen der USA um einen Regimewechsel provoziert. Für die anderen hat Washington mit seinen Maßnahmen gegen Kuba den Inselstaat in die Arme Moskaus getrieben. *Manuel Ruoff*



Triumphaler Einzug: Fidel Castro im Kreise seiner Kämpfer vor 50 Jahren in Havanna

Bild: Archiv

en am 26. Juli 1953 scheiterte kläglich. Batista nahm blutige Rache. Er befahl, alle Gefangenen sofort zu erschießen. Castro überlebte. Mal heißt es, der Führer des Trupps, der ihn gefangensetzte, sei ein früherer Studienkamerad gewesen, ein anderes Mal, er habe aus Ehrgefühl den Befehl nicht ausgeführt. Jedenfalls bekam Fidel Castro einen Prozeß, der am 21. September 1953 begann. Ge-

nichts; die Geschichte wird mich freisprechen.“ Nichtsdestotrotz wurde er zu 15 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt.

Nachdem Präsident Batista sich 1954 in manipulierten Wahlen hatte bestätigen lassen, erließ er eine Generalamnestie, in deren Genuß auch Castro und dessen inhaftierte Mitstreiter kamen. Am 15. Mai 1955 wurde Castro auf freien Fuß gesetzt. Er ging ins mexikanische

Yacht „Granma“ Mexiko Richtung Kuba. Auch dieses Unternehmen verlief nicht nach Plan. Die Landung am 2. Dezember blieb nicht unbemerkt und die Rebellen wurden von Truppen Batistas gestellt. Nur zwölf Kämpfer konnten entkommen, darunter Fidel Castro, sein Bruder Raúl und Ernesto Che Guevara.

Diese zwölf sollten sich als genügend erweisen für eine erfolg-

## Alfons' Gegenkönig

Die Regierungszeit Richard von Cornwallis und Alfons X. von Kastilien als römisch-deutsche Könige fällt in „die kaiserlose, die schreckliche Zeit“ des Interregnums und stellte einen Tiefpunkt in der Geschichte des Heiligen Römischen Reiches dar. Eine Schwächung des Reiches dadurch, daß es zeitgleich zwei konkurrierende Könige besaß, hatte es auch schon früher gegeben, aber daß mit Richard und Alfons beide Könige ihre Heimat außerhalb des Reiches hatten und entsprechende Interessen verfolgten, war schon etwas Besonderes.

Vor 800 Jahren, am 5. Januar 1209, kam der englische Prinz Richard als Neffe des vormaligen Königs Richard Löwenherz, als Sohn des Königs Johann Ohneland und als jüngerer Bruder des späteren Königs Heinrich III. in Winchester zur Welt. 1227 wurde er mit der englischen Grafenschaft Cornwallis belehnt. 1235 heiratete seine Schwester Isabella Kaiser Friedrich II., so daß die beiden Männer Schwäger wurden. Wie Richard war auch Alfons per Heirat zum Verwandten der Stauferherrscher geworden, und beide bewarben sich nach dem Tode des römisch-deutschen Königs Wilhelm von Holland im Jahre 1256 um dessen Thron. Bei der Königswahl von 1257 bekamen beide vier Stimmen, und beide erklärten sich zum Wahlsieger. Noch im selben Jahr ließ sich Richard in Aachen auf dem Stuhl Karls des Großen durch den Erzbischof von Köln krönen und die Reichsinsignien aushändigen. Es folgten eineinhalb Jahrzehnte, in denen der König nur besuchsweise in sein Reich kam. Am 2. April 1272 starb Richard im englischen Berkhamsted. Im Jahr darauf beendete die Wahl des Habsburgers Rudolf I. das Interregnum. *M. R.*



König Richard

## »Ich bin das Volk«

Der erste Präsident der Fünften Republik wurde Charles de Gaulle

Wir sind das Volk – dieses Wort markierte 1989 das Ende einer sich demokratisch nennenden deutschen Republik. Das Ende der französischen Vierten Republik im Jahr 1958 buchstabierte sich ähnlich: „Ich bin das Volk“ lautete der unausgesprochene Wahlspruch, mit dem Charles André Joseph Marie de Gaulle vor 50 Jahren zum Gründer der Fünften Republik aufstieg. Im September 1958 stimmte das Volk der von ihm vorgelegten neuen Verfassung mit 83 Prozent zu, zwei Monate später wählte das Volk den populären General mit 78 Prozent zum Staatspräsidenten. Am 8. Januar 1959 trat er das Amt an, das er, wiederum gestützt auf Volkes Votum, mit einer in europäischen Demokratien einzigartigen Machtfülle ausstattete. So bedeutet dieses Datum faktisch den Beginn der Fünften Republik. Die Vierte Republik, gerade mal ein Dutzend Jahre jung, war vor allem an der Unfähigkeit gescheitert, sich mit Anstand von der kolonialen Vergangenheit zu lösen. Erst das Debakel in Indochina – Dien Bien Phu hat für nationalbewußte Franzosen (also für nahezu alle) einen ähnlich schmachvollen

Klang wie Hanoi oder Bagdad für die Amerikaner. Dann die Zuspitzung im französisch beherrschten Algerien. Der letzten von der Vierten Republik verschlissenen Regierung unter Premier Pierre Pflimlin lief die Entwicklung vollends aus dem Ruder. Ben Bellas Nationales Befreiungskomitee (FLN) kontrollierte weite Teile des Landes, wogegen die französischen Kolonialisten erbittert Widerstand leisteten. Auf beiden Seiten steigerten sich die Grausamkeiten.

Zugleich sahen beide Seiten in de Gaulle die einzige Persönlichkeit, der man zutraute, die Krise zu bewältigen. Dem General, der sich 1944/45 den nur teilweise berechtigten Ruf des „Befreiers Frankreichs“ erworben hatte, wurden beachtliche Führungsqualitäten und außergewöhnliche persönliche Tapferkeit nachgesagt – vor allem letzteres vollends berechtigt. Der Ruf nach dem „starken Mann“ war für die Franzosen der Ruf nach de Gaulle.

Im Juni 1958 folgte Präsident René Coty der Stimme des Volkes und berief de Gaulle (68) zum Ministerpräsidenten mit auf sechs Monate begrenzten Notaufsichtsmacht. Die nutzte der General,

um zunächst die eigene Macht zu festigen, dann aber durchaus auch zum Wohle des Landes.

Durch die Umstellung der Währung (1 neuer Franc = 100 alte Francs) verlieh er der dahinsiechenden Wirtschaft neuen Schwung. Mutig trotzte er allen Widerständen von links und rechts und schaffte es, den blutigen Krieg in Nordafrika zu beenden. Um Algerien im April 1962 in die Unabhängigkeit zu entlassen, bediente sich de Gaulle wiederum eines Referendums.

Außenpolitisch setzte er auf ein starkes Kerneuropa, das von den Zentralmächten Frankreich und Deutschland dominiert sein sollte. Daß er mit Konrad Adenauer so gut harmonierte, lag wohl auch daran, daß der deutsche Kanzler ihn niemals ernsthaft bei seinen politischen Alleingängen störte. Ein großes politisches Verdienst de Gaulles ist darin zu sehen, daß er die Fünfte Republik mit einem hohen Maß an Stabilität ausstattete: 50 Jahre, das hat von den vorangegangenen Republiken lediglich die Dritte geschafft.

Auch am Ende blieb de Gaulle sich selber treu. Anfang 1969 ließ er das Volk über eine erneute Verfassungsreform abstimmen, wie immer siegesicher, denn „das Volk bin ich“. Doch diesmal sagte das Volk „Non“; verbittert trat der General von der politischen Bühne ab. *Hans-Jürgen Mahlitz*



Charles de Gaulle

Bild: Archiv

## Vater der Genetik

Vor 125 Jahren starb Gregor Mendel – Späte Anerkennung

Gregor Mendel, der am 22. Juli 1822 als Sohn von Anton und Rosina Mendel in Heinzendorf bei Odrau in Österreichisch-Schlesien zur Welt kam, interessierte sich schon früh für Vererbung und Zucht. Bereits als Kind beteiligte er sich am Veredeln der Obstbäume im heimischen Garten, und auf dem Grundstück der Dorfschule züchtete er Bienen. Eigentlich sollte der Junge später den väterlichen Hof übernehmen, doch erschien er hierfür zu schwach, und so wurde beschlossen, ihn Priester werden zu lassen. In Troppau besuchte er das Gymnasium, ab 1840 studierte er am Philosophischen Institut in Olmütz. Dieses war ihm trotz der bescheidenen Verhältnisse, denen er entstammte, möglich, weil seine Schwester auf ihr Erbe verzichtete.

Mendel konnte die Ausbildung 1843 mit sehr guten Noten abschließen und wurde auf Empfehlung seines Physiklehrers, des Paters Friedrich Franz, noch im selben Jahr Mönch im Augustinerkloster in Brunn, das damals ein Kulturzentrum von großer Bedeutung war. Hier konnte er sich ohne finanzielle Not der Wissenschaften zuwenden. Im darauffolgenden Jahr nahm er ein Theologiestudium an der Brüner Theologischen Lehranstalt auf, vor dessen Abschluß er bereits 1847 zum Priester geweiht wurde. Nach dem

Studium versuchte sich Mendel ein Jahr lang als Krankenseelsorger. Die Arbeit überforderte ihn jedoch physisch. Auf seinen Wunsch hin wurde er daraufhin 1849 an das Gymnasium in Znaim entsandt, an dem er als Hilfslehrer unterrichtete. Trotz großer Beliebtheit blieb ihm jedoch auch im Lehrberuf Erfolg versagt. Am Ende des Schuljahres scheiterte er an der Lehramtsprüfung in Naturgeschichte und Physik.

Mendel hatte jedoch das große Glück, in Cyrill Napp einen Abt zu haben, der nicht nur allseitig gebildet und liberal war, sondern sich als Funktionär der Akkerbaugesellschaft gleichfalls für die Veredlung der Pflanzen durch künstliche Befruchtung und die Vererbung interessierte. Dieser ermöglichte ihm, ab 1851 an der Universität der Hauptstadt Wien Naturwissenschaften zu studieren. Hier beschäftigte Mendel sich entsprechend seinen Interessen (und denen seines Abtes) mit Zoologie, Botanik, Paläontologie und Chemie. Nach seiner Rückkehr nach Brunn im Jahre 1853 war Mendel abermals als Hilfslehrer tätig, diesmal an der Staatsberberalschule Brunn. 1856 stellte er sich erneut

einer Lehramtsprüfung – und scheiterte abermals.

In den folgenden Jahren unternahm er Massenversuche mit Erbsenpflanzen, mit denen er wichtigen Gesetzen der Vererbung auf die Spur kam. Dafür kultivierte er zwischen 1856 und 1863 schätzungsweise 28 000 Erbsenpflanzen. 1863 beendete er seine Erbsenversuche und schrieb im darauffolgenden Jahr die Ergebnisse nieder. Weitere Hybridisationsversuche mit 14 anderen Pflanzengattungen folgten. Obwohl die von Mendel entdeckten und auch publizierten Mendelschen Regeln der Vererbung einen großen Fortschritt für die Wissenschaft bedeuteten, blieb ihm und seiner Arbeit zu Lebzeiten die gebührende Anerkennung versagt. Die erhielt der „Vater der Genetik“ erst im 20. Jahrhundert.

1868 wurde er zum Abt gewählt, ein bedeutendes Amt, das fortan seine Aufmerksamkeit verlangte und ihm nur noch wenig Raum für sein wissenschaftliches Hobby ließ. Gregor Mendel starb am 6. Januar 1884 in Brunn an einem Nierenleiden, das zu einer allgemeinen Wassersucht geführt hatte. *M. R.*



Gregor Mendel

Bild: Archiv

# »Vater des deutschen Rundfunks«

Vor 50 Jahren starb der Techniker, Kaufmann und Politiker Hans Bredow – Gegner des Nationalsozialismus

Früher als andere erkannte Hans Bredow die Möglichkeiten des Mediums „Rundfunk“, ein Begriff, den er selber 1921 prägte. Als Rundfunkpolitiker setzte er sich für eine föderale Vielfalt selbständiger und überparteilicher regionaler Rundfunksender ein.

Hans Carl August Friedrich Bredow, der bereits zu Lebzeiten „Vater des deutschen Rundfunks“ genannt wurde, kam am 26. November 1879 als Sohn von Carl Bredow und dessen Ehefrau Julie Fronhoefer im pommerischen Städtchen Schlawe zur Welt. In Rendsburg besuchte er das Realgymnasium bis zur Obertertia. In Hamburg machte er eine Lehre als Elektrotechniker. Anschließend studierte er an der Universität Kiel und später am Friedrichs-Polytechnikum in Köthen Physik und Elektrotechnik. 1903 wurde er Projektierungsingenieur bei AEG in Berlin. Ein Jahr später wurde er von der von seinem Arbeitgeber und Siemens neugegründeten „Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m.b.H., System Telefunken“ (Telefunken) übernommen. Am 1. Mai 1908 wurde er der technische Direktor dieser Gesellschaft, die er zusammen mit Georg Graf von Arco leitete.

Eines der Ziele Bredows war es, das Monopol des britischen Telekommunikations-Ausrüsters Marconi beim Funkverkehr zu brechen und ein eigenes deutsches Funknetz aufzubauen. Im Jahre 1911 trat Marconi den Funkbetrieb auf deutschen Schiffen an die im selben Jahr von Marconi selber sowie Siemens, AEG und Telefunken gegründete „Deutsche Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegraphie m.b.H.“ (DEBEG) ab. Deren Leitung übernahm Bredow.

Der gebürtige Pommer setzte den Bau einer großen Versuchsstation bei Nauen in der Nähe Berlins durch, die nach mehrfacher Vergrößerung der stärksten Funkstation der Welt ausgebaut wurde und zahlreiche Gegenstationen in allen Teilen der Welt erhielt.

Ebenso setzte sich Bredow – beispielsweise als Vertreter der deutschen Funkgesellschaften auf der



Hans Bredow: Wenige Jahre vor seinem Rücktritt als Reichs-Rundfunk-Kommissar

Bild: Ullstein

internationalen Funkkonferenz in London 1912 – entscheidend für das Zustandekommen eines internationalen Seefunks ein.

Daneben hatte Bredow bereits in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg begonnen, eine neue Idee zu verfolgen, die des Rundfunks. Im Jahre 1913 führte er in New York der Presse sein erstes Rundfunkprogramm vor.

Im Ersten Weltkrieg gehörte Bredow der Funk- und Fliegertruppe an. Schon damals unternahm er Ver-

suche, in die Schützengräben Rundfunkprogramme über Kopfhörer zu vermitteln. Dabei verwendete er erstmalig Röhrensender und Hochfrequenzverstärker. Nach dem Ersten Weltkrieg warb Bredow in einer Rede vor der Nationalversammlung von 1919/20 für die Idee des Rundfunks. Der Erfolg war mäßig, doch holte ihn Reichspräsident Friedrich Ebert als Ministerialdirektor ins Reichspostministerium mit dem Auftrag, den weltweiten Nachrichtenverkehr und den Rundfunk in Deutschland aus- beziehungsweise

zubauen. 1921 avancierte er zum Staatssekretär für das Telegrafien-, Fernsprech- und Funkwesen. Ein Jahr später wurde der Sendebetrieb aufgenommen, der anfangs nur der Übermittlung von Wirtschaftsnachrichten diente und später dann auch der Unterhaltung.

Bredow war Rundfunkföderalist. Das Sendernetz verblieb zwar bei der Reichspost, aber die Programmgestaltung wurde selbständigen regionalen Gesellschaften überlassen. Als Dachorganisation wurde 1925 die

Reichs-Rundfunk-Gesellschaft (RRG) gegründet. Ihren Vorsitz übernahm Bredow, der seit 1926 das Amt eines Reichs-Rundfunk-Kommissars des Reichspostministers bekleidete.

Bredows politisches Ideal des überparteilichen Rundfunks vertrat sich nicht mit den Gleichschaltungsabsichten der Nationalsozialisten. Noch am Tage ihrer „Machtergreifung“, am 30. Januar 1933, trat er zurück. Als engste Mitarbeiter von ihm verhaftet wurden, protestierte er hiergegen per Telegramm beim Reichspräsidenten. Daraufhin wurde auch er verhaftet, verbrachte die darauffolgenden ein- und einviertel Jahre als Untersuchungshäftling in Berlin-Moabit. 1935 wurde ihm wegen Untreue der Prozess gemacht. Er erhielt Berufsverbot und siedelte nach Wiesbaden über, wo er ein Rundfunkarchiv aufbaute.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der politisch unbelastete Bredow kurzzeitig Regierungspräsident von Hessen-Nassau mit Dienstsitz Wiesbaden. Ebenfalls 1945 bestimmten ihn die Alliierten zum Aufsichtsratsvorsitzenden des deutschen Metallgroßunternehmens Buderus.

Nachdem 1949 der Hessische Rundfunk gegründet worden war, wählte dessen Verwaltungsrat noch im selben Jahr Bredow zum ersten Vorsitzenden. Dieses Amt bekleidete er bis 1951, da war Hans Bredow bereits 72 Jahre alt. Am 9. Januar 1959 verschied der Träger der Preußischen Staatsmedaille in seinem hessischen Wohnort Wiesbaden an den Folgen eines Schlaganfalls. *Manuel Ruoff*

## Ein linker Rechtsliberaler

Eduard Lasker kennzeichnete als linker Nationalliberaler ein sehr ambivalentes Verhältnis zu Otto von Bismarck, der ihn in seinen Memoiren als „ehrlichen Gegner“ bezeichnet hat.

Jizchak Lasker, der schon als Gymnasiast seinen Vornamen in Eduard änderte, kam am 14. Oktober 1829 als Sohn eines Nagelfabrikanten und dessen Ehefrau in Jarotschin in der Provinz Posen zur Welt. Nach dem Abitur und einem Jurastudium verdiente er seinen Lebensunterhalt mehr schlecht als recht als Syndikus des Berliner Pfandbriefinstituts.

1867 wurde der Liberale ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Kurz danach hatte das Parlament über die nachträgliche Legalisierung von Bismarcks umstrittenem Vorgehen beim Heereskonflikt zu entscheiden.



Eduard Lasker

Lasker entschied sich mit dem rechten Flügel der Fortschrittspartei für Bismarck und dessen Indemnitätsvorlage und gehörte mit anderen Rechtsliberalen zu den Gründern der Nationalliberalen Partei, in der er die Führung des linken Flügels übernahm. Als Bismarck mit seinem Rechtsschwenk von 1878 die Nationalliberale Partei einer schweren Belastungsprobe aussetzte, entschied Lasker sich gegen Bismarck. Mit anderen Linksnationalliberalen gründete er die Liberale Vereinigung, deren Führung er übernahm.

1875 erkrankte Lasker schwer. Da er sich nicht schonte, folgte 1883 ein völliger gesundheitlicher Zusammenbruch. Vor 125 Jahren, am 5. Januar 1884, starb der linke Rechtsliberale, dem die Fortschrittspartei zu bismarckkritisch und die Nationalliberale Partei schließlich zu bismarckunkritisch war. *M. R.*

## Warenhauskönig aus Bonn

Helmut Horten schuf ein Unternehmen mit Milliardenumsatz

Bis in unser Jahrhundert hinein bildeten Horten-Kaufhäuser einen integralen Bestandteil der bundesdeutschen Kaufhauslandschaft, waren ein Bestandteil vieler Stadtbilder. Horten war in seiner besten Zeit nach Karstadt, Hertie und Kaufhof der viertgrößte Warenhauskonzern der Republik. Seinen Namen verdankte der Konzern seinem Gründer Helmut Horten, der vor 100 Jahren in dem seinerzeit preußischen Bonn geboren wurde.

Am 8. Januar 1909 kam Horten als Sproß einer Juristen- und Beamtenfamilie zur Welt. Sein Vater war zuletzt Senatspräsident beim Kölner Oberlandesgericht. Nach dem Abitur machte er eine Lehre zum Textilkaufmann. Im Mai 1936 kaufte er das Duisburger Kaufhaus Gebrüder Alsbeg, dessen jüdische Vorbesitzer in die Vereinigten Staaten von Amerika emigrierten. Die Finanzierung sicherte der Bankier Wilhelm Reinold von der Hamburger Commerz- und Disconto-Bank, der die Bank zum stillen Teilhaber des nun gegründeten Unternehmens Horten & Co. machte. Noch im selben Jahr erwarb Horten das Wattenscheider Kaufhaus Hess. Bis 1939 kamen sechs weitere Warenhäuser hinzu, drei davon in Ostpreußen.

Während des Zweiten Weltkrieges wurde Horten damit beauftragt, die kriegsbedingt kontingentierten Waren an die Kauf- und Warenhäuser im Niederrheinbereich zu verteilen. Aufgrund dieser Funktion verhaftete die britische Besatzungsmacht Horten 1947. Sie internierte ihn in Reckling-

hausen, bis sie ihn nach einem Hungerstreik im darauffolgenden Jahr freiließ.

Wenn die Besatzungsmacht Horten auch seiner Freiheit beraubte, so doch nicht seines Unternehmens, das er nun erfolgreich ausbaute. In der Duisburger Innenstadt erbaute er ein neues sechsstöckiges Stammhaus. 1952/53 kaufte er das Warenhausunternehmen Merkur mit dessen elf Warenhäusern von der Familie Schocken, die in die USA ausgewandert. Ende 1954 erwarb er von dem New Yorker Unternehmer Jakob Michael dessen Aktien der Emil Köster AG (DeFaKa, Deutsches Familien-Kaufhaus) mit deren damals 19

### Das Ende seiner Kette erlebte er nicht mehr

Kaufhäusern. 1955 begann die organisatorische Umformung zur Helmut Horten GmbH. Sie fand 1961 ihren Abschluß mit dem Umzug in die neue Hauptverwaltung in Düsseldorf. Zu dieser Zeit betrieb Hortens Unternehmen 16 Merkur- und 20 DeFaKa-Häuser. Im selben Jahr entstand bei Horten der neue Warenhaustyp mit Vollsortiment. Im darauffolgenden Kalenderjahr überschritt das Unternehmen mit seinen damals 21.000 Mitarbeitern erstmals die Milliardenchwelle beim Umsatz.

Wie viele Besitzer stark expandierender Unternehmen entschied sich auch Horten, an die Börse zu gehen. 1969 wandelte er seine Gesellschaft

mit beschränkter Haftung in eine Aktiengesellschaft um. Schrittweise zog er sich nun aus seinem Unternehmen zurück, in dem er seit 1967 ohnehin nur noch den Vorsitz im Aufsichtsrat führte. Erst verkaufte er zusammen 25 Prozent an die Deutsche Bank und die Commerzbank und plazierte weitere 50 Prozent an der Börse. Im Dezember 1971 verkaufte er dann in einem zweiten Schritt die ihm verbliebenen 25 Prozent an den britischen Tabakkonzern BAT. Im selben Jahr zog er sich ganz aus dem Unternehmen zurück.

Geschickterweise hatte er bereits 1968 seinen Wohnsitz in die Schweiz verlegt, so daß er auf den Verkaufserlös der Aktien an seinem Unternehmen, immerhin eineinhalb Milliarden Mark, keine Steuern zu zahlen brauchte. Nicht weniger Geschick bewies Horten bei der Anlage des Geldes. Bis zu seinem Tode konnte er sein Vermögen noch verdoppeln. Helmut Horten starb am 30. November 1987 in seinem Schweizer Wohnort Croglio. Das Aufgehen seines Unternehmens in Kaufhof um die Jahrtausendwende und damit das Ende seiner Warenhauskette erlebte er also nicht mehr. *M. R.*

## Volksschauspieler aus Köln

Vor 100 Jahren erblickte Willy Millowitsch das Licht der Welt

Willy Millowitsch war nicht nur seitens seiner Eltern, dem Volksschauspieler Peter Millowitsch und dessen Ehefrau Käthe, erblich vorbelastet. Vielmehr fand bereits sein Urgroßvater als Moritatensänger in der Kölner Stadtchronik Erwähnung. Später hatte die Familie ein Puppentheater, das Millowitschs Großeltern 1896 in eine mundartliche Volksbühne umwandelten.

Willy Millowitsch erwies sich dieses Erbes würdig. Das väterliche Theater interessierte ihn mehr als die Schule. Ohne Abschluß beendete er am 8. Januar 1909 geborene Kölner bereits 1922 seine Schullaufbahn und wechselte als Schauspieler ans Familientheater. Eine Schauspielerausbildung genöß der Autodidakt nicht. 1940 übernahm er die Leitung des Theaters. Daneben arbeitete er weiter als (Haupt-)Darsteller und als Regisseur für seine Bühne.

Den Zweiten Weltkrieg überstand Millowitschs Theater relativ gut: Große Bombenschäden waren nicht zu beklagen. Und der damalige Oberbürgermeister Kölns, Konrad Adenauer, legte Wert darauf, daß die leidgeprüften Bewohner seiner Stadt bereits im Herbst 1945 wenigstens in Millowitschs Theater etwas zu lachen hatten. Bis 1949 fanden täglich Vorstellungen statt.

In jenem Jahr schuf Millowitsch sich mit der erstmaligen Mitwirkung an einer Fernsehproduktion ein weiteres Standbein. Weitere Fernsehrollen folgten bis 1996. Doch es gab noch eine weitere wichtige Form der Zusammenarbeit Millowitschs mit dem Fernse-

hen. Im Oktober 1953 wurde an Stelle einer geplatzten Sportübertragung eine Aufführung des Militärschwanks „Der Etappenhas“ durch das Millowitsch-Theater gesendet. Das war eine Premiere, denn erstmals wurde damit in Deutschland eine Theateraufführung im Fernsehen live übertragen. Die nun folgenden regelmäßigen Aufführungs-



Willy Millowitsch

Bild: Archiv

übertragungen durch den Westdeutschen Rundfunk brachten dem Sender Einschaltquoten bis zu 88 Prozent und waren dem Theater eine beständige Einnahmequelle. 1993 begann sich Willy Millowitsch mit seinem Sohn die Geschäftsführung im Theater zu teilen. 1996 zog er sich ganz aus der Geschäftsführung zurück.

Auch als Sänger war Millowitsch erfolgreich. Sein Schlager „Schnaps, das war sein letztes Wort“ aus dem Jahre 1960 verkaufte sich mehr als 900.000mal. Jahrzehntlang gehörte er im Rheinland zu den erfolgreichsten Interpreten von Karnevalsliedern. „Wir sind alle kleine Sünderlein“ gehörte ebenso zu seinem Repertoire wie „Kölsche Jung“, das als Orgel Improvisation in Moll auch bei seiner Trauerfeier erklang, als sein Sarg aus dem Kölner Dom getragen wurde.

Willy Millowitsch starb am 20. September 1999 im St.-Elisabeth-Krankenhaus seiner Heimatstadt an Herzversagen. Seine Trauerfeier zeigte noch einmal seine herausragende Stellung in seiner Vaterstadt, deren Ehrenbürger er seit 1989 war. Nach Konrad Adenauer war er der erste Laie, dem die Ehre zuteil wurde, im Kölner Dom aufgebahrt zu werden. Ein bereits zu seinen Lebzeiten aufgestelltes Denkmal auf Kölns Eisenmarkt sowie der unweit seines Theaters liegende Willy-Millowitsch-Platz und der jährlich vergebene Willy-Millowitsch-Preis für besondere Verdienste um die „Kölsche Rede“ halten die Erinnerung an das liebenswerte Kölner Original wach. *M. R.*

## Lüge und Haß im ZgV verhindern

Zu: „Gegen Vertreibung“ (Nr. 50)

Es sind über 60 Jahre vergangen, seitdem Deutsche völkerrechtswidrig aus ihrer Heimat vertrieben worden sind, wobei sie nicht nur ihr Eigentum, sondern häufig auch ihr Leben verloren haben und Gewalt wie Vergewaltigung zu ertragen hatten.

Bis heute haben wir kein nationales Mahnmal, das an die Leiden der Vertriebenen und den Verlust

deutscher Landesteile erinnert. Ich empfinde das als Schande für unser Volk und als Anklage an die hierzulande Geborenen, die in ihrem Selbsthaß angemessenes Gedenken verhindert haben.

Schande über sie! Wenn ich lese, daß Frau Rosh es abgelehnt hat, ein Mahnmal für die zwei Millionen toten Vertriebenen zu unterstützen, überkommt mich Abscheu. Hier geht es auch um die moralische Entscheidung, ob eine

Schandtat eine andere rechtfertigt, die ich mit Nein beantworte. Kein Verbrechen wird durch ein anderes entschuldigt. Jedes Opfer verdient Trauer und Gedenken. Wenn es nun zu einem Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV) in Berlin kommt / kommen sollte, sollten alle Deutschen, die sich zu ihrem Volk bekennen, Augen offen halten und verhindern, daß in dieses Zentrum Lüge und Haß einziehen können.

Jörn Heinrichs, Berlin

## Deutsche Sprache ist Fundament unseres Staates

Zu: „Ein unwirklich ruhiger Parteitag“ (Nr. 49)

Ein Wahljahr steht bevor. Frau Merkel hat keine Konkurrenz, 1000 Anträge sind durchzuwinken, und für die Öffentlichkeit muß auch noch geklatscht werden. Da war es dann schon ein echtes Wunder, daß die Delegierten gegen den Willen des Vorstandes unsere Sprache in die Verfassung aufnehmen wollten. Beispiele dafür gibt es ja in

befreundeten Staaten genug, und wer könnte schon etwas dagegen haben, das, was uns Deutsche zusammenhält, auch in das Fundament des Staates, seine Verfassung, aufzunehmen.

Natürlich kam aus den linken Höhlen Empörung, setzt man doch im Sinne von Multikulti auf Vielsprachigkeit und braucht ja vor allen Dingen die Stimmen unserer türkischen Mitbewohner. Der Ablehnung aus Gründen der

Selbstverständlichkeit, die keine Aufnahme in die Verfassung benötigt, ist leicht zu widersprechen. Was für uns alle verbindend selbstverständlich ist, gehört natürlich zum Fundament des Staates, der Verfassung.

Frau Merkel und der Vorstand der Union reagierten unverständlich und sahen nicht gut aus. Ein Bravo den Delegierten!

Marie-Louise Böhm, Dresden

## Extreme Gewalt

Zu: „Trümmer in Athen“ (Nr. 50)

Der Gründe zu Empörung und Unzufriedenheit soll es in Griechenland besonders viele geben, Korruption aber allüberall.

Anlaß für Proteste und Demonstrationen zuhauf, und so wäre es ja demokratisch auch in Ordnung. Nur gehören Demokratie und Gewalt nicht in ein Boot. Die Gewalt hat an Bord nichts zu suchen. Wer sie ausübt, ist ein Verbrecher, was überall zu gelten hat und bei uns besonders für die linksextremen Gewalttäter gilt. Darum keine Sympathie für die, die sich für den Weg der Gewalt entschieden haben.

Ute Geißler, Wesel am Rhein



Besetztes griechisches Generalkonsulat in Berlin: Die Unruhen in Athen hatten Auswirkungen bis nach Deutschland.

Bild: ddp

## Achtung verschaffen

Zu: „Deutsches Geld ja, deutsche Sprache nein“ (Nr. 49)

Deutsches Geld wurde von unseren Freunden in der EU schon immer gerne genommen. Und da deutsche Politiker den gebückten Gang bevorzugten, wurde recht energisch und tief in unsere Taschen gegriffen, wobei Angemessenheit ein Fremdwort war.

Wie es sich für einen Domestiken geziemt, durften wir zwar zahlen, hatten uns aber ansonsten in Zurückhaltung zu üben, was sich auch auf den Gebrauch unserer Sprache innerhalb der EU bezieht.

Hoffen wir, daß von den Delegierten der Union, die unsere Sprache in die Verfassung aufnehmen wollen, ein Anstoß ausgeht, um für unsere Sprache in der EU die ihr gebührende Achtung und Respektierung einzufordern.

Rüdiger Baltruschat, Aalen

## Steuern heute schon runter

Zu: „Die Krise zieht Kreise“ (Nr. 48)

Als schlichter Bürger meine ich, daß die Kaufkraft gestärkt werden sollte, damit verkauft wird und neu produziert werden kann. Das würde zumindest ein Standbein unserer Wirtschaft festigen. Also Steuern runter, wozu aber nicht weitere Verschuldung gehören muß. Warum wird der Haushalt

nicht abgespeckt? Können wir uns wirklich alle sozialen Wohltaten leisten? Hat kein Politiker den Mut, unverdiente Wohltaten zurückzunehmen? Und warum will Frau Merkel erst nach den Bundestagswahlen etwas tun? Heute muß doch gehandelt werden, damit der Karren nicht noch tiefer einsinkt.

Viktor Klaus, Karlsruhe

## Macht der Kreisfürsten beschränken

Zu: „CDU (Berlin): Henkel nun auch Parteichef“ (Nr. 48)

Aus Berlin dringt frohe Kunde. Die Hauptstadt-Union, die lange im Sumpf von Intrigen und Kungeleien dahinvegetierte, scheint sich erholen zu wollen. Pflüger und Schmitt wurden abserviert und bekamen auch keine Trostpflaster in Bundestag oder EU-Parlament, obwohl die Bundes-

CDU dies doch wünschte. Die Berliner wollten sich nicht bevormunden lassen, und das macht Hoffnung. Wenn es den Berlinern nun noch gelänge, die Macht ihrer Kreisfürsten auf das ihnen angemessene Maß zu beschränken, könnte die Partei endlich wieder darangehen, den Berlinern eine Alternative zu Rot-Rot zu bieten.

Manfred Erkel, Lippstadt

## Kalaschnikows gab es erst 1948

Zu: „Fundgrube für Freunde von Königsbergfotos“ (Nr. 48)

In dem Beitrag von Wolf Oschlies „Fundgrube für Freunde von Königsbergfotos“ werden „zumeist Ruinen über Kimme und Korn von Kalaschnikows im Vordergrund“ abgelichtet. Der russische Maschinenkarabiner Kalaschnikow AK 47 wurde aber erst im Jahre 1948 in der Sowjet-

armee eingeführt und ist eine Kopie des erfolgreichen deutschen Sturmgewehrs Stgw 44 ( 8x33).

Für die oben erwähnten Fotos können somit 1945 noch keine Kalaschnikows zur Verfügung gestanden haben. Ab 1948 wurden von den verschiedenen Typen von „Kalaschnikow“-Gewehren rund 100 Millionen Stück gebaut.

Manfred Rohde, Egelsbach

## Weste sauber halten

Zu: „Mit Fraktionsgeld ins Bordell“ (Nr. 50)

Da ich glücklich verheiratet bin und auch kein Interesse an sexueller Abreaktion gegen Geld habe, wäre ich aber trotzdem an Zulagen interessiert, mit denen sich meine Freude am Leben anheben ließe. Wünsche hätte ich genug. Nur bin ich leider kein Abgeordneter, der sich im Dienst der Bürger täglich wie nächtlich aufreißt, sondern nur ein Rentner, der darauf hoffen muß, daß auch die sich für ihn aufreißenden Abgeordneten meinen, daß ihm einige Brosamen von ihrem gut gefüllten Teller zustehen.

Natürlich gibt es viele Abgeordnete, die sich nichts vorzuwerfen haben. Doch gerade sie sollten alles tun, um die eigene Weste wie die aller Kolleginnen und Kollegen sauber zu halten, wozu klare Gesetze und Verordnungen wie Kontrolle gehören. Ferdinand Lavant, Berlin

## Nur Irrläufer

Zu: „Auch ein Signal an Brüssel“ (Nr. 50)

Unsere Sprache ist Deutsch und darum gehört sie auch in unsere Verfassung. Daß über diese Selbstverständlichkeit von deutschfeindlichen Deutschen diskutiert wird, zeigt nur, wie krank diese Typen sind, die als zufällig Deutsche keine Bindungen zu ihrem Vaterland haben. Sie lassen sich bestenfalls als Irrläufer auffassen.

Peter Handler, Berlin

## Deutscher Soldat war fairer Kämpfer

Zu: „Leserbrief „Deutsche Wehrmachtssoldaten vergewaltigten nicht ungestraft“ (Nr. 47)

Ich nehme Bezug auf den Leserbrief, den ich nach meiner Kenntnis als die reine Wahrheit bestätigen kann. Die Diffamierung der deutschen Soldaten fing ja schon früher in der Bundesrepublik Deutschland an, als Rote und Grüne unbehelligt von der deutschen Justiz, welche sich als artiger Büttel der von den Parteien verfaßten staatlichen justiziablen Richtli-

nien erwies, behaupten durfte: „Deutsche Soldaten sind Mörder.“ Den deutschen Leichenschändern mit Wendehirnen, die sich Historiker nennen und sich hervortun, indem sie laufend Tatsachen verdrehen, muß ich als Überlebender der US-Vernichtungslager der Rheinwiesen (ich hatte bei meiner Entlassung noch ganze 65 Pfund) einmal vor Augen führen, was in unserem Soldbuch – bis Kriegsende – auf dem Innendeckel zur Truppenbelehrung gestanden hat und was man in kei-

nem entsprechenden Dokument / Richtlinien für Soldaten unserer damaligen Gegner finden kann. Im übrigen kann auch ich bestätigen, daß ich – aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit – von vielen, auch hochrangigen Militärs unserer ehemaligen Feinde bestätigt bekam, daß der deutsche Soldat ein äußerst fairer Kämpfer war (im Gegensatz – wie sie mir bestätigten – zu ihrer eigenen laschen Handhabung der Hagener Landkriegsordnung).

Bert Jordan, Landstuhl

## Schuld der Deutschen im Zentrum

Zu: „Ein Sender spielt Kalter Krieg“ (Nr. 48)

Der Hessische Rundfunk mag ein besonders übles Beispiel abgeben, er bleibt aber ein Beispiel für das, was in unserem Lande mehr oder weniger üblich ist. Die historische Wahrheit hat noch keine ernsthafte Chance in der Republik, und sehr einflußreiche Kräfte sind bemüht, daß es noch

lange so bleibt. Es gibt ganz ohne Zweifel ein Interesse daran, daß die Verbrechen und das Unrecht an Deutschen möglichst klein gehalten, am besten gar nicht erwähnt werden. Und wenn schon, dann hatten die Deutschen verdient, was mit ihnen geschehen ist. Die Schuld der Deutschen muß alles beherrschen, nichts darf mit ihr vergleichbar sein.

Karl Fabian, Düsseldorf

## Dem kommunistischen Sumpf entstieg

Zu: „Rechtsextremen soll Wahlrecht gekürzt werden“ (Nr. 46)

Der Rechtsstaat ist in bewußter Schiefelage. Auf der einen Seite wird bezüglich eines hingeschmierten Hakenkreuzes der Staatsschutz tätig, während auf der anderen Seite „antifaschistische“ Kriminelle gegen Andersdenkende

Gewalt ausüben und in der Regel unverfolgt bleiben und sogar Beifall bekommen.

In diesem Sinne ist auch zu sehen, wenn bei der SPD in Berlin Empörung herrscht, wenn der blutrote Koalitionspartner mit der NPD auf eine Stufe gestellt wird. Die Genossen ignorieren bewußt oder aus Geschichtslosigkeit, daß

## PAZ war zu unkritisch gegenüber dem MGFA

Zu: „Guter Abschluß“ (Nr. 43)

Da hat sich PAZ-Autor Dirk Klose regelrecht an die Brust des bundesdeutschen Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) geschmissen und lobt den „guten Abschluß“ der Geschichtsschreiber. Die PAZ ordnet sich damit ein in die Gesellschaft derjenigen, denen die Anpassung der geschichtlichen Abläufe an zeitge-

rechte Interpretationen leicht fällt und die political correctness von heute üben.

Statt klarer Kritik an Aufbau, Konzeption und Gliederung der vielschichtigen Bände, kein Hinweis auf die internen Machtkämpfe und das Ringen um die Wortführerschaft und Zuständigkeiten, doch breites Lob für die Wissenschaftlichkeit des „wirklich rühmlichen Abschlusses“.

Betont wird, das MGFA sei keinerlei Weisungen ausgesetzt gewesen und das Autorenteam habe „nach wissenschaftlichen Maßstäben“ arbeiten können. Wiedergeben sei der „Neueste Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis und der Diskussion zeitgeschichtlicher Abläufe“. Doch keine Frage nach dem jeweiligen Standpunkt der Autoren.

Hans-Otto Ebner, Hamburg

## Ostpreußen aus Estland

Zu: Kolumne „Ost-Deutsch“

Ich bin eine PAZ-Leserin in Estland. Ihre Artikel-Serie „Ost-Deutsch“ lese ich immer mit großem Vergnügen. Bin ein sprachinteressierter Mensch, obwohl ich Deutsch mit Fehlern schreibe. Das tut mir sehr leid, weil ich eine Ostpreußen bin, die aber in Est-

land aufgewachsen ist. Estnisch kann ich besser als viele Esten selbst, auch Russisch spreche ich gut. Englisch habe ich in Tartu (Dorpat) an der Universität einige Jahre studiert, Finnisch-Sprachkurse besucht. So kann ich mich, so gut es geht, in fünf Sprachen verständigen.

Anne Rekkaro, Raplamaa, Estland



## Litauen plant Visa-Erleichterung

Rußland wünscht Wegfall der Visumpflicht – Exklave Königsberg würde zu den Nutznießern zählen

**Litauen plant Visa-Erleichterungen für Bürger benachbarter Staaten. Eine Neuregelung könnte vor allem für die Menschen im Königsberger Gebiet vorteilhaft sein, denn sie würde ihnen Reisen ins russische „Kernland“ erheblich erleichtern. Auch Rußland wünscht einen Wegfall der Visumpflicht mit EU-Ländern.**

Litauens Außenminister Vygaudas Ušackas plant eine Lockerung der Visumpflicht mit den Nachbarländern. Er will Abkommen über den visafreien Grenzübertritt für Einwohner der Grenzregionen mit Weißrußland und Rußland durchsetzen. Bürger dieser Länder können Sonderpässe erhalten, mit denen sie nach Litauen einreisen dürfen. Die bisher im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik geltende Regelung, die Erleichterungen für Unternehmer sowie Teilnehmer von Kulturveranstaltungen und Sportwettkämpfen vorsieht, will Ušackas auch auf weißrussische Bürger ausdehnen. Darüber hinaus will Litauen die Visagebühren für alle vom Abkommen betroffenen Länder von 60 auf 35 Euro herabsetzen.

Für das Königsberger Gebiet stellte der litauische Außenminister die Wiedereinführung des visafreien Grenzübertritts in Aussicht. Damit fiel tatsächlich eine große Hürde für die Menschen in Nordostpreußen weg. Seit Litauen zur Europäischen Union gehört, waren Reisen nach Zentral-Rußland für sie mit höheren Kosten oder Umwegen verbunden. Zur wichtigsten Verbindung wurde die Linienverbindung der Fluglinie KD Avia, die mehrmals pro Woche Moskau und andere russische Städte ansteuert. Mit der Fährverbindung von Pillau nach Ust-Luga in der Nähe von St. Petersburg gab es zwar eine Ausweichmöglichkeit, die aber aufgrund des Zeitverlusts durch den



Russischer Überlandbus in Palmnicken: Viele Russen würden gerne visafrei nach Litauen reisen.

Bild: Caro

Umweg über die Ostsee weniger Anklang fand.

Präsident Medwedew hat nun weitere Visaerleichterungen für Fährpassagiere angekündigt. Ab sofort können diese sich bis zu drei Tagen ohne Visum in Rußland aufhalten. Bislang konnten nur Passagiere von Kreuzfahrtschiffen ohne das Dokument an Land gehen, um etwa St. Petersburg zu besichtigen. Jetzt trifft diese Regelung auch für Fahrgäste von Fähren zu.

Ostseekreuzfahrten erfreuen sich großer Beliebtheit. Das Kreuzfahrt-

gewerbe hat in St. Petersburg von Jahr zu Jahr an Gewicht gewonnen. Kurzbesuche an der Newa sind zu einem einträglichen Wirtschafts- und Imagefaktor für St. Petersburg geworden. 2008 brachten 320 Schiffe rund 400 000 Touristen in die zweitwichtigste Stadt Rußlands. Neben St. Petersburg ist auch Königsberg für Fährreedereien besonders interessant. Da es sich um nicht zur EU gehörende Häfen handelt, lassen sich dort vollwertige Duty-Free-Shops errichten.

Rußland hofft, mit der Visaerleichterung ein Handicap besei-

tigt zu haben, das die Reedereien häufig als Grund für die Einstellung regelmäßiger Fährverbindungen genannt hatten: Wegen der langwierigen und teuren Visumbeschaffung mußten Reisen über die Ostsee lange im voraus geplant werden. Spontane Reiseentscheidungen entfielen. 2005 stellte die Silja Linie bereits ihre Route von Rostock über Reval (Tallinn) nach St. Petersburg wieder ein, die Tallink sah von der Etablierung einer Dreiecksrouten Reval – St. Petersburg – Helsinki ab.

Von russischer Seite ist man an der Einführung einer visafreien Einreiseregulation interessiert. „Wir sind bereit, bereits heute die Visumpflicht abzuschaffen“, sagte Außenminister Sergej Lawrow gegenüber der Presse. Die Abschaffung der Visumpflicht sei ein Beweis dafür, „daß die Seiten an der Entwicklung der Beziehungen festhalten.“ Schon heute bestehe eine strategische Partnerschaft zwischen Rußland und der EU. Rußland sei mit dem gegenwärtigen Stand zufrieden, so der Minister.

Manuela Rosenthal-Kappi

## Buchpremiere in Cranz

Erste umfangreiche Nachkriegspublikation über die Kurische Nehrung auf Russisch

An der Schwelle zum neuen Jahr konnten sich die Königsberger mit einem ungewöhnlichen Buch über ein Kleinod des Königsberger Gebiets, die Kurische Nehrung, vertraut machen. An diesem Werk haben Spezialisten des Nationalparks sowie bekannte russische Wissenschaftler drei Jahre lang gearbeitet. Das nun fertiggestellte Opus erzählt die Geschichte der Nehrung, es beschreibt die Einzigartigkeit ihrer Flora und Fauna und beleuchtet sozial-kulturelle Fragen. Der Bildband enthält eine systematische Sammlung vieler Informationen, Archivmaterial und seltener historischer Zeichnungen und Fotografien.

Das Buch „Die Kurische Nehrung – eine Kulturlandschaft“ ist die erste umfangreiche Publikation über die Kurische Nehrung in russischer Sprache seit 1945. Es hat 432 Seiten, über 750 Illu-



Buchpräsentation: Auch die Jugend kam bei lustigen Spielchen auf ihre Kosten.

Bild: Tschernyschew

strationen und wiegt über 2,5 Kilogramm. An dem schwergewichtigen Produkt haben viele russische Wissenschaftler, Mitarbeiter des Nationalparks, ältere

Bewohner der Nehrung und Heimatkundler mitgewirkt. Wegen dieses Gemeinschaftscharakters wurde das Werk erst kürzlich beim Wettbewerb „Das beste

ökologische Projekt des Jahres“ zum Sieger erklärt.

Das Buch wurde bislang auf zwei Präsentationen vorgestellt. Die erste fand in Cranz statt, die zweite in Königsberg in der Kongreßhalle des Weltozeanmuseums. Überzeugte Kenner halten das Buch für eine gelungene Raritätensammlung. Es ist reich an Fotografien der wundervollen Landschaft dieses einzigartigen Fleckens der Natur. Die Bilder stammen von professionellen zeitgenössischen Fotografen. Während der Präsentation hatten die Besucher Gelegenheit, sich an einem Quiz über die Kurische Nehrung zu beteiligen. Der Preis war ein Exemplar des Buches. Andere übten sich in der Handwerkskunst der Wikinger.

Das Buch über die Kurische Nehrung ist in einer Auflage von 3000 Stück erschienen. Es soll in allen Bibliotheken des Königsberger Gebietes Aufnahme finden.

Am Präsentationsprogramm nahm auch das bekannte Ensemble „Camerata Sambia“ unter Leitung der russischen Künstlerin Swetlana Gribowska teil. Ein Glanzlicht der Veranstaltung war die Vorführung von Original-Kinofilmen über die Kurische Nehrung, die deutsche Filmemacher in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gedreht haben. Daneben wurden auch Filme zeitgenössischer russischer und litauischer Produzenten gezeigt. Während der Präsentation traten 30 Künstler auf, die über die Entstehung ihrer Arbeiten berichteten.

Viele Königsberger waren gekommen, um ihr Interesse an der ungewöhnlichen Buchedition zu bekunden. Sie hätten wohl auch gerne ein Exemplar mitgenommen, aber nur die Glücklichen, die erfolgreich am Quiz über die Kurische Nehrung teilgenommen hatten, bekamen danach eines.

Jurij Tschernyschew

## Dichtende Psychiaterin

Energisch und schnellen Schrittes wandert sie am Strand von Cranz entlang. Walentina Stein, Psychiaterin in Königsberg, wurde am 22. Dezember 91 Jahre alt. Walentina Stein ist schon seit fast 70 Jahren Ärztin, 65 davon arbeitete sie in der Psychiatrie. Trotz ihres hohen Alters ist sie immer noch berufstätig. Um 7 Uhr beginnt ihr Arbeitstag. Die Frau, die Seelen heilt, fühlt sich ihren Patienten verbunden. Walentina Stein ist Psychiaterin in der Frauenstation des Psychiatrischen Gebietskrankenhauses Nr. 1.

Wie sie von sich selbst erzählt, schloß sie 1940 am Medizinischen Institut in Charkow ihr Studium ab. Zur Psychiatrie fühlte Walentina Stein sich schon zu Schulzeiten hingezogen. Heimlich las sie den damals verbotenen Siegmund Freud und träumte davon, Psychiaterin zu werden. Doch ihre Eltern waren gegen Psychiatrie, deshalb wurde sie nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung zunächst Ärztin. In der Klinik begegnete sie zum ersten Mal psychisch Kranken. Es folgten die Jahre der Facharztausbildung. Die meiste Erfahrung sammelte Walentina an der Front, bei Kriegsende war sie in Insterburg. Während des Krieges eigneten Ärzte sich notgedrungen psychiatrische Kenntnisse an, da sie nicht nur körperliche, sondern auch seelische Verletzungen heilen mußten. Walentina kam ihr frühes Interesse für die Seelenheilung zugute. Nach dem Krieg arbeitete Walentina auf dem Gebiet der Psychiatrie in Charkow und



Walentina Stein Bild: Tschernyschew

Dnjeppretrowsk. Professor A. L. Epstein, ein bekannter russischer Psychiater, holte sie 1963 an das neu eröffnete Psychiatrische Krankenhaus Nr. 1 nach Königsberg, wo sie bis zum heutigen Tage arbeitet.

Walentina Steins Leben besteht jedoch nicht nur aus Arbeit. Sie hat drei Gedichtbände herausgegeben. In ihrem Gedicht „Kollege Arzt“, das während der Fernsehsendung vorgetragen wurde, heißt es: „Heilen bedeutet, mit Rat und Tat zu helfen, und nicht nachzudenken, ob es Tag oder Nacht ist oder was man dir dafür bezahlt.“

In Rußland beginnt das Rentenalter für Frauen mit 55. Es ist sehr ungewöhnlich, daß eine Frau in solch einem hohen Alter wie Walentina Stein noch arbeitet. Auf Nachfragen erklärte sie, daß ihre positive Lebenseinstellung und lange Spaziergänge am Meer sie fit halten.

J. T.

# »Botschafter aus Lyck für Lyck«

Kreisvertreter Gerd Bandilla bekam für sein Engagement den »Preis der Weißen Lilie« – Dankesrede auf Polnisch

**Gerd Bandilla, Lycks Kreisvertreter, hat den „Preis der Weißen Lilie“ erhalten. Jedes Jahr zeichnet die polnische Stadtverwaltung der Kreisstadt verdiente Personen auf diese Weise aus.**

Je einen Preis gibt es für Sportler, Sportmāzene, Kulturmāzene, Kulturschaffende, Unternehmer sowie sogenannte Botschafter von Lyck und nachahmenswerte Vorbilder. Darüber hinaus gibt es auch noch einen außerordentlichen speziellen Preis. In der Kategorie „Botschafter von Lyck“ werden Personen ausgezeichnet, die sich durch besondere Leistungen auf dem Gebiete der Förderung der Stadt Lyck außerhalb der Republik Polen verdient gemacht haben. Fünf Personen wurden dieses Jahr nominiert. Die Wahl fiel auf Lycks Kreisvertreter. Am 5. Dezember erhielt Gerd Bandilla den Preis aus den Händen des Stadtpräsidenten Tomasz Andrukiewicz.

Auf Polnisch führte der Geehrte in seinen anschließenden Dankes-

worten das Folgende aus: „... Es ist sehr angenehm, am Vorabend des Nikolaus-Tages eine Auszeichnung zu erhalten. Ich danke den Verantwortlichen sehr, die beschlossen haben, mich auf diese Weise zu ehren. Meine Damen und Herren, zu der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen gibt es keine Alternative. Und ich freue mich, daß ich an diesem Werk, wenn auch nur im geringen Maße, mitgewirkt habe. Ich bin 1934 in Mostolten, elf Kilometer von hier, geboren. Im Januar 1945 mußten wir unser Dorf verlassen. Erst im Jahre 1971 durften wir, nach dem Kniefall von Willy Brandt in Warschau, unsere Heimat besuchen. In den folgenden 17 Jahren war ich fünfmal in Lyck. Als wenn ich die politische Wende in Europa geahnt hätte, schrieb ich am 20. Juni 1989 an den damaligen Bürgermeister der Gemeinde Lyck-Land, Bernard Walenciej, einen Brief und fragte ihn, ob ich ihn einmal besuchen dürfte. Bernard, der hier im Saal ist und den ich herzlich begrüße, antwortete mir wie

folgt: „Ihren Brief habe ich erhalten. Wenn ich das richtig verstanden habe, möchten Sie sich während Ihres Aufenthaltes in Polen im September dieses Jahres mit mir tref-



**Geehrt für sein Bemühen um Lyck: G. Bandilla (l.) bekommt vom Stadtpräsidenten T. Andrukiewicz den Preis überreicht.** Bild: privat

fen. Der Herstellung eines Kontaktes mit Ihnen steht nichts entgegen. Ich erwarte Ihren Besuch.“

Das war der Anfang der offiziellen Begegnungen mit den polni-

schen lokalen Behörden. Bernard Walenciej war auch der erste, der im Jahre 1995 uns privat im Rheinland besucht hat. Im September 1989 haben wir bei der Familie Za-



**Geehrt für sein Bemühen um Lyck: G. Bandilla (l.) bekommt vom Stadtpräsidenten T. Andrukiewicz den Preis überreicht.** Bild: privat

bielski, die jetzt das Haus in Kalt-hagen bei Fließdorf besitzt, das bis 1945 meinen Schwiegereltern gehörte, im Fernsehen gesehen, wie an der ungarisch-österreichischen

Grenze der Stacheldraht zerschnitten wurde. Das war der Anfang vom Ende der kommunistischen Herrschaft. Nun bin ich das 96. Mal in Ostpreußen. Seit 1992 habe ich insgesamt 37 Omnibusfahrten nach Nikolaiken, ins Lega Inn und nach Lyck durchgeführt. In den Jahren von 1995 bis 2005 habe ich in allen zwölf früher evangelischen Kirchen des Kreises Lyck jeweils ökumenische Gottesdienste organisiert. Am 2. April 2002 haben wir mit dem Kreis Lyck eine ‚Vereinbarung über die Anknüpfung partnerschaftlicher Zusammenarbeit‘ unterschrieben. Diese ‚Vereinbarung‘ hat von polnischer Seite der damalige Landrat, mein Freund Janusz Nowakowski, unterzeichnet.

In unserer Patenstadt Hagen in Westfalen waren schon viele Lycker Offizielle zu Gast, unter anderem Vizelandrat Franczuk, Stadtpräsident Nowakowski, Bürgermeister Orłowski (Prostken), Landrat Puza, Vizestadtpräsident Wiloch und Frau Aneta Werla, Konservator

Zwyczynski, Landrat Pilat und Caritas-Direktor Kruczynski. Aber nicht nur Offizielle waren nach Hagen angereist, sondern auch Feuerwehrleute, Lehrer, junge Nachwuchs-Beamtinnen, Polizeibeamte und Berufsschüler.

Begegnungen zwischen Menschen sind sehr wichtig. Was haben wir sonst noch getan? Im Kreis Lyck wurden etwa 30 Soldatenfriedhöfe aus dem Ersten Weltkrieg instandgesetzt. Der Wasserturm in Lyck wurde renoviert und das Nebengebäude ausgebaut. Die Lazarus-Sozialstation wurde gegründet. Mindestens drei gebrauchte Feuerwehrfahrzeuge wurden von Hagen nach Lyck gebracht.

Die gemeinsamen Aufgaben, die uns, zumindest auf der lokalen Ebene, ein gutes Stück auf dem Wege zur Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen weitergebracht haben, sind noch nicht zu Ende. Ich verspreche, soweit es mein Alter und meine Gesundheit zulassen wird, auf diesem Wege weiterzumachen.“ PAZ

## Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist nun da, das Neue Jahr, mit vielen guten Wünschen versehen, die zu Weihnachten und Silvester ausgesprochen wurden. Oder geschrieben, gefaxt, gemailt. Und dafür möchte ich mich zuerst einmal bedanken, hier an dieser Stelle, denn sie gelten nicht nur mir, sondern unserer gesamten Ostpreußischen Familie. Auf daß sie weiter gedeihen und wachsen möge – letzteres naturbedingt nicht auf mich persönlich bezogen –, und wir viele Wünsche erfüllen und damit auch weitere Erfolge melden können. Aber dazu benötigen wir nun einmal viele Leserinnen und Leser, denn nur sie können ja weiterhelfen.

Leider mußte ich in persönlichen Gesprächen in letzter Zeit erfahren; daß einige unse-

rer Treuesten und stets Hilfsbereiten aus finanziellen Gründen unsere Zeitung nicht mehr halten können. Das ist betäublich, denn mit jedem Abbesteller verliert unsere Ostpreußische Familie auch einen möglichen Informanten, und jeder, aber auch jeder Leser ist wichtig, wenn man heute Aufklärungsarbeit leisten will. Nur gemeinsam können wir etwas bewirken. Das habe ich auch in unseren Gesprächen erklärt, und es haben sich dann doch einige entschlossen, trotz vorhandener Schwierigkeiten unsere Zeitung weiter zu beziehen. Dafür möchte ich mich bei den Betroffenen bedanken.

Aber es gibt auch andere Möglichkeiten, daß diejenigen, die jeden Cent umdrehen müssen, zu ständigen Lesern werden können: Das Patenschaftsabonnement! Wer es sich leisten kann und will, ein Abonnement zu spenden, schenkt einem Menschen, der seine Wurzeln in unserer Heimat hat, sehr viel, denn er findet sie ja in unserer Zeitung wieder. Und reihet sich mit ein in den Kreis unserer Ostpreußischen Familie, die neben den großen Suchwünschen und kleinen Fragen auch zwischenmenschliche Beziehungen ermöglicht. Unzählige Verbindungen sind schon so zustande gekommen, neue Freundschaften entstehen ständig, machen Alter und Einsamkeit erträglicher, bewirken aber auch Kontakte zwischen den Generationen. Denken Sie bitte daran, wenn Sie nun überlegen, ein Patenschaftsabonnement für einen von Ihnen gewählten Zeitraum zu

übernehmen. Ich würde mich über eine solche Spende sehr freuen!

So, das lag mir doch sehr am Herzen, weil ich mit diesem Problem in der letzten Zeit sehr oft konfrontiert wurde.

Viele Briefe habe ich zum Fest bekommen, die keinen konkreten Wunsch der Absender enthielten. Aber sich selber einen erfüllten, indem sie sich einmal aussprachen, ihr Leben schilderten, das von Flucht und Vertreibung, Irrungen und Wirrungen gezeichnet war. Oft sieben, acht Seiten lang und mit dem Fazit endend: So, das mußte einmal alles gesagt werden! Es tut schon gut, sich einmal alles von der Seele schreiben können, auch wenn es nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Sie haben auch mein

Weihnachtsfest bereichert – wie die weißen gehäkelten Engelchen, für die ich mich bei Ihnen, liebe Irmgard, bedanken möchte. Wenn sie als Schutzengel fungieren sollen, dann habe ich, nein, haben wir alle eine ganze Eskorte für den Gang durch dieses neue Jahr, na, das läßt doch hoffen! Viele der aufgeschriebenen Erinnerungen gehen zurück an eine weiße Weihnacht, wie Sie, liebe **Liesbeth St.**, diese in einem Gedicht schildern, das sie einmal in schwerster Zeit verfaßt haben. „Draußen liegt der Schnee so weiß ...“ Er liegt auch auf den estnischen Tannen, die **Anne Rekkaro** fotografiert und uns als Weihnachtsgruß gesandt hat, aber auch im Baltikum ist der Winter nicht mehr das, was er einmal war, denn kurz nach der Aufnahme war es mit der weißen Pracht vorbei.

Ja; unsere ostpreußischen Winter, wie wir sie in unserer Erinnerung gespeichert haben, die waren hart und schneereich. Und kalt, sehr kalt. „Im Winter, inne dollste Kält, kam abends spät ich auffe Welt. Es hädd gestiemt und hädd geforn“, heißt es in dem Poem von **Ernst Garder**, betitelt „Hanne, das Kind“. Der ostpreußische Dialekt-schreiber hat sie seiner Interpretin, der Schauspielerin **Marion Lindt** auf den Leib geschneidert, und die wurde als „Hanne Schneidereit“ über den Rundfunk damit bekannt und beliebt. Noch heute erinnern sich die ehemaligen Hörer des Reichssenders Königsberg an Marion Lindt, die bekannteste und wohl auch beliebteste Sprecherin, die sich in die Herzen ihrer Hörer „schabberte“, denn sie war eine echte Marjell, die den heimischen Dialekt so interpretierte, daß er

nicht billig oder aufgesetzt wirkte. Und sie ist, wie ihre Kultfigur „**Hanne Schneidereit**“, auch „in de dollste Kält“ zur Welt gekommen, nämlich am 12. Dezember 1908 in Königsberg. 100 wäre sie also jetzt – wenn sie noch lebte. Aber leider verstarb Marion Lindt schon mit 58 Jahren. Das hat Herr Dr. **Ulrich Heitger**, Chronist der deutschen Rundfunkgeschichte und speziell des Reichssenders Königsberg, nach langem und mühseligem Recherchieren herausgefunden. Ihn hatte es schon bei der Aufarbeitung der Urgeschichte des ostpreußischen Rundfunks gestört, daß die Vita der Marion Lindt so viele weiße Flecken aufwies. Die junge Schauspielerin, die nach ihrer Ausbildung am Königsberger Schauspielhaus früh zum Ostmarken-Rundfunk kam, dort vor allem in Jugend- und Kindersendungen zu hören war, sich dann mehr und mehr für die landestypische Unterhaltung qualifizierte, verschwiegte ihr Alter und schottete auch weitgehend ihr privates Leben ab. Sie wurde „die Marjell vom Dienst“

und gab der Symbolfigur ostpreußischer Sprache und Lebensart, der „Hanne Schneidereit“ ihre Stimme. Aber auch die pralle Figur, denn mit anderen Mitwirkenden des Königsberger Senders bereiste sie ganz Ostpreußen und begeisterte auf vielen „Bunten Abenden“ mit ihrer unbeschwerten Fröhlichkeit und der sicheren Beherrschtheit des ostpreußischen Dialekts in allen seinen Facetten ihr Publikum. Ihr weiches Gesicht mit dem breiten Lächeln zierte die Plakate der Bäderbahnen mit dem Slogan: „Mit den Mōwen an die See mit Samlandbahn und KCE“ (Königsberg-Cranzer-Eisenbahngesellschaft). Marion Lindt wurde also damals schon zu einer „Werbe-Ikone“.

Ich selber bin ihr oft in dem Sendegebäude am Hansaplatz begegnet, wir fanden aber wenig Zugang zueinander, da ich mich dem ostpreußischen Platt, der niederpreußischen Mundart, verschrieben hatte. Sie blieb beim „Missingsch“, also dem Hochdeutsch mit breiter Aussprache und möglichst vielen Dialektwörtern – das war eben ihr Metier. Das wurde nach dem Krieg

anders, als sie mich in meinem damaligen Wohnsitz in der Lüneburger Heide besuchte. Da war die verlassene Heimat das große Band, das uns zusammenhielt, auch auf späteren gemeinsamen Veranstaltungen. Aber auch da zeigte sich ihre Scheu vor der Preisgabe allzu persönlicher Fakten und Daten. Und als die Kulturabteilung der Landsmannschaft Ostpreußen vor etlichen Jahren Seminare über die Geschichte des Ostpreußischen Rundfunks veranstaltete, stellten wir fest, daß wir kaum konkrete Angaben zur Person Marion Lindt besaßen. Hieß sie wirklich so, oder war der Name ihr Pseudonym? War sie wirklich eine echte ostpreußische Marjell, die – wie die Kultfigur Hanne Schneidereit – „lieber im Stall mank de Hühner und Ferkels huckte als in die dammlige Schul zu gehen“?

Diese Rätsel hat Dr. Heitger gelöst. Er legt uns nun eine präzise Biographie der Schauspielerin vor, die nicht nur ihr amtlich bestätigtes Geburtsdatum enthält, sondern auch viel Unbekanntes aus ihrem

Leben vor und nach der Flucht. Und das wird viele ältere Leserinnen und Leser interessieren, denn sie blieb als Kultfigur des ostpreußischen Rundfunks unvergessen, wie ich immer wieder aus Anfragen an unsere Ostpreußische Familie feststellen kann. Daß sie ihr Alter ver-

schwiegen hat, ist für eine Mimin durchaus legitim. Geboren wurde sie am 12. Dezember 1908 – nicht auf einem einsamen Hof irgendwo in Ostpreußen, sondern in Königsberg als Tochter einer angesehenen Familie. Getauft als Marion Charlotte Lindt – der Name ist also kein Pseudonym. Es gab auch vonseiten der Familie keine Widerstände gegen den von ihr ersehnten Schauspielberuf. Schon während ihrer Ausbildung am Königsberger Schauspielhaus wurde ihre Begabung für das damals brandneue Medium „Rundfunk“ entdeckt: mit 19 Jahren stand sie vor dem Mikrofon, das ihr weiteres berufliches Leben bestimmen sollte. Den großen Durchbruch schaffte sie, wie



**Marion Lindt**

Bild: privat

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter [www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de)

Dr. Heitger schreibt, im Herbst 1934, als die Hauptprotagonisten des Reichssenders Königsberg das Sendegbiet bereisten. Die **Kapelle Erich Börschel** gehörte wie Marion Lindt zu den Gewinnern der Tournee. Auch außerhalb Ostpreußens wurde man auf sie aufmerksam: Sie durfte als erste Frau die Ansage des morgendlichen Frühkonzertes am Deutschlandsender übernehmen. Auf dem Höhepunkt ihrer Popularität widmete ihr eine Rundfunkzeitschrift ein großes Porträt: „Marion Lindt – das Lachende Leben“. Sie sei forsch und bestimmt, gleichwohl fraulich und anmutig – wie die ostpreußische Landschaft selbst. Ja, so schrieb man damals. In diese Phase der großen beruflichen Erfolge fiel leider auch ein Wermutstropfen: Ihre 1932 geschlossene Ehe mit dem Graphiker **O. W. Krüger**, von der sie auch nicht viel preisgab, wurde nach nur sechs Jahren geschieden. Die gemeinsame Tochter **Renate** blieb bei der Mutter und teilte mit ihr Freud und auch das Leid, das mit Flucht und Internierung in Dänemark die Nachkriegsjahre bestimmte.

Aber Marion Lindt verkörperte nicht nur eine ostpreußische Marjell, sie war auch eine echte Tochter ihrer geliebten Heimat. Wenn sie auch im Freundes- und Kollegenkreis „Marionette“ genannt wurde, so war sie alles andere als eine Gliederpuppe, sondern eigenständig, voller Ideen und Tatkraft. Aus dem dänischen Lager entlassen machte sie sich in Hamburg an die Arbeit, gab ein Büchlein „Lustige Schabbererei“ heraus, bald ein weiteres „Unsere Kinderchens“, – später auch ein Kochbuch, das noch heute sehr beliebt ist –, und arbeitete zeitweilig als Hörfunk-sprecherin beim NDR. Aber es gelang ihr nicht – wie damals übrigens auch mir – beim Rundfunk festen Fuß zu fassen. So wählte sie den direkten Weg zu ihren vertriebenen Landsleuten: auf vielen hundert kulturellen Veranstaltungen wirkte sie mit, kaum ein Heimattreffen in den 50er Jahren ohne Marion Lindt. „Mit ihrer Herzenswärme, gepaart mit Humor und Heimatliebe, machte sie unzähligen Menschen eine große Freude“, schreibt Dr. Heitger in seiner biographischen Abhandlung. Interessant ist, daß die Schauspielerin dann wieder zu ihrem eigentlichen Metier fand, zwar nicht auf der Bühne, sondern bei Film und Fernsehen, wo sie in einigen Vorabendserien mitwirkte. 1964 erhielt sie in einem Fernsehkrimi eine größere Rolle, stand gemeinsam mit be-

kannten Schauspielern wie Eva Pflug, Klaus Löwitsch und Hellmuth Lange vor der Kamera. Aber die sich anbahnende neue Karriere fand ein jähes Ende: Am 13. März 1966 verstarb sie nach einem Herzinfarkt in Hamburg.

Es ist gut, daß wir jetzt das – fast – vollständige Lebensbild einer Künstlerin haben, die aus der Geschichte des ostpreußischen Rundfunks nicht wegzudenken ist. Das nun dokumentierte Geburtsdatum der Schauspielerin, das man jetzt ruhig offen legen kann, ist ein guter Anlaß, darüber zu berichten. Dafür danken wir Herrn Dr. Ulrich Heitger sehr. Er wird auch weiter auf diesem Sektor tätig sein, und wir dürften noch so manchen interessanten Beitrag von ihm erwarten. Aufgrund seines Artikels zur Eröffnung des Danziger Senders, der im *Ostpreußenblatt* erschien, hat er einige Kontakte knüpfen können. So haben sich beispielsweise zwei Söhne von Musikern des Königsberger Rundfunkorchesters gemeldet und ihm wichtiges Informationsmaterial zur Verfügung gestellt. Was die kleine Einschränkung (fast) bedeutet? Wir haben noch immer nicht feststellen können, wann und wo der Schriftsteller Ernst Garder geboren wurde, wo und wie er lebte. Und ob er mit Marion Lindt verwandt war, wie angenommen wird. Er sei ihr Onkel gewesen – ist eine Version. Die von Lindt vorgetragenen Dialekt-Poeme hat Garder in zwei Büchern „Hanne Schneidereit“ und „Ostpreußischer Humor“ veröffentlicht. Als Verlagsorte werden Schloßberg/Pillkallen und Leipzig genannt. Wer besitzt diese Bücher oder kann über den geistigen Vater von Hanne Schneidereit etwas sagen? So ist wieder mal unsere Ostpreußische Familie gefragt.

Und die wird auch weiter gefordert werden, denn es warten schon neue Fragen und Wünsche, und vielleicht gibt es auch bald von einem „wundervollen“ Wiederfinden zu berichten. Aber das gebe ich erst preis, wenn es tatsächlich erfolgt ist. „Warscht lebe – warscht sehne“ – so lautet ein altes ostpreußisches Sprichwort. In leichter Abwandlung für unsere Ostpreußische Familie: „Warscht lese – warscht sehne!“ Was so viel bedeutet wie: Wenn du es lesen wirst, dann wirst du es erfahren! Und das ist doch ein guter Einstieg in das neue Jahr!

Eure

*Andreas Jorde*

# Wir gratulieren ...

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Ebert, Elisabeth**, geb. **Gollkowsky**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Lion-Feuchtwanger-Straße 33, 18435 Stralsund, am 10. Januar

**Matschulat, Helene**, geb. **Janzon**, aus Schillehnen an der Memel/Waldheide, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Lochnerstraße 12, 53844 Troisdorf, am 8. Januar

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Gollub, Hildegard**, geb. **Kraffzik**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Friedhorst, Haus 18/1, Rotdornallee 64, 28717 Bremen, am 11. Januar

**Gronau, Elfriede**, geb. **Vogel**, aus Großdertal, Kreis Wehlau, jetzt Manteuffelstraße 15, 12203 Berlin, am 6. Januar

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Brand, Hildegard**, aus Lyck, jetzt Vor dem Brückentor 4, 37269 Eschwege, am 6. Januar

**Schwalm, Martha**, geb. **Janzowski**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, jetzt Ahornstraße 1, 39291 Friedensau, am 7. Januar

**Wiese, Erna**, geb. **Rempel**, aus Wehlau, Gartenstraße, jetzt Heckenweg 6, 73730 Esslingen, am 6. Januar

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Haekel, Richard**, aus Gollen, Kreis Lyck, jetzt Rheinstraße 87, 76870 Kandel, am 10. Januar

**Schulz, Helmut**, aus Lyck, Bismarckstraße, jetzt Wilhelm-Raabe-Straße 12, 04416 Markkleeberg, am 8. Januar

**Weber, Ernst**, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, jetzt Neiberstraße 32339 Espelkamp, am 8. Januar

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Althoff, Wilhelm**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Jahnstraße 14, 32602 Vlotho, am 6. Januar

**Daum, Karla**, aus Ortelsburg-Brauerei, jetzt Lindenthaler Allee 20, 14120 Berlin, am 2. Januar

**Lange, Hedwig**, geb. **Eckert**, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, jetzt Wildunger

Straße 2, 35114 Haina-Löhlbach, am 8. Januar

**Sarg, Helene**, geb. **Wielgoss**, aus Neu-Ukta, Kreis Johannisburg, jetzt Burghof 1, „Haus Elisabeth“, 39218 Schönebeck, am 5. Januar

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Beschmidt, Lieselotte**, geb. **Trojan**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, jetzt Blumenauer Weg 46, 27578 Bremerhaven, am 5. Januar

**Jonas, Anna**, geb. **Goldack**, aus Rainfeld, Kreis Lötzen, jetzt Holzmindener Straße 26 b, 12347 Berlin, am 6. Januar

**Jung, Bringfriede**, geb. **Peglow**, aus Neidenburg und Lötzen, jetzt Bahnhofstraße 33 b, Apt. 512, 74864 Fahrenbach, am 5. Januar

**Thiele-Klaiber, Gabriele**, geb. **Tetzlaff**, aus Lötzen, jetzt Lettengasse 5, 79379 Müllheim, am 2. Januar

**Warda, Erna**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 1, 03149 Trebendorf, am 9. Januar

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Bahlo, Gertraud**, geb. **Sewzik**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Heinrich-Heine-Straße 52, 28211 Bremen, am 9. Januar

**Christoph, Gertrud**, geb. **Szbang**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, jetzt Ölbachweg 9, 58455 Witten, am 8. Januar

**Kasperek, Ottilie Eva**, geb. **Kosik**, verw. **Ukat**, aus Rettkau, Kreis Neidenburg und Neufleiß, Kreis Ortelsburg, jetzt Kieffhorn 1, Senioren-Wohnheim, 22049 Hamburg, am 4. Januar

**Trautmann, Marta**, geb. **Kerwel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Wacholderweg 14, 27412 Wilstedt, am 7. Januar

**Warda, Gertrud**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Beethovenstraße 52, 53773 Hennef, am 9. Januar

**Weißfuß, Herbert**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, jetzt Birkenweg 22, 30952 Ronnenberg, am 10. Januar

**Warda, Gertrud**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Beethovenstraße 52, 53773 Hennef, am 9. Januar

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Becker, Ella**, geb. **Erdt**, aus Monken, Kreis Lyck, jetzt Bockhorst 66, 22589 Hamburg, am 6. Januar

**Krause, Frieda**, geb. **Rehfeld**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, jetzt Mautner Straße 250,

84489 Burghausen, am 9. Januar

**Sagorski, Hilde**, geb. **Broszio**, aus Rodenau, Kreis Lötzen, jetzt Gleiwitzer Straße 49, 56566 Neuwied-Block, am 6. Januar

**Stöss, Gertraud**, geb. **Riemann**, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, jetzt Schellenbergstraße 3, 87534 Oberstaufen, am 6. Januar

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Granholm, Adolf**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 47, jetzt Gartenstraße 83, 15370 Petershagen, am 10. Januar

**Kaninke, Ernst**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Hüttenstraße 47, 66787 Wadgassen, am 11. Januar

**Klein, Kurt**, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Dotzheimer Straße 155, 65197 Wiesbaden, am 8. Januar

**Kronert, Hilde**, geb. **Dziabel**, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Gerstenkamp 6, 48341 Altenberge, am 5. Januar

**Skubich, Erna**, geb. **Zwierkowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Körnerstraße 34, 27576 Bremerhaven, am 7. Januar

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Gerhardi, Trauta**, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Wallstraße 39, 23560 Lübeck, am 10. Januar

**Graubner, Edith**, geb. **Ewerlin**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt C.-Mieren-dorff-Straße 48, 34132 Kassel, am 10. Januar

**Hass, Gertrud**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Friedrichstraße 28, 44581 Castrop-Rauxel, am 4. Januar

**Hauser, Ruth**, geb. **Mörchel**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Gerhart-Hauptmann-Straße 7, 50126 Bergheim, am 11. Januar

**Kempchen, Lisbeth**, geb. **Taubert**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, jetzt Goebenstraße 23, 45476 Mülheim, am 2. Januar

**Kurth, Gertrude**, geb. **Göhlke**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Blumenstraße 45, 16816 Neuruppin, am 8. Januar

**Murr, Edith**, aus Lyck, jetzt Richthofenstraße 17/V, 79100 Freiburg, am 11. Januar

**Nachtweyh, Waltraud**, geb. **Zyewitz**, aus Neidenburg, Kardinalstraße, jetzt Ilsenburger Straße 62, 38667 Bad Harzburg, am 11. Januar

**Ohse, Magdalene**, geb. **Rogasch**, aus Heinrichswalde,

## Advents- und Weihnachtsberichte

Alle Jahre wieder kommen unsere Leser überall in Stadt und Land zusammen, um die adventliche und vorweihnachtliche Zeit festlich zu begehen.

Bei den vielen Berichten, die uns über die heimlichen Feiern erreichen, ist es uns auch in diesem Jahr nicht möglich, die Beiträge über die Weihnachtsfeiern zu veröffentlichen. Wir bitten unsere Mitarbeiter und unsere Leser dafür um Verständnis. Aus der Fülle der Einsendungen geht hervor, daß unser ostpreußisches Brauchtum bei allen Feiern nach wie vor gepflegt wird. In den Gedanken, die in diesen Stunden nach Hause wandern, tauchen Sternsinger, Schimmelreiter und Umzüge mit dem Brummtopf auf.

Gemeinsam gesungene Advents- und Weihnachtslieder, Lesungen und Gedichte ostpreußischer Dichter und Schriftsteller bringen heimliche Atmosphäre in die von den Frauen der Gruppen festlich geschmückten Räume und Säle.

Im Schein der Kerzen sitzen unsere Landsleute bei Kaffee und Mohnstriezel oder Fladen, Pfeffernüssen und selbstgebackenem Marzipan beisammen, lauschen dem Chorgesang oder zarter Flötenmusik und erfreuen sich an Weihnachtsspielen, die von Jugendlichen und Jugendgruppen gleichermaßen dargeboten werden. Häufig kommt auch „Knecht Ruprecht“ oder der „Nikolaus“ und bedenkt die Kinder mit bunten Tüten voller Gebäck und Süßigkeiten.

Kreis Elchniederung, jetzt Karl-Marx-Straße 7, 99768 Ilfeld, am 6. Januar

**Schmidt, Gertrud**, geb. **Knorr**, aus Sanditten und Pelohnen Dorf, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 44, 25938 Oevenum, am 7. Januar

**Schneider, Johanna**, geb. **Ulrich**, aus Wehlau, Kirchenstraße, jetzt Danziger Straße 2, 21255 Tostedt, am 6. Januar

**Stiller, Gerhard**, aus Kreis Ortelsburg, jetzt Schnatweg 33378 Rheda-Wiedenbrück, am 8. Januar

**Wittig, Maria**, geb. **Waschulewski**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Birkenstraße 5, 52531 Übach-Palenberg, am 10. Januar

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Bächle, Else**, geb. **Jüngst**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Talstraße 67, 79650 Schopfheim, am 5. Januar

**Burtz, Christel**, geb. **Bahl**, aus Wisswatten, Kreis Lötzen, jetzt Winkelstraße 5, 32257 Bünde, am 4. Januar

**Christiansen, Kunigunde**, geb. **Galda**, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Osterstraße 103, 25704 Meldorf, am 10. Januar

**Czycholl, Friedrich**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Waldenburger Weg 9, 57076 Siegen, am 5. Januar

**Fleischer, Inge**, geb. **Marr**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, jetzt Am Teich 62, 98639 Rippershausen, am 8. Januar

**Fortak, Margarete**, geb. **van Dyck**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Remontehof 5 a, 16767 Leegebruch, am 1. Januar

**Gambalat, Elsbeth**, geb. **Krause**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Am Knapp 4, 35066 Frankenberg, am 5. Januar

**Glitz, Ewald**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, jetzt Am Strauch 74, 40723 Hilden, am 3. Januar

**Gruler, Hildegard**, geb. **Balze-reit**, aus Gauleden und Linkehnen, Kreis Wehlau, jetzt Karpfenstraße 18, 78554 Aldingen, am 6. Januar

**Hüttmann, Christel**, geb. **Mal-so**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, jetzt Finkenweg 27, 21502 Geesthacht, am 9. Januar

**Kegel, Dorothea**, geb. **Petroschkat**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt August-Bebel-Allee 4 B, 23992 Neukloster, am 8. Januar

**Kossak, Paul**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, jetzt An der Trift 1 A, 32609 Hüllhorst, am 7. Januar

**Kukielka, Friedrich**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Goethestraße 12, 66271 Kleinblittersdorf, am 10. Januar

**Lauts, Johann-Friedrich**, aus Lyck, jetzt Grabenstraße 10, 58642 Iserlohn, am 11. Januar

**Maier, Martha**, aus Sanditten und Götzendorf, Kreis Wehlau, jetzt Stollenweg 12, 30453 Hannover, am 8. Januar

**Malkus, Siegfried-Gerhard**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Querstraße 15, 72461 Albstadt, am 4. Januar

**Merzenich, Gretel**, aus Wilken-dorf, Kreis Wehlau, jetzt Bickernstraße 24, 44649 Herne, am 9. Januar

**Mosel, Ernst**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, jetzt Finkenweg 10, 40699 Erkrath, am 2. Januar

**Neubert, Helmut**, aus Wehlau, Augker Straße, jetzt Friedewaldstraße 8, 01445 Radebeul, am 11. Januar

**Petersen, Irmgard**, geb. **Joswig**, aus Lyck, jetzt Christian-Albrecht-Jensen-Weg 1, 25821 Bredstedt, am 7. Januar

**Piasta, Eva**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Auf dem Rotlauf 17, 35781 Weilburg, am 6. Januar

**Pock, Ruth von**, aus Malshöfen,

Kreis Neidenburg, jetzt Hägenerstraße 35, 42855 Remscheid, am 8. Januar

**Podszuweit, Anneliese**, geb. **Kindler**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Hermelinweg 24, 12623 Berlin, am 7. Januar

**Sitzki, Artur**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, jetzt An der Sandgrube 6, 32469 Petershagen, am 8. Januar

**Scheel, Doris**, geb. **Hobucher**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Reeseberg 92, 21079 Hamburg, am 11. Januar

Wohlfahrts-  
marken

www.wohlfahrtsmarken.de

**Stein, Brunhilde**, geb. **Tamkus**, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, jetzt An der Kirche 12, 23779 Neukirchen bei Oldenburg, am 8. Januar

**Stenzel, Ruth**, geb. **Gorny**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, jetzt Haidekamp 42, 45886 Gelsenkirchen, am 10. Januar

**Waschkewitz, Ruth**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Kiesstraße 88, 64287 Darmstadt, am 7. Januar

**Witt, Helmut**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt 1324 School Lane, Cornells Height/PA 19020, USA, am 7. Januar

**Wolff, Edith**, geb. **Patommel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Berliner Allee 134, 13088 Berlin, am 10. Januar

**Wüstholtz, Christel**, geb. **Balze-reit**, aus Gauleden und Linkehnen, Kreis Wehlau, jetzt Karpfenstraße 18, 78554 Aldingen, am 6. Januar

**Zobel, Horst**, aus Pilgramsaue, Kreis Neidenburg, jetzt Strietkamp 23, 24576 Bad Bramstedt, am 9. Januar

## Ostpreußisches Landesmuseum

**Lüneburg** – Einen Vortrag: „Bismarck und die Jagd“ hält Günter G. A. Marklein am Mittwoch, dem 14. Januar 2009, um 19.30 Uhr, im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, Lüneburg. Der Eintritt beträgt: 3 Euro (ermäßigt: 2 Euro). Otto von Bismarck, preußischer Ministerpräsident und der erste Kanzler des geeinten Deutschen Reiches, war ein großer Naturfreund. Auf dem Lande aufgewachsen, spielten der Rhythmus der Jahreszeiten und alle damit verbundenen Vorgänge in der Natur eine besondere Rolle in seinem Leben. Er fühlte sich stets für die Hege des Wildes auf seinen Gütern verantwortlich, war aber auch ein begeisterter Jäger. Seine Zeitgenossen schildern ihn als sicheren Schützen, der überall willkommen war, wo man sich der Jagd widmete. Vom Auerehahn bis zur Großtrappe, vom Rehbock bis zum Elch, Gamsen im Revier des österreichischen Kaisers, Hirsche in Fontainebleau, Bären als Aufmerksamkeit des russischen Zaren oder Keiler im Revier des preußischen Königs – Bismarcks Jagdglück war legendär und diente oft der Diplomatie zwischen den europäischen Mächten.

Günter G. A. Marklein, Leiter des Bismarck-Museums der Getreuen von Jever, schildert mit zahlreichen Selbstzeugnissen, Anekdoten und Berichten ein facettenreiches Bild des reichen Jägerlebens Otto von Bismarcks.

## VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

### Jahr 2009

**7. / 8. März:** Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

**24. bis 26. April:** Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

**16. / 17. Mai:** Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen

**25. Juli:** Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

**25. bis 27. September:** Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

**25. bis 27. September:** 7. Kommunalpolitischer Kongreß.

**12. bis 18. Oktober:** Werkwoche in Bad Pyrmont

**2. bis 6. November:** Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

**7. / 8. November:** Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Auskünfte erteilt die *Landsmannschaft Ostpreußen, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Telefon (040) 41400826. Auf einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.*

## Ausstellung in der litauischen Botschaft

**Berlin** – Die Ausstellung mit dem Titel: „Das vergessene Kurische Haff“ wird noch bis zum 28. Januar 2009 in der Botschaft der Republik Litauen, Charitéstraße 9, 10117 Berlin, gezeigt. Öffnungszeiten sind jeweils Dienstag und Donnerstag von 14 bis 16 Uhr. Es werden unter anderem historische Fotos, Zeichnungen, Maleien, Schiffsmodelle und Kurenwimpel ausgestellt. Ziel der Ausstellung ist es, die historischen Entwicklungen und geographischen Besonderheiten der Ostseeräiner aufzuzeigen und an den gemeinsamen regionalen Charakter und die Verbindungen untereinander, so bereits in der Bronzezeit und der Wikingerzeit, zu erinnern. Die gemeinsame Geschichte und gemeinsame Charakter werden zudem in einer rückblickenden Ausstellung mit Fotos, Zeichnungen und Gemälden aus dem beginnenden 20. Jahrhundert in Erinnerung gebracht.

Ein weiterer Teil der Ausstellung beinhaltet neuere, vom Geist des Kurischen Haffs inspirierte Zeichnungen, Aquarelle und Gemälde von Albertas Krajiniskas und Jūratė Bučmytė als wichtiges Merkmal der Ethnokultur und Natur der Gegenwart in dieser wunderschönen Region.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT  
LANDESGRUPPEN

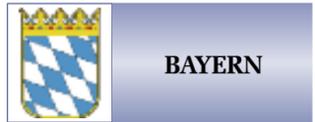


**BADEN-  
WÜRTTEMBERG**

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

verabschiedete sich mit dem Wunsch, sich in zwölf Monaten wieder zum Grützwurstessen zu sehen.

**Stuttgart** – Dienstag, 13. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Schloßstraße 92. Zusammen mit der Frauengruppe, Uta Lüttich und Magda Bessel geht es um „Winterzeit hier und daheim – Lieder, Gedichte und Geschichten“. Bitte Kuchen mitbringen.



**BAYERN**

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

**Hof** – Sonnabend, 10. Januar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung ohne Neuwahlen im Restaurant am Kuhbogen. Bernd Hüttner hält einen Diavortrag über Israel.

**Landshut** – Dienstag, 13. Januar, 12 Uhr, Neujahrssessen im Hotel Goldene Sonne.

**München Nord/Süd** – Sonnabend, 10. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Dr. Marianne Kopp hält einen Vortrag: „Ännchen von Tharau – ein Mädchen und ein Lied“. Zu Beginn findet eine gemeinsame Kaffeetafel statt. – Freitag, 16. Januar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

**Nürnberg** – Freitag, 9. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu“ gegenüber dem Opernhaus. Es gibt einen Vortrag: „Hinauf zur Ostpreußenhütte bei Werfen in Österreich – ein Wanderbericht“.



**BERLIN**

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



**Rastenburg** – Sonntag, 4. Januar, 15 Uhr, „Stammhaus“, Rohrdamm 24, 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sonntag, Telefon (033232) 21012.



**Frauengruppe der LO** – Mittwoch, 14. Januar, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10953 Berlin. Rechenschafts- und Kassenbericht, Gedichte zum Jahreswechsel. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



**HAMBURG**

Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Nordstedt, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPEN

**Heiligenbeil** – Vom 25. April bis 2. Mai 2009 fährt die Gruppe in die Heimat, in den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. Geplant sind fünf Übernachtungen in Königsberg, zwei Zwischenübernachtungen im südlichen Teil des Kreises. Auch wenn Sie nicht aus dem Kreis Heiligenbeil stammen: Es gibt die Möglichkeit, an zwei Tagen, Ihren Heimatort zu besuchen. Interessenten melden sich bis zum 10. Januar 2009, bei K. Wien, Telefon (040) 30067092, ab 18 Uhr.

**Sensburg** – Sonntag, 18. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

**Billstedt** – Dienstag, 6. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.



**HESSEN**

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

**Darmstadt** – Auf der letzten Zusammenkunft würdigte Dieter Leitner, nach der Kaffeetafel und der Begrüßung durch die Vorsitzenden, den mit 80 Jahren verstorbenen Gerhard Lettmann. Er war ein Danziger aus der Altstadt und bis zuletzt seiner Heimat und der Ortsstelle treu verbunden. Erst 1958 konnte er mit

seiner Frau aus Danzig ausreisen. Stehend gedachte man seiner in einer Gedenkminute. Gerhard Schröder las zum Volkstrauertag ein Gedicht von Käthe Seehawer „Nun kommt die Zeit, der Töten zu gedenken“ und berichtete über die aktuelle Kriegsgräberfürsorge in Ostpreußen. Besinnliche Worte sprach Gerhard Turowski. Anni Oest begrüßte mit „Goldener Herbst“ alle, die Geburtstag hatten. Erwin Balduhn brachte in heimatlicher Mundart mit dem „Ostpreußischen Erlkönig“ eine heitere Note in diesen Nachmittags. Dieter Leitner ließ die Geschichte der Danziger Vereine in Darmstadt aus 75 Jahren Revue passieren. Anfang der 30er Jahre kamen viele Danziger nach Südhessen, um dort Arbeit zu finden. Bald gründeten sie den „Danziger Heimatverein“. Aus dem Jahr 1933 stammt die große Danziger Fahne, die Frauen des Heimatvereins genäht hatten und die an diesem Tag den Saal wohl zum letztenmal schmückte. Sie soll ihren Platz im Museum Haus Hansestadt Danzig in Lübeck finden. Zur Gründung der Ortsstelle Darmstadt im Bund der Danziger wurde sie 1948 der neuen Vereinigung übergeben. Leitner erinnerte an die Gründungsversammlung, an der er auch teilnahm, und an Horst Jantzon (1923–2006), der die Ortsstelle 25 Jahre leitete. Er wurde unter anderem mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet und 2003 zum Ehrenmitglied ernannt. Schon bevor die Auflösung des Bundes bekannt wurde, hatte die Darmstädter Ortsstelle beschlossen, zum Jahreswechsel auch formal mit den Ostpreußen zusammenzugehen. Seit fast zehn Jahre besteht mit der Ostpreußengruppe eine freundschaftliche Verbundenheit, und man trifft sich gemeinsam zu den Veranstaltungen. Abschließend berichtete der Vorsitzende über die Regularien des Zusammenschlusses der beiden Heimatzeitleuten „Unser Danzig“ und „Der Westpreuße“. Die neue Vereinigung der beiden Verbände wird ab dem 1. Januar 2009 „Landsmannschaft Danzig-Westpreußen“ heißen.

**Frankfurt am Main** – Zum Gänsebratenessen trafen sich die Mitglieder der Gruppe schon zeitig zur Mittagszeit. Es wurde ausführlich über den Tagesausflug vom 31. Oktober in das herbstliche Spessart gesprochen und der Wunsch nach weiteren Ausflügen geäußert. Das Hauptthema des Nachmittags bildeten die Gedenktage des Novembers, die Totenrechnung und der darauf folgende Gedankenaustausch über vergangene schwere Zeiten mit der Trauer über verlorene Familienangehörige. Der besinnliche Teil wurde abgeschlossen mit dem Vortrag der Vorsitzenden Gerlinde Groß „Gedanken im November“. Es folgte der hei-

tere Teil durch die humorigen Geschichten aus dem Memelland, Masuren und anderen ostpreußischen Landschaften. Gekonnt vorgetragen wurde dieses vom Ehepaar Aschenbrenner. Eine lebhaft Diskussions, an der sich alle Anwesenden beteiligten, schloß sich an. – Im Mittelpunkt der letzten Zusammenkunft stand der Jahresrückblick. Die Vorsitzende Gerlinde Groß gab zu bedenken, daß die Landsmannschaften heimatliche Anlaufpunkte sind. Die Aufgabe des Vorstandes sollte satzungsgemäß sein, indem das Hauptaugenmerk auf den politischen, sozialen und den kulturellen Fragen der ostdeutschen Volksgruppe liegt. Gerade hier ist die Generation gefragt, die heute in den verdienten Ruhestand geht und noch in den Heimatgebieten geboren wurde. Im Zusammenwachsen mit den östlichen Nachbarn darf das Nennen der historischen Tatsachen und gemachten Erfahrungen nicht ausgegrenzt werden. Die weißen Flecken der Unwissenheit lassen sich ausfüllen. Der Verein soll Traditionen pflegen und Wissen transportieren – für die nachfolgenden Generationen. Für das Neue Jahr schloß Gerlinde Groß mit einem Zitat des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußens, Wilhelm v. Gottberg: „Es kommt nicht darauf an, woher der Wind weht, sondern nur, wie man die Segel setzt.“



**NIEDERSACHSEN**

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

**Braunschweig** – Mittwoch, 28. Januar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant. Es ist noch die Zeit des Karnevals, da will man auch vernügt sein. Heitere Beiträge sind erbeten.

**Delmenhorst** – Dienstag, 6. Januar, 15 Uhr, Treffen der Männergruppe in der ostdeutschen Kulturstube. – Dienstag, 6. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe erstmalig im Restaurant Deus. – Mittwoch, 21. Januar, veranstaltet die Männergruppe ein Kohl- und Pinkelessen im „Zum Burggrafen“. Anmeldungen bei Georg Jakubeit, Telefon 17618.

**Helmstedt** – Donnerstag, 8. Ja-

nuar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. – Die Gruppe feierte den 60. Jahrestag ihrer Gründung unter dem Motto „Erbe und Auftrag“. Die herzliche Begrüßung erfolgte durch die Vorsitzende Helga Anders, die auch das gesamte Rahmenprogramm im Griff hatte. Nach einem Vortrag über die Geschichte der Ost- und Westpreußen durch Fritz Folger folgten weitere Ansprachen der Ehrengäste. Zum Beispiel von Bürgermeister Eisermann, der spontan eine „Heimatreise“ versprach; vom Pfarrer i. R. Herrn Büscher, der eine flammende Rede hielt, und Rolf Reinemann, der über das Anliegen der Gruppe sprach. Alle Reden wurden mit großem Beifall belohnt. Das fröhliche Beisammensein wurde mit einem festlichen Mittagessen und späteren Kaffeegedeck gekrönt. Zwischenzeitlich erheiterte Lm. Pauluhn mit Texten in ostpreußischer Mundart, und es wurde herzlich gelacht. Zahlreiche Urkunden wurden an Ehrenmitglieder durch Lm. Folger überreicht. Als ältestes Mitglied präsentierte die junggebliebene Lisbeth Bobert eine Auflistung der Ereignisse in der Gruppe. Musikalisch umrahmte Brigitte Baumgarten die Festveranstaltung, und alle sangen aus fröhlichen Herzen mit.

**Osnabrück** – Dienstag, 13. Januar, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis. – Freitag, 16. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



**NORDRHEIN-  
WESTFALEN**

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

**Bielefeld** – Montag, 5. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 8. Januar, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

**Düren** – Freitag, 16. Januar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube.

**Haltern** – Sonntag, 18. Januar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im „Kolpingtreff“. Als Abendessen sind Gänsekeulen vorgesehen. Bitte tragen Sie sich in der Teilnehmerliste ein, oder melden

Landsmannschaftl. Arbeit  
Fortsetzung auf Seite 17

FRIELING-VERLAG BERLIN: PERSÖNLICHE BETREUUNG, KOMPETENZ UND QUALITÄT

**Machen Sie Ihre Erinnerungen zu einem wertvollen Zeitzeugnis!**

In Form einer Autobiografie erhalten diese einen bleibenden Wert für nachfolgende Generationen.

Schicken Sie uns Ihre Lebensgeschichte!

FORDERN SIE UNVERBINDLICH GRATIS-INFORMATIONEN AN:  
Frieling-Verlag Berlin • 12161 Berlin • Rheinstr. 46 o • Tel. (0 30) 766 99 90  
E-Mail: lektorat@frieling.de • www.frieling.de

Ihren 90. Geburtstag feiert am 8. Januar 2009

**Hedwig Weng**  
geb. Masermann  
aus Heinrikau, Kr. Braunsberg  
jetzt Böckingwiese 4  
48324 Sendenhorst

Es gratulieren von Herzen die Kinder und Enkelkinder

**Ostpreußenreisen**  
Königsberg, Memel, Masuren, Danzig, Kr. Ebenrode  
Tel. 0202 500077, Fax 506146  
www.scheer-reisen.de, info@scheer-reisen.de

„Pension Hubertus“  
Nähe Sensburg – neu nach westlichem Standard gebaut – alle Zimmer mit DU/WC, Telefon, TV, Radio; Sauna im Haus; sehr persönliche deutschsprachige Betreuung, gerne kostenlose Information: 0 41 32 / 80 86 • Fax: 80 66

**Urlaub/Reisen**

**BALTIKUM**  
Estland • Lettland • Litauen  
St. Petersburg & Königsberg  
Farbkatalog: Tel. 040/380 20 60  
www.baltikum24.de

Königsberg • Masuren  
Danzig • Kurische Nehrung  
DNV-Tours • Tel. 07154/131830

**KINDER SIND UNSCHLAGBAR!**

Jedes 5. Kind in Deutschland ist Opfer von Gewalt. Halten Sie uns, Kindern eine gewaltfreie Zukunft zu ermöglichen.

Prof. Dr. Roman Hennig  
Jochen Christmann  
Dr. Maria Fankelberg

Bündnis für Kinder: Gegen Gewalt.

www.bundnis-fuer-kinder.de

**Schreiben Sie?**

**Wir veröffentlichen Ihr Manuskript!**

Seit 1977 publizieren wir mit Erfolg Bücher von noch unbekanntem Autoren. Kurze Beiträge passen vielleicht in unsere hochwertigen Anthologien. Wir prüfen Ihr Manuskript schnell, kostenlos und unverbindlich.

**edition fischer**  
Orber Str. 30 • Fach 71 • 60386 Frankfurt  
Tel. 069/941 942-0 • Fax -98 / -99  
www.verlage.net  
E-Mail: lektorat@edition-fischer.com

**Tilsit**

Wir wünschen allen Tilsitern ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2009.

**Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.**

Ulrich Depkat 1. Vorsitzender  
Hans Dzieran 2. Vorsitzender

**PAZ wirkt!**

Telefon (0 40) 41 40 08 41

www.preussische-allgemeine.de

## AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



### ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Telefon (02225) 700418, Fax (02225) 946158, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen

**Der Allensteiner Heimatbrief** ist wie das Jahrestreffen in Gelsenkirchen eine Säule der Stadtgemeinschaft. Das rechtzeitige Erscheinen des Dezemberheftes, immerhin die Nummer 246, war wieder ein willkommenes Weihnachtsgeschenk für alle Allensteiner in den Bundesländern und in vielen Teilen der Welt. Auch in Amerika und im fernen Australien bleibt so die Verbindung mit der Heimat lebendig. Farbige Bilder von der Garnisonkirche, dem kreuztragenden Heiland und dem Titelblatt der Chronik des Marien-Hospitals auf den Umschlagseiten erfreuen

ten ebenso wie der Bericht und die vielen Fotos vom letzten Jahrestreffen. In Erinnerung gerufen wurden auch „Die alten Kirchen und Kapellen in Allenstein“ mit einem Auszug aus dem „Allensteiner Volksblatt“ vom Januar 1932 und „Der Verschönerungsverein“ mit einem Artikel von Dr. Ernst Vogelsang, der auch an Hansheinrich Trunz, den vielseitig begabten und engagierten Diplomlandwirt, erinnerte. Weihnachtliche Geschichten von Eva M. Sirowatka, Heinrich Böll, Arno Surminski und Pfarrer Wolfgang Finger sowie ein Weihnachtsgedicht von Ernst Jahnke berei-



cherten den Heimatbrief wie auch aktuelle Berichte aus Allenstein. Gedenken an Geburtstage und Verstorbene fehlten ebenso wenig wie die

mung wurde genutzt, um an diesem Nachmittag dieses Ereignis würdig zu begehen. Über 100 Gäste hatten sich im geschmückten Raum eingefunden. Musiklehrerin Füssel gestaltete mit einigen Kindern und Jugendlichen ein festliches Programm. Sologesang und Instrumentensolos wurden meisterhaft dargeboten und bildeten einen schönen Übergang zur Kaffeetafel. Nach der Pause hielt Kurt Weihe eine kurze Festrede zum 15jährigen Bestehen der Gruppe. Er erinnerte an die Zeit von 15 Jahren, als einige wenige Landsleute sich zusammenfanden, um die Gruppe zu gründen. Es mangelte an Erfahrungen, aber es dauerte nicht lange bis eine arbeitsfähige Gruppe entstand, die bis heute Bestand hat. Anschließend ehrte Kurt Weihe die Landsleute, die 1993 diese Kreisgruppe unter seiner Leitung gründeten. Dies waren: Horst Braczko, Hildegard Bohn, Wanda Gitzel und das Ehepaar Elli und Kurt Springwald. Alle sind heute noch im Vorstand aktiv. Nachfolgend wurden Landsleute nach vorn gebeten, die sich um das Vereinsleben verdient gemacht haben. So bei der Durchführung und Gestaltung der Heimatnachmittage als auch anderweitig. Auch sie wurden geehrt. Kurt Weihe dankte allen für ihre Mitarbeit und Treue.



### SCHLESWIG- HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelmstr. 47/49, 24103 Kiel.

**Bad Oldesloe** – Donnerstag, 15. Januar, Treffen der Gruppe zur ersten Zusammenkunft 2009.

**Kiel** – Donnerstag, 15. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat. Dr. W. T. Rix referiert: „Das Brandenburger Tor in der deutschen Geschichte.“ – Sonnabend, 17. Januar, 15 Uhr, Treffen der Aussiedler im Haus der Heimat.

**Neumünster** – Mittwoch, 14. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Horst Lessing hält einen Diavortrag: „Ein Besuch im Memelland zur Sowjetzeit im Frühjahr 1989“.

Namen der Spender, die den Heimatbrief und den Bestand der Stadtgemeinschaft erst ermöglichen. Es bleibt zu hoffen, daß jetzt der ein oder andere Leser hinzukommt.



### FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltkamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

**Eine schönes und heimatliches Geschenk** – Wer noch ein schönes, kleines und gar heimatliches Geschenk für Verwandte und Freunde erwerben möchte, der sollte den Ostpreußenkalender 2009 des Heimatkreises Königsberg-Land bestellen. Entweder bei C. Mückenberger, Telefon (0571) 46297, oder G. Broschei, Telefon (02161) 895677, für 12 Euro inklusive Porto. Dieser Kalender zeichnet sich dadurch aus, daß er nicht, wie viele andere, Ostpreußen aus dem Blickwinkel der Fotografen wiedergibt, sondern aus der Sicht und dem Empfinden von Künstlern, die den besonderen Reiz unserer Heimat mit ihren Mitteln darstellen. Der Kalender wird jedem Heimatfreund ein guter Begleiter durch das Jahr 2009 sein. Mit dem Erwerb dieses Kalenders unterstützen Sie die Kreisgemeinschaft bei ihrer wichtigen Arbeit für die ostpreußische Heimat.



### HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052.

**Grüßwort der amtierenden Kreisvertreterin zum Jahreswechsel** – Sie haben mir durch Ihre Aufmerksamkeiten Mut und Kraft gegeben, um das schwierige Jahr 2008 zu meistern. Mit Motivation und Zuversicht können wir dem Jahr 2009 entgegen sehen. Der vor uns liegende Neubeginn wird dazu führen, daß nun wieder ruhigere Vereinsarbeit geleistet werden kann. Ich bedanke mich bei allen, die mich unterstützt haben!

**Öffnung der Heimatstube** – An folgenden Sonntagen ist unsere Heimatstube in der Wilhelmstraße 3 a geöffnet: 11. Januar 2009 und 15. Februar 2009 ab 14 Uhr. Unsere Ahnenforscherin Frau Rauschnig wird an beiden Tagen Ansprechpartner für Sie sein. Sie freut sich auf Ihr Kommen.

**Bekanntmachung – Kreistags-sitzung / Wahl des Kreis-ausschuß der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil.** Unsere diesjährige Kreistags-sitzung findet am 21./22. März 2009 in Bad Pyrmont (Ostheim) statt. Einladungen mit Nennung der Tagesordnungspunkte sowie die Wahlvorschlagslisten werden termingerecht durch die amtierende Kreisvertreterin, Elke Ruhnke, an die wahlberechtigten Mitglieder des Kreistages versandt. Grundlagen dieser Wahl des

Kreisausschusses sind Paragraph 9 und Paragraph 10 der Satzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil vom 10. September 2005 und die Wahlordnung vom 6. September 1997. Die Wahlvorschläge werden mindestens vier Wochen vor der Wahlveranstaltung in der PAZ / Das Ostpreußenblatt veröffentlicht. Bitte Ergänzungen zur Tagesordnung bis zum 15. Januar 2009 an Frau Ruhnke richten.



### HEILSBERG

Kreisvertreter: Aloys Steffen, Telefon und Fax (02234) 71906, Am Clarenhof 18, 50859 Köln.

**Reise zum Jubiläum 700 Jahre Stadt Heilsberg** – Im August 2008 wurde die Stadt 700 Jahre alt. Seit 1251 besaß der jeweilige ermländische Bischof, nach der seit 1243 im Ordensland Preußen geltenden kirchlichen Ordnung, ein Drittel seiner Diözese als weltliches Fürstentum. Johann I. von Meißen (1350–55) legte im Winkel des Zusammenflusses von Alle und Simser den Grundstein für das im Ordensstil erbaute Heilsberger Schloß, seine Residenz, das unter seinem zweiten Nachfolger Heinrich III. Sorbom (1373–1401) vollendet wurde und bis heute als der besterhaltene Bau der Ordenszeit nach der Marienburg gilt. Schloß und Stadt teilten die wechselvolle, besondere Geschichte des Ermlandes innerhalb Ostpreußens, als nach der für den Orden verlorenen Schlacht bei Tannenberg 1410 neben Westpreußen im Thorner

Friedensvertrag (1466) auch das Ermland bis 1772 unter die Schutzherrschaft des polnischen Königs kam. So residierten bis 1795 deutsche und polnische Bischöfe in Heilsberg. Als Herzog Albrecht von Ansbach-Hohenzollern, als letzter Hochmeister, den verbliebenen Ordensstaat auf Anraten Martin Luthers in ein weltliches Herzogtum wandelte und in Königsberg die erste evangelische Landeskirche gründete, blieb das Ermland katholisch und ist es überwiegend geblieben. Die Treue und Liebe der Heilsberger zu ihrer Heimatstadt ist ungebrochen. Das zeigte auch die große Beteiligung an dieser Reise in die Heimat, so daß zwei Reisebusse bereitgestellt werden mußten. Um alle Reiseteilnehmer in der Stadt selbst unterbringen zu können, reichte das Hotel Pod Klobukiem nicht aus. Glücklicherweise konnte aber auch gleichsam in letzter Minute eine Dependance im ehemaligen Lyzeum, später Berufsschule, bezogen werden. Dieses heutige Hotel Kopernikus zum Schloß war nach 1945 eine Zeitlang Internat für behinderte Kinder, die die Behinderten-Schule in der Spannenkrebsstraße, ehemals evangelische Volksschule, besuchten. Einige Gäste wohnten auch im Kloster oder privat. Geistliche Reisebegleiter waren im ersten Bus „Heilsberg“ Pfarrer i. R. Oskar Müller (Liewenberg, jetzt Coesfeld) und im zweiten Bus „Heiligenfelde“ in dem auch „unser“ Trompeter Andreas Vollet mitfuhr, Pfarrer Arnold Margenfeld. Sowohl auf

Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung auf Seite 18

### Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung von Seite 16

Sie sich an, Telefon 7131.

**Köln** – Dienstag, 6. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe. Das neue Jahr soll mit Brauchtum aus Köln „Die Heiligen Drei Könige“ begrüßt werden. Prof. Dr. Huberty wird zu diesem Thema referieren. Kommen Sie und bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Anmeldungen bei Taruttis, Telefon (0221) 791616.



### RHEINLAND- PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

**Kaiserslautern** – Sonnabend, 3. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.



### SACHSEN- ANHALT

Vors.: Bruno Trinkowski, Hans-Löschner-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

**Stendal** – Vom 6. bis 16. Juli plant Dr. Lange eine Reise in die Heimat (von Masuren bis ins Baltikum). Der Reisepreis beträgt rund 1100 Euro pro Person bei HP/DZ. Anmeldungen und nähere Informationen bei Dr. Lange, Telefon (039322) 3760.



### SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (0371) 5212483, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Diens-tag, 9 bis 15 Uhr.

**Limbach-Oberfrohna** – Zum letzten Mal für 2008 kamen die Mitglieder zusammen. Die Gruppe besteht nunmehr seit 15 Jahren und die Festtagsstim-

Viele Menschen begleiten uns  
auf unserem Weg – eine Zeit lang.

Manche für immer, denn sie hinterlassen  
ihre Spuren in unseren Herzen

## Irmgard Fabrewitz

geb. Rosenhagen

\* 15. 5. 1925 † 11. 12. 2008  
Pr. Holland Walsrode



Du wirst uns sehr fehlen.

In stillem Gedenken  
Im Namen ihrer Verwandten und Freunde  
**Ruth Münter  
Dr. Peter Broschk**

29614 Soltau, Bürgermeister-Pfeiffer-Straße 24  
Traueranschrift: Dr. Peter Broschk, Kaffeewiese 14, 25436 Tornesch

Die Trauerfeier fand am Donnerstag, dem 18. Dezember 2008, um 12.30 Uhr in der Kapelle des Stadtfriedhofes, Bergstraße, statt.

Unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und  
Großtante

## Erika Storm

geb. Symanowski

geb. am 31. 12. 1939 in Adlersdorf/Orlowen,  
Kreis Lötzen als Tochter des Pfarrers  
Siegfried Symanowski und seiner Ehefrau  
Erna, geb. Geydan

ist nach langem, geduldig ertragenen Leiden am  
10. September 2008 entschlafen.

Der trauernde Geschwisterkreis mit Familien:  
**Sigrid Burmeister**, geb. Symanowski  
**Gerda Schumann**, geb. Symanowski  
**Arno Symanowski**  
**Reiner Symanowski**  
**im Namen aller Angehörigen**

Traueranschrift: Gerda Schumann, Am Wiehen 8a,  
32457 Porta Westfalica

Trauerfeier und Beisetzung fanden im engen Familienkreis statt.

Vater, in Deine Hände  
empfehle ich meinen Geist.

## Helga-Ingeborg Petzold

– Korschen –

\* 9. 10. 1923 † 2. 12. 2008  
Dönhofstadt/Ostpreußen Düsseldorf

**Monika und Theo Swart**

Traueranschrift  
Monika und Theo Swart, St.-Thomas-Str. 46, 52382 Niederzier

Die Urne wird in aller Stille beige-setzt.

Im Sinne der Verstorbenen bitten wir um eine Spende an das  
Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Düsseldorf – Konto 480 10003  
bei der Stadtparkasse Düsseldorf BLZ 300 501 10.

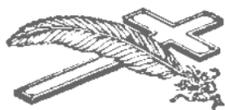
Wir haben Abschied genommen von meiner liebevollen und  
treusorgenden Mutter und verehrten Schwiegermutter

## Ursula Waschlewski

geb. 1. 5. 1926 in Königsberg  
verst. 12. 12. 2008 in Bielefeld

Ihr Leben war nicht immer leicht, und trotzdem war sie immer  
unser fröhliches Marjellchen aus Königsberg.

Danke für Deine Liebe. In stiller Trauer:  
**Deine Marion und Dein Horst**



Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung von Seite 17

der Hinfahrt, mit Übernachtungen in Schneidemühl und Elbing, als auch von Heilsberg aus wurde ein touristisches Programm geboten: Danzig / Oliva (mit hl. Messe im Olivaer Dom, gestaltet von Geistlichen und Mitreisenden der Gruppe), fahrt auf dem Oberlandkanal von Elbing bis Buchwalde. Die Verlandung des Drausensees hat derart zugenommen, daß man eine lange Strecke gar nicht merkt, den See bereits erreicht zu haben, so schmal ist die mühsam offengehaltene Fahrwinde, die nicht einmal mehr neben dem Schiff Platz für Paddler bietet. Die offene Seefläche war jetzt üppig mit blühenden Seerosen bedeckt. Gottfried-Herder-Museum in Mohrunen, Wernegiten mit Bademöglichkeit im Simsersee nach der hl. Messe in der dortigen Kirche, Waldspaziergang, Masurenfahrt mit Besuch von Heilige Linde, Staaken auf der Kruttinna und eine Schiffsrundfahrt auf dem Spirdingsee, Freilichtmuseum in Hohenstein, Kirche in Schönbrück, Kreis Allenstein und Wallfahrtsort Dietrichswalde, ehe am 6. August die Feiern zum 15jährigen Bestehen der Deutschen Gesellschaft in der prächtig restaurierten Kreuzkapelle in Heilsberg-Neuhof begannen.

An dieser hl. Messe mit dem Seelsorger für die dort lebenden deutschen Ermländer, Domherr André Schmeier, nahm auch der inzwischen eingetroffene Vorstand der Kreisgemeinschaft Heilsberg, Aloys Steffen, Walter Schimmelpfennig und Berthold Hoppe, mit Ehefrauen teil. Schon am Morgen hatte ein Bus Teilnehmer zu einer hl. Messe um 10 Uhr nach Blumenau gebracht. Von Neuhof ging es zum Heilsberger Waldfriedhof zur bewegenden Einweihung des Gedenksteins der Kreisgemeinschaft mit deutscher und polnischer Inschrift: „Zum Andenken an die ehemaligen Bewohner, die bis 1945 in Heilsberg lebten und in unbekanntem Gräbern ruhen.“ Der Kreisvertreter Aloys Steffen erinnerte an die tragischen Ereignisse im Winter 1945, als die Soldaten der Roten Armee auf unvorstellbar grausame Art Einwohner von Heilsberg verschleppten und ermordet haben und von denen niemand weiß, wo sie ruhen. Der jetzige Bürgermeister der Stadt, Artur Wais, knüpfte an das vorher gesagte an und brachte ab-

schließend zum Ausdruck, der Gedenkstein möge den nächsten Generationen eine Warnung vor weiteren Kriegen sein. Bürgermeister Wajs und Kreisvertreter Steffen enthüllten dann gemeinsam den Gedenkstein, der dann vom Domherr Schmeier gesegnet wurde. Bleibt noch zu bemerken, daß die Beteiligung an dieser Feierstunde sehr groß war. So legten unter anderem der Landrat von Heilsberg, der Vorsitzende des Ausschusses für nationale Minderheiten im Landtag, Jan Harchaj, und Krystyna Orłowska-Wojczulanis, als Direktorin des Kabinetts des Woiwodschafsmarschalls Blumengebinde nieder. Es folgte die fröhliche Jubelfeier des Jubiläums im Holzpa-

villon des Hotelgartens mit reichhaltigen warmen und kalten Büffets, Kaffee und Kuchen zwischen den Gratulations- und Festreden. Teilgenommen haben die Vertreterin des Woiwodschafsmarschalls, die Obrieken der Stadt und des Kreises Heilsberg und der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Gesellschaften in Ostpreußen, Henryk Hoch, sowie anwesenden Bewohnern und rund 100 Besuchern aus Westdeutschland. Es gab folkloristischen Darbietungen des Chores der Deutschen Gesellschaft Warmia, der deutschen Volkstanzgruppe Saga aus dem Nachbarkreis Barthenstein, der die Jugendgruppe der Heilsberger Johanniter in nichts nachstand, so daß bis in den Abend hinein draußen gefeiert werden konnte.

Das Ehepaar Marquardt aus Potsdam – Horst Marquardt ist gebürtiger Heilsberger (Ziegenstraße), wurde unter anderem für seinen jahrelangen Einsatz für Heilsberg in der Nachkriegszeit geehrt, überbrachte die besonderen Grüße von Erwin Eberlein, der leider die Reise- teilnahme absagen mußte. Etl-

che Reisen nach Heilsberg mit Lm. Steffen hat er schriftlich und fotografisch kommentiert und dokumentiert, und jahrelang hat er einen „Heilsbergkalender“ mit Fotos zu jeder Jahreszeit herausgegeben. Nun ließ er als Jubiläumsgeschenk durch Frau Marquardt je ein Exemplar seiner zu diesem Anlaß erstellten Bücher: „Das Schloß“ und „700 Jahre Heilsberg – Gesichter einer Stadt, ein Jubiläumsrundgang“ an den Vorsitzenden der deutschen Gesellschaft Warmia und an den Domherrn Schmeier überreichen. Das Buch „700 Jahre Heilsberg ...“ fand sofort großes Interesse beim Heilsberger Bürgermeister, so daß ihm das Buch zur Einsicht übergeben wurde. Die Glückwünsche der Kreisgemeinschaft Heilsberg an unsere Landsleute in der Heimat überbrachte der Kreisvertreter Aloys Steffen. Er versicherte, daß der Verein der Deutschen auch weiterhin unterstützt werde, und versprach die Übernahme der Kosten für ein dringend benötigtes Faxgerät. Am nächsten Tag startete die Gruppe frohgemut über Braunsberg nach Frauenburg, wo es eine Domführung, aber leider kein Orgelkonzert wie in Oliva und Heilige Linde gab. Auf dem Weg zum Schiffsanleger besuchten wir selbstverständlich den Gedenkstein für die vielen Opfer des Fluchtweges über das Frische Haff und die Nehrung. Die Anlage um den Stein ist mit Rasen, Blumen und kleinem Buschwerk umhegt, hat sich von Jahr zu Jahr vergrößert und verschönert und immer zeigen frische Blumen- gebinde vor dem Stein, daß sie besucht wird. Ein gemeinsames „Vater Unser“ für die Toten und das gesungene „Dona nobis pacem“ beendeten unser Gedenken. Dann ging es mit dem Schiff über den größten Friedhof Ostpreußens, das Frische Haff, hinüber zur Nehrung bei Kahlberg. Es herrschte nachdenkliche Stille bei der Überfahrt. Gut drei Stunden konnten wir uns in dem voll besuchten Ferienort aufhalten und auch in der Ostsee baden. Obwohl Kahlberg immer noch einen breiten Sandstrand besitzt, war von Sand kaum etwas zu sehen, so wimmelte es dort voll sich sonnenden Menschen. Ganz vorsichtig mußte man sich, Fuß vor Fuß setzend, den Weg zum Wasser suchen, um nicht auf eine ausgestreckte Hand, einem Handtuch oder herum wuselnde kleine Kinder zu treten (Fortsetzung in einer der kommenden Ausgaben).

KÖNIGSBERG-  
STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt.  
Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5,  
47049 Duisburg, Telefon (0203)  
2832151.

**Eine Busreise nach Rauschen und Königsberg (8. bis 17. September 2009)** – Eine zehntägige Busreise nach Rauschen und Königsberg vom 8. bis 17. September. Abfahrt ab Duisburg, 6 Uhr, Westeingang. Mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl, Hotel Rodlo. Weiterfahrt nach Marienburg (Fotostopp) und Braunsberg. Dort erwartet die Reisegruppe die russische Reiseleiterin Nadja zwecks beschleunigter Abfertigung. Drei Übernachtungen in Rauschen im Hotel Universal. Von dort aus werden Tagesausflüge unternommen. Am 12. September fährt die Gruppe nach Pillau und dann nach Königsberg, wo man im Hotel Kaliningrad Quartier bezieht. Dort bleiben die Reisetilnehmer bis zum 16. September. Der 16. September ist der Abreisetag, um 8 Uhr geht es vom Hotel zum Grenzübergang Braunsberg und von dort in Richtung Stettin (letzte Übernachtung). Weitere Informationen und das komplette Programm sowie Unterlagen für die Anmeldung erhalten Sie bei Willi Skulimma, Aackerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.

KÖNIGSBERG  
LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei,  
Bleichgrabenstraße 91, 41063  
Mönchengladbach, Telefon  
(02161) 895677, Fax (02161)  
87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12,  
32427 Minden, Telefon (0571)  
46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

**Ein schönes und heimatliches Geschenk** – Wer noch ein schö-

nes, kleines und gar heimatliches Geschenk für Verwandte und Freunde erwerben möchte, der sollte den Ostpreußenkalender 2009 des Heimatkreises Königsberg-Land bestellen. Entweder bei Carl Mückenberger, Telefon (0571) 46297, oder Gisela Broschei, Telefon (02161) 895677, für 12 Euro inklusive Porto. Dieser Kalender zeichnet sich dadurch aus, daß er nicht, wie viele andere, Ostpreußen aus dem Blickwinkel der Fotografen wiedergibt, sondern aus der Sicht und dem Empfinden von Künstlern, die den besonderen Reiz unserer Heimat mit ihren Mitteln darstellen. Der Kalender wird jedem Heimatfreund ein guter Begleiter durch das Jahr 2009 sein. Mit dem Erwerb des Kalenders unterstützen Sie die Arbeit der Kreisgemeinschaft.



## NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek,  
Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-  
Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

**Bildarchiv** – Mit Erscheinen dieser PAZ-Ausgabe besteht unter [www.neidenburg.de](http://www.neidenburg.de) die Möglichkeit, unter dem Link „Bildarchiv“ Bilder mit kurzen erklärenden Texten der Orte unseres Kreises im Netz anzusehen. Bisher sind Bilder von A = Albrechtsau bis G = Gedwangen bearbeitet. Die Stadt Neidenburg ist auch fertig. Das Bildar-

chiv wird laufend mit den noch fehlenden Orten ergänzt. Zunächst werden nur die Bilder bis 1945 bearbeitet von den Orten, von denen Papierbilder im Archiv in der Heimatstube vorliegen. Enkelkinder können die

Weihnachtstage vielleicht dazu nutzen, mit den Großeltern im Netz eine „Reise“ in die Heimat zu unternehmen.



## TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat,  
Gartenstraße 21, 26180 Rastede,  
Telefon (04402) 695727, Fax:  
(04402) 972237. Geschäftsstelle:  
Telefon (0431) 77723 (Anrufbe-  
antworter), Diedrichstraße 2,  
24143 Kiel.

**Berichtigung zum Tilsiter Rundbrief** – Auf der letzten Seite des 38. Tilsiter Rundbriefes wird das nächste Heimattreffen in Magdeburg mit einer falschen Datumsangabe angekündigt. Schriftleiter Ingolf Koehler bedauert das Versehen, welches bereits Irritationen ausgelöst hat. Es muß natürlich 25. April heißen. Das Treffen wird gemeinsam mit den Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung durchgeführt. Es findet also am Sonnabend, 25. April 2009 in Magdeburg statt. Austragungsort ist das AMO-Haus, Erich-Weinert-Straße 27. Dazu sind alle Tilsiter herzlich eingeladen. Einlaß ist um 9 Uhr. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzenden Ulrich Depkat (Tilsit-Stadt), Hartmut Preuß (Tilsit-Ragnit) und Manfred Romeike (Elchniederung) gibt es eine Totenehrung und das geistliche Wort. Mit einem reichhaltigen Programm wird der Ostpreußen-Singkreis Magdeburg die Anwesenden erfreuen. Die Tische sind ausgeschildert, damit sich Stadt- und Kreisgemeinschaften, Kirchspiele und Schulgemeinschaften zum ausgiebigen Plachandern zusammenfinden können. Das Ende dieser heimatlichen Zusammenkunft ist für 17 Uhr vorgesehen.

Die »Heimatarbeit«  
auch im Internet-Archiv unter  
[www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de)

## Juden in Ellingen

Ausstellung beschäftigt sich mit der kulturellen Vielfalt vor 1938

Das Schicksal der jüdischen Einwohner behandelt derzeit eine Ausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Die in Zusammenarbeit mit dem „Freundeskreis Barockstadt“ gestaltete Sonderschau fand bei ihrer Eröffnung, die mit jüdischer Klezmer-Musik umrahmt wurde, mit über 200 Besuchern großes Interesse.

Das Kulturzentrum Ostpreußen stellt derzeit einen Teil seiner Räume für die Geschichte Ellingens zur Verfügung. „Juden in Ellingen 1540 bis 1938“ heißt die Sonderschau, die nun zur Erinnerung an die Reichspogromnacht eröffnet wurde. Auch die Juden der Barockstadt Ellingen, in der das Kulturzentrum seine Heimat hat, waren von der Verfolgung betroffen. Zur Eröffnung des geschichtlichen Überblicks stellte der Ellinger Hermann Seis ein Buch vor, das die Probleme der Juden im genannten Zeitraum beschreibt. Diese beginnen nach den Ausführungen von Seis 1540 mit dem „Scharfen Mandat“ des Deutschen Ordens, das den „Judenwucher“ auch der Ellinger Juden geißelte und erläutert die Schutzbriefe der Barockzeit. Das Druckwerk führt die Ellinger Polizeiverordnung von 1685 auf, mit der die Juden den übrigen Bürgern nahezu gleichgestellt wurden. Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 genossen die

Juden das volle Bürgerrecht, bis die Nationalsozialisten diesem um etwa 1934 ein Ende setzten. „Bis vor einem Jahr habe ich geglaubt, daß alle Ellinger Juden die NS-Zeit überlebt haben. Im Laufe meiner Recherchen für das Buch

der Stadt ihrer Vorfahren habe er von deren Geschichte erfahren. Der ehemalige bayerische Landtagsabgeordnete und Altlandrat Georg Rosenbauer, ein Kenner der jüdischen Geschichte, kritisierte, daß viele Menschen

nichts von den Ausschreitungen gewußt haben wollen. Als Nachweis, daß dem nicht so sein könne, zitierte er aus einem Zeitungsartikel des Altmühlboten vom 5. November 1935, in dem über die Sitzung des Marktgemeinderates in Markt Berolzheim berichtet wird. Der Artikel beschreibt in allen Details den Erlaß einer Satzung, nach der unter an-



Seis bei seiner Buchvorstellung.

Bild: mef

derem die Zusammenarbeit mit Juden untersagt wurde und die den Juden das Betreten von „öffentlichen Anstalten sowie des Friedhofes“ verbot.

Bei der Ausstellungseröffnung erzählte auch der Vorsitzende des Freundeskreises Barockstadt, der 72jährige Manfred Specht, über seine Erinnerungen. Die NS-Zeit hatte er nicht mehr bewußt erlebt, aber durch Gespräche mit vielen Nachfahren der ehemaligen Ellinger Juden bei deren Besuchen in

Die Ausstellung „Juden in Ellingen 1540–1938“ im Kulturzentrum Ellingen ist bis zum 1. Februar 2009 Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 und von 14 bis 16 geöffnet.



Gertrud Altermann, Ehrenvorsitzende der Gruppe Chemnitz, hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine Ausstellung mit dem Titel „In Ost- und Westpreußen geboren – in Chemnitz mit Straßennamen geehrt“ zu erarbeiten. Mit Hilfe von einigen Vorstandsmitgliedern der Chemnitzer Gruppe wurde dieses Projekt Wirklichkeit. Ein Zeitdokument, mit dem Ostpreußen in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht wird. Die Straßennamen der ostpreußischen Dichter, Denker und Künstler sind für die Organisatoren der Schlüssel, das Interesse in der Öffentlichkeit zu wecken. Stellvertretend für viele andere wurden unter anderem Persönlichkeiten wie Emil Adolf v. Behring, Lovis Corinth, Johann Gottfried Herder, Arno Holz, Immanuel Kant, Käthe Kollwitz und Nicolaus Copernicus ausgewählt. Diese Schautafeln werden an verschiedenen Standorten in Chemnitz gezeigt. Dabei stießen diese auf sehr großes Interesse und regen Zuspruch.

Bild: PBB

# Zeitweilig stumm

Wenn Jugendliche das Sprechen verlernen

In den ersten Jahren eines Kindes ist man bemüht, ihm das Sprechen beizubringen. Kommt es dann in die Pubertät, möchte man den lieben Teeny manchmal in die Rippen boxen, damit auch nur ein einziges Wort seine ‚zugeklebten‘ Lippen verläßt.

Eines Tages fiel mir meine Lieblingstasse aus der Hand und zerschellte auf dem Steinfußboden der Küche. Mein Sohn, 14 Jahre jung, sah mich kurz an, grinste und sagte: „Futsch!“ Und ich war glücklich, daß Jens nach drei Tagen des Schweigens mal wieder gesprochen hatte; ich dachte nämlich, er habe seine Sprache für immer verloren.

Einige Tage später sprach ich mit seiner Lehrerin, die mich in die Schule bestellt hatte. Sie lächelte mich etwas schief an und meinte: „Ihr Söhnchen ist ein sehr nettes Kind. Wo haben Sie es aufgelesen?“ Ich lächelte ebenso schief zurück und erwiderte: „Auf dem Müllplatz.“ Danach haben wir sehr nett miteinander kommuniziert, obwohl sie mir klar machte, wenn der Knabe nicht ein kleines bisschen redseliger würde, bliebe er im nächsten Quartal sitzen.

Was so alles in der Schule passiert, erfährt man nur auf Elternsprechtagen. Eine Mutter sprach mich dort an: „Sagen Sie, Frau L., war ihr Jens auch mit dabei, als die Klasse komplett betrunken aus der Schule getorkelt kam? Dieses Thema will Frau Reinweiß heute anklingen lassen!“ Wie bitte? Alkohol? Mein Kind tut so etwas nicht! In unserer Familie ist Alkohol verpönt! Na ja, das bißchen Wein oder Bier am Abend ...

Ich verneinte natürlich, aber dann fiel es mir wie Schuppen von den Augen: Ich hatte vor Tagen eine Schnapsflasche im Mülleimer gefunden, und es war mir ein Rätsel, wer sie wohl hineingeworfen hatte. Ich sprach meinen Sohn daraufhin an. Er zuckte mit den Schultern. „Weiß nicht!“ Ich redete mit ihm einige Takte und dann kam der Satz: „Menno, jeder hat einen kleinen Schluck konsumiert. Von wegen

betrunken!“ Und auf die Frage, wer die Flasche mitgebracht habe, meinte er: „Ich habe sie nur entsorgt.“

Einmal fragte ich die Mutter einer Mitschülerin meines Sohnes, ob ihr Töchterlein denn auch so schweigsam sei. Sie nickte. „Wir wollten Gina schon bei einem Sprachkurs anmelden, aber sie sagte wütend: Bin ich Türkin?“

Frau Reinweiß, die Klassenlehrerin, hatte diese Worte gehört und vertraute uns lachend an: „Also, in der Klasse sagen Jens und Gina absolut nichts, aber wenn man sie auf dem Schulhof hört, rattern sie wie Maschinengewehre!“

„Wissen Sie, was ich gemacht habe, um meine Miriam zum Sprechen zu bringen?“ meinte eine dritte geplagte Mutter, „ich legte mich auf den Küchenboden und tat so, als sei ich friedlich eingeschlafen. Wissen Sie wie mein Töchterchen reagierte?“ Wir warteten gespannt auf ihre Antwort. „Mara beugte sich über mich und fragte, ob ihr neuer Pullover in der Wäsche sei oder nicht.“

Gestern kam Jens strahlend an und verkündete uns: „Ich bin Klassensprecher geworden!“

„Wie hast du denn das bei deiner großen Schweigsamkeit geschafft?“ wollte ich wissen. Er grinste. „Weil ich am besten von allen reden und andere überzeugen kann!“

Wir gaben es auf, uns zu ärgern, wenn er auf unsere wiederholte Frage, warum sein Zimmer wie ein Müllplatz wirke, lakonisch antwortete: „Ordnung ist zwar das halbe Leben, wie ihr immer sagt, aber was ist das dann für ein Leben?“

Heute beugte er sich über seinen Hausaufsatz über Ökologie und murmelte: „Jedes gebrauchte Tempo und jeder weggeworfene Schokoriegel zählt. Man muß mit dem Säubern der Umwelt bei sich selbst anfangen.“

Ich verließ sein Zimmer mit der Gewißheit, es werde sich alles von selbst fügen. Teenager sind bis zu einem gewissen Zeitpunkt Wesen, so weit von der Realität entfernt wie die Erde vom Mars.

Gabriele Lins

## Die große Stille – die Pubertät

# Eine Notgemeinschaft

Nicht immer wissen die Menschen ihr kleines alltägliches Glück zu würdigen

Manchmal schweiß das Schicksal merkwürdige Gemeinschaften zusammen beziehungsweise zwingt sie zu ihrem Glück.

Benommen legte Sabrina den Hörer auf die Gabel. Was ihre Schwester ihr da soeben mitgeteilt hatte, konnte man schon als echte Hiobsbotschaft bezeichnen. Wobei Sabrina allerdings nicht zu sagen gewußt hätte, was sie eigentlich mehr erschreckt hatte: der Autounfall ihres Schwagers oder die Aussicht, einen ganzen Nachmittag lang ihren Neffen auf dem Hals zu haben. Natürlich mochte sie den Kleinen gut leiden; aber sich stundenlang mit ihm beschäftigen zu müssen – diese Vorstellung erfüllte sie schon jetzt mit Grausen.

Doch ihr blieb keine Wahl. Versprochen war versprochen. Schließlich hatte sie noch deutlich die völlig verstört klingende Stimme ihrer Schwester im Ohr: „Sei so lieb, Bine, und paß auf Jan auf, bis ich aus dem Krankenhaus zurück bin. Es kam alles so plötzlich, ich weiß einfach nicht, wohin mit dem Jungen.“

„Aber das ist doch selbstverständlich, daß ich Jan solange zu mir nehme“, hatte Sabrina pflichtschuldigst versichert.

„Du bist ein Engel! Ich werde Jan auch einschärfen, sich ja gut zu benehmen. Deine schöne, gepflegte Wohnung – daß er bloß nichts kaputtmacht!“

Genau diese Befürchtung hatte auch Sabrina. Auf Eleganz und makellose Sauberkeit legte sie allergrößten Wert. Sie liebte es, sich mit schönen Dingen zu umgeben und zeigte sich auch sonst recht anspruchsvoll. Ein stilvolles Essen mit guten Freunden, Opern- und Konzertbesuche, anregende Gespräche bei einem Glas Wein – dies alles spielte eine wichtige Rolle in ihrem Leben, das sich so sehr von dem ihrer verheirateten Schwester unterschied.

Wie Uschi klebrige Fingerabdrücke auf dem Mobiliar, Berge von Schmutzwäsche und Essenskrümel in den Polsterritzen ertragen konnte, war Sabrina schon immer ein Rätsel gewesen.

Als es zehn Minuten später an der Tür klingelte, hatte sie ihre

Bedenken jedoch soweit verdrängt, daß sie ihre Schwester tröstend in den Arm nehmen und Jan aufmunternd durchs struppige Blondhaar streichen konnte. „Mach dir keine Sorgen, Liebes! Jan ist bei mir gut aufgehoben, und du kannst in aller Ruhe die Untersuchung abwarten und mit den Ärzten sprechen.“

Ein letztes Winken vom Balkon, dann zog es Jan auch schon vor den Fernseher: „Gleich kommt die Monster-Serie! Zu

Appetit hatte dieser jedoch einzig und allein auf Pizza. So sehr Sabrina ihn davon auch abzubringen ersuchte: Pizza mußte es sein. Wozu gab es schließlich einen Lieferservice? „Mama ruft da auch alle Weile an“, behauptete er treuherzig. Seine bettelnden Blicke weichten jedes Prinzip auf. Und so orderte Sabrina zum ersten Mal in ihrem Leben Pizza, Cola und Pommes frites.

Ungewohnte Düfte waberten durch die Wohnung, als Jan sich Minuten später begeistert auf das

der Gläser, so daß zumindest keine Splitter durch die Gegend flogen. Wie gelähmt starrte Sabrina auf die rötlichbraune Pfütze die nun in Windeseile in den Flor einsickerte. Du mußt sofort Salz darauf streuen, befahl ihr der Verstand, aber statt aufzuspringen blieb sie kraftlos sitzen. Erst als sich zwei Ärmchen um ihren Hals schlangen, ließ die Schockwirkung nach.

„Bitte nicht schimpfen!“ hörte sie Jan flüstern. „Ich hab’s doch nicht gewollt ...“ Sie blickte auf,



Haben eine erstaunlich Mache: Wer kann Kinderaugen schon böse sein?

Bild: ddp

Hause darf ich die auch immer gucken!“

„Monster-Serie?“ Sabrina runzelte die Stirn. Doch ehe sie ins Programmheft schauen konnte, hatte sich Jan bereits der Fernbedienung bemächtigt. Sabrina bezweifelte, daß die dinosaurierähnlichen Gestalten, die da grummelnd über den Bildschirm tappten, sich besonders positiv auf die geistige Entwicklung ihres Neffen auswirkten. Aber die Aussicht, zumindest für die nächste drei-

viertel Stunde ihre Ruhe zu haben, ließ ihren pädagogischen Eifer rasch erlahmen.

Während Jan gebannt das Treiben seiner schuppigen Lieb-linge verfolgte, inspizierte Sabrina ihre Essensvorräte. Früher oder später würde der Junge Hunger bekommen, und Nudeln mit Champignonrahm schienen ihr genau das Richtige zu sein. Zumal die helle Soße keine Flecken hinterließ, falls Jan beim Essen kleckern sollte!

Erstaunlicherweise ging nichts zu Bruch. Der dicke Schurwollteppich dämpfte den Aufprall

sah in die großen reuevollen Augen ihres Neffen, und plötzlich wich jeder Druck von ihr.

„Nein, ich schimpfe nicht. Und der Mama erzählen wir auch nichts davon. Weißt du, es gibt so gute Fleckenmittel, davon wird der Teppich wieder wie neu. Und wenn nicht“, sie lächelte, lächelte wie befreit: „Nun, dann legen wir einfach einen hübschen kleinen Läufer darüber...“

Jan nickte getröstet und sein Vertrauen wurde auch dann nicht enttäuscht, als zwei Stunden später das Telefon klingelte: „ich bin’s, Uschi! Stell dir vor, Achim hatte wirklich Glück im Unglück! Keine inneren Verletzungen, sagen die Ärzte, nur eine leichte Gehirnerschütterung, Prellungen und zwei gebrochene Rippen. Ich komme jetzt gleich zu dir und hol’ den Jungen ab. Sag, war er denn wenigstens brav?“

„Aber ja“, erwiderte Sabrina und zwinkerte ihrem ängstlich lauschenden Neffen zu. „In gewisser Hinsicht war es geradezu heilsam für mich, ihn hierzuhaben ...“

Renate Dopatka

## Ein kleiner Wirbelwind fegte durchs Leben

# SUPER-ABOPRÄMIE für ein Jahresabo der

## Wulf D. Wagner Das Königsberger Schloss

Eine Bau- und Kulturgeschichte Bd. 1. Von der Gründung bis zur Regierung Friedrich Wilhelms I. (1255-1740), gebunden, 390 Seiten, Format 31 x 24 cm mit über 300 Abbildungen und Fotos.

Das 1255 vom Deutschen Orden gegründete Schloss zu Königsberg war die älteste Residenz des brandenburg-preussischen Staates und bis 1701 einer der herausragenden Herrscherorte Nordosteuropas. Der erste Band der Bau- und Kulturgeschichte zeichnet die Geschichte des Schlosses umfassend und erstmals anhand neu erschlossener Textquellen und Bilddokumente als Bauwerk und Hof der preussischen Herzöge und brandenburgischen Kurfürsten nach.

## Unser Königsberg-Paket für Sie!

**Das Große Königsberg-Paket als Geschenk für Sie!**  
Es enthält den wertvollen Bildband „Das Königsberger Schloss“ und den historischen Stadtplan von 1934.

Einfach absenden an:

Preussische Allgemeine Zeitung  
Oberstraße 14 b · 20144 Hamburg  
oder am schnellsten per **SERVICE-TELEFON bestellen**  
Telefon: 040/41 40 08 42 · Fax: 040/41 40 08 51  
www.preussische-allgemeine.de

Schicken Sie mir bitte die Preussische Allgemeine Zeitung von der nächsten erreichbaren Ausgabe an für mindestens 1 Jahr und zusätzlich die Prämie für z.Zt. nur EUR 99,60 im Jahr (inkl. Versandkosten). Mit dem Bezug der Preussischen Allgemeinen Zeitung werde ich gleichzeitig Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen. Gültig ist der jeweils aktuelle Bezugspreis. Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Für bestehende oder eigene Abonnements oder Kurzeitabos (unter 12 Monaten) wird keine Prämie gewährt. Im letzten halben Jahr waren weder ich noch eine andere Person aus meinem Haushalt Abonnent der Preussischen Allgemeinen Zeitung. Prämienauslieferung solange Vorrat reicht. Lieferung nur innerhalb Deutschlands.

Ja, ich abonniere für mind. 1 Jahr die Preussische Allgemeine Zeitung und erhalte das Geschenk-Paket Königsberg  bequem + bargeldlos durch Bankabbuchung  gegen Rechnung **PAZ**

Name/Vorname: \_\_\_\_\_  
Kontonummer: \_\_\_\_\_  
Straße/ Nr.: \_\_\_\_\_  
Bankleitzahl: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Geldinstitut: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_  
Geburtsdatum: \_\_\_\_\_

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!



Zusätzlich erhalten Sie von uns noch unseren Königsbergaufkleber und unseren Heimitanstecker



ANTWORT COUPON



# Siegeszug um die Welt

Berta Hummel schuf nicht nur die Vorlagen für die berühmten Figuren, sondern auch Gemälde und Zeichnungen

Vor 100 Jahren wurde die durch ihre Kinderzeichnungen weltbekannte Künstlerin Berta Hummel geboren. In ihrem Geburtsort Massing ehrt man die Malerin mit einem kleinen Museum und einer neuen Ausstellung.

So mancher Sammler wird sich gefreut haben, als unter dem Weihnachtsbaum eine der beliebten Hummel-Figuren stand. Leider ist die Produktion der Figuren von der Firma Goebel eingestellt worden. Was nicht zuletzt auch die Preise hochgetrieben hat. Ein günstiges Vergnügen war es noch nie, die putzigen kleinen Porzellanfiguren zu sammeln. Dabei hat ihre Schöpferin Berta Hummel es zunächst gar nicht im Sinn gehabt, Kunstgewerbe dieser Art zu schaffen. Sie wollte einfach das zeichnen, was sie sah: Kinder in ihrem Umfeld, beim Spielen, beim Verkleiden.

Als Franz Goebel 1934 bei ihr um die Lizenz bat, ihre Zeichnungen in Figurinen umzusetzen, sagte sie nur zögerlich zu. Sie erkannte genau die Gefahren der gnadenlosen Gesetze industrieller Vermarktung. Im Laufe der Jahre entstanden über 400 verschiedene Figuren, darunter auch Neuschöpfungen in ihrem Stil.

In Deutschland soll inzwischen jeder zweite Haushalt eine Hummel-Figur besitzen. Die Figuren fanden aber auch weltweit eine große Anhängerschaft, insbesondere in den USA, nachdem amerikanische Soldaten die Figuren nach 1945 als Mitbringsel aus Deutschland nach Hause gebracht hatten. Der 1977 gegründete Goebel Collectors' Club, heute M. I. Hummel Club, hat in den USA über 200 000 Mitglieder (in Europa zirka 60 000), und sogar die amerikanische ehemalige First Lady Betty Ford besaß eine ansehnliche Sammlung.

Ebenso erstaunlich wie der Erfolg der Hummel-Figuren ist der Lebensweg ihrer Schöpferin. Berta Hummel wurde als drittes von sieben Kindern eines Kaufmanns am 21. Mai 1909 in Massing an der Rott geboren. Schon früh interessierte sie sich für Kunst. Mit 15 erhielt sie von den Eltern einen ersten Malkasten mit Ölfarben.



Berta Hummel: Über den Dächern (1928/30, Aquarell)

Bild: Berta-Hummel-Museum

Von 1927 bis 1931 studierte sie an der Staatsschule für Angewandte Kunst in München bei den Professoren Maximilian Dasio und Else Brauneis und schloß als Klassenbeste mit der Lehramtsprüfung für Zeichenlehrerinnen ab. In der Studienzeit entstanden Porträts, Karikaturen, Stadtansichten, Stilleben und Selbstporträts in expressionistischem Stil. Nach ihrem Studium trat sie 1931 zunächst als Kandidatin

in das Kloster der Franziskanerinnen von Sießen in Oberschwaben ein, das sie durch zwei mit ihr in München studierende Franziskanerinnen kennengelernt hatte.

Mit der Einkleidung nahm sie den Ordensnamen Maria Innocentia an. Ab 1931 arbeitete sie als Zeichenlehrerin im Kloster Sießen und in einer vom Kloster betreuten katholischen Schule im nahen Saugau; ab 1931 war sie auch

künstlerische Leiterin der kloster-eigenen Paramentenherstellung (die im Kirchenraum und in der Liturgie verwendeten Tücher).

Erste Ausstellungen und erste Buchveröffentlichungen in katholischen Verlagen waren sehr erfolgreich. Neben den Kinderbildern schuf Berta Hummel auch religiöse Bilder in allen Formaten, darunter ein Altarblatt in Massing, eine Pietà in Tuttlingen, ein Bild des

Heiligen Konrad von Parzham in der Stadtpfarrkirche Mariä Himmelfahrt in Bad Kötzing sowie Altarbilder in Tuttlingen und Rathmannsdorf. Auch Landschaftsmalereien und ein unvollendeter, expressionistischer Kreuzweg-Zyklus im Kloster Sießen sind erhalten.

1944 erkrankte die stets gesundheitlich angegriffene Ordensschwester an einer Rippenfellentzündung, von der sie sich nie ganz erholte. Eine Tuberkulose war die Folge. Berta Hummel starb im November 1946 im Alter von nur 37 Jahren im Mutterhaus in Sießen, auf dessen Friedhof sie begraben ist.

Die Künstlerin Berta Hummel zu ehren ist Hintergrund einer Ausstellung, die noch bis in den Mai hinein im Berta-Hummel-Museum in Massing zu sehen ist. Unter dem Titel „Seelenlandschaften“ werden Werke von Hummel denen von Lovis Corinth (1858–1925) und Peter Wittmann, geboren 1951, gegenübergestellt.

Von Berta Hummel sind vorrangig Landschaftsbilder und Stadtansichten ihrer bayerischen Heimat zu sehen, die während ihrer Münchener Studienjahre entstanden sind. Eine

Reihe von Bildern aus ihrer späteren Schaffensperiode, als Franziskanerin im Kloster Sießen, zeigen Landschaften zusammen mit ihren „Hummelkindern“ wie auch Landschaften mit religiösen Motiven, wie das Bild „Hirten auf dem Weg nach Bethlehem“.

Von dem im ostpreußischen Tapiaw geborenen Lovis Corinth sind die berühmten Walchenseebilder zu sehen, während der Regensburger Maler und Gartenkünstler Wittmann Landschaften zeigt, die von 1984 bis 1989 anlässlich seines ausgedehnten Himalayaaufenthalts entstanden sind.

Außer den Werken der drei Künstler werden im Eingangsbereich des Museums alte Hummel-

Figuren sowie Hummel-Puppen gezeigt. Eine kleine Auswahl interessanter Stücke aus der weltweit größten Hummelfigurineensammlung, die sich ebenfalls im Besitz des Museums befindet.

In der ständigen Ausstellung gibt es darüber hinaus einen Überblick über das gesamte umfangreiche Schaffen der Künstlerin. Die Fülle der Arbeiten läßt sich in acht Themenkreise gliedern. Zeitlich sind sie den Jahren des Studiums und ihrem

späteren Schaffen zuzuordnen: Porträts, Blumenstücke und Stilleben, Kinder, religiöse Themen, Landschaften und Stadtansichten, Karikaturen, Aktzeichnungen, angewandte Kunst, darunter Entwürfe für Textilbearbeitung von Tischleinen bis zu Kinderhandschuhen.



Gänseliesel nach einem Entwurf von Berta Hummel

Bild: Berta-Hummel-Museum

hen. Alle Arbeiten zeichnen sich durch die genaue Beobachtungsgabe der Künstlerin aus. Ihr gelang es, mit leichtem Strich das Wesentliche einzufangen. Silke Osman

Das Berta-Hummel-Museum im Hummelhaus, Marktplatz 32, Massing, ist Montag bis Sonnabend von 9 bis 17 Uhr, Sonntag von 10 bis 17 Uhr geöffnet, Eintritt 4 / 2 Euro. Seit kurzem steht an der Autobahnausfahrt Mühldorf Nord (A94) auch ein Hinweisschild auf das Berta-Hummel-Museum im Hummelhaus sowie auf das Niederbayerische Freilichtmuseum Massing. Von der Ausfahrt sind es noch 22 Kilometer nach Massing.

## Ein himmlisches Vergnügen

Der Sammler Johann Fischer hat rund 14 000 Darstellungen von Engeln um sich geschart

Nicht nur zur Weihnachtszeit sind auf Tüten, Geschenkpapier, Schachteln, Dosen und Dekorationsmaterial die beiden kindlichen Engel des italienischen Renaissance-Malers Raffael abgebildet. Dieses berühmte Bild prägt die Vorstellung vieler Menschen von den Himmelsgestalten, die zwischen Gott und den Menschen angesiedelt sind.

Die Vorstellung von Engeln als Helfer einer Gottheit existiert seit einigen tausend Jahren und ist in fast allen Kulturen und Religionen zu finden. Aus dem 3. Jahrtausend v. Chr. stammen erste Abbildungen eines geflügelten Wesens.

Viele Menschen glauben an Schutzengel, deren Verehrung seit dem 9. Jahrhundert weite Verbreitung fand. „Man sagt, jeder Gläubige, selbst wenn er ganz klein in der Kirche ist, sei von einem Engel begleitet“, stellt der christliche Gelehrte Origines (185–254 n. Chr.) fest. Seit 1670 ist das Schutzengelifest verbindlich für die ganze katholische Kirche vorgeschrieben. Es wird am 2. Oktober gefeiert.

Ein Schutzengel war es, davon ist Johann Fischer aus Kürten bei Köln fest überzeugt, der ihm bei einem Autounfall zur Seite stand. Der Versicherungsvertreter entging 1985 nur knapp dem Tod.

Stoff. Sie begleitet Fischer seitdem auf allen Autofahrten.

„Damals kam mir die Idee, möglichst viele Schutzengel ins Haus zu holen“, erklärt Johann Fischer. Aus dieser Idee entwickelte sich

kam zusammen. Zuerst fanden die Neuerwerbungen im Wohnzimmer Raum, dann wick Fischer in die Hausflure aus, schließlich in Garage und Keller und dann – quasi als i-Tüpfelchen, in ein extra angeschafftes Fachwerkhäuschen im Garten. „Alles was Flügel hat“, scherzt der Sammler, „war mir willkommen.“

Zufall oder Schicksal? Engel-sammler Fischer wohnt in einem Ortsteil von Kürten, der ausge-rechnet Engeldorf heißt. Als „Engel von Engeldorf“ schaffte er mit seiner Engelsammlung, die bis dahin auf 12 642 verschiedene



Engel in jeder Form: Eine Sammlung sprengt alle Vorstellungen.

Bild: Dietmar Michel

Fast fünf Monate lag der damals 50jährige im Krankenhaus. Seine Töchter schenkte ihm als Trost und Schutz eine Engelpuppe aus

schnell eine heute ausufernde Sammlung: Kunst und Kitsch, Nippes und Wertvolles, aber immer als Engel zu Erkennendes

Engel angewachsen war, im Jahr 2002 einen Eintrag ins Guinnessbuch der Rekorde“. An Maientagen gaben sich Besucher aus

## Gute Vorsätze fürs neue Jahr

An der Schwelle eines neuen Jahres gibt es wohl kaum einen Menschen, der nicht darüber nachsinnt, was er in diesem neuen Jahr anders machen möchte als zuvor. Mal kürzer, mal länger läßt man Revue passieren, welche kleinen und größeren Sünden man begangen hat. Der eine möchte unbedingt auf die kalorienreiche Schokolade verzichten, die ihm als Seelenröster in schwierigen Augenblicken diene, der andere will dem blauen Dunst Ade sagen, zu sehr merkt er die Auswirkungen des Nikotins auf die Gesundheit.

Weniger Schokolade, weniger Zigaretten – und dann? Ersatz muß her. Kaugummi? Sieht irgendwie blöd aus, erinnert an die Kühe auf der Weide. Gummibärchen? Haben (fast) genauso viele Kalorien wie Schokolade. Verflixt. Es ist gar nicht so leicht, gute Vorsätze in die Tat umzusetzen. Schnell sind sie vergessen.

Einfacher ist es da schon, wenn man sich vorgenommen hat, zu seinen Mitmenschen ein wenig freundlicher zu sein, sich Zeit zu nehmen für ihre kleinen Sorgen und Nöte, ihnen zuzuhören. Da vergißt man auch, nach der rettenden Schokolade oder Zigarette zu greifen. SiS

Siegfried Schmidtke

## Bruch des Völkerrechts

### Luftkrieg gegen Deutschland

In jüngster Vergangenheit sind mit den Büchern des britischen Philosophen Anthony Clifford Grayling „Die toten Städte“ und des deutschen Politikwissenschaftlers Lothar Fritze „Die Moral des Bombenterrors“ zwei umfangreiche Werke zu der Frage erschienen, ob die alliierten Bombenangriffe während des Zweiten Weltkrieges Kriegsverbrechen waren oder wenigstens als moralisch verwerflich beurteilt werden müssen. Sie erfuhr aus den Federn von politisch-korrekten Rezensenten eine herbe Abfuhr, weil ihre juristische

### Ein fiktives Tribunal wegen Dresden

philosophische Sicht der Ereignisse „des praktischen Bezugs“ entbehre. Jetzt folgt von dem deutschen Juristen Bernd Schumacher ein weiterer Band zu der Problematik: „Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg“. Der Autor nimmt sich auch aktueller Themen an, wie der Frage, wie sich die Deutschen heute zu diesem ungeheuren Kriegsverbrechen, dessen Opfer sie wurden, verhalten und welche Konsequenzen sie aus dem ungesühnt gebliebenen Völkerrechtsbruch ziehen. Die von Schumacher aufgeworfenen Fragen lassen erkennen, wie spannend seine Darstellung ist. Er fragt, ob man – wie es heute gern geschieht – die alliierten Massenmorde aus der Luft mit der angeblichen deutschen Kollektivschuld begründen kann. Waren der britische Premier Winston Churchill und der Chef des Bomber Command Arthur Harris Kriegsverbrecher im Sinne des Völkerstrafrechts? Waren die Flächenbombardements, die das Ziel hatten,

möglichst viele Zivilisten zu töten, ein Bruch des Völkerrechts? Und wenn ja, ergeben sich daraus Ansprüche auf Reparationsleistungen den Briten und US-Amerikanern gegenüber? Am Rande der zitat- und quellenreichen Darstellung werden Fragen behandelt, die bisher in der öffentlichen Diskussion keine Rolle spielten, wie etwa die nach den von der Roten Armee 1945 in Dresden beschlagnahmten und in die Sowjetunion gebrachten Dokumente über die Folgen der Luftangriffe vom Februar 1945.

Anregend ist auch Schumachers Gedankenspiel, ein fiktives Kriegsverbrechertribunal wegen der Vernichtung Dresdens durchzuführen, bei dem der britische Regierungschef ebenso auf der Anklagebank gesessen hätte, wie die Führung der Royal Air Force.

Beschämend ist der Abschnitt, in dem der Autor schildert, wie man heute in Deutschland der bis zu 600 000 Luftkriegstoten gedenkt. Nicht selten wird dabei auf Erinnerungsmalen und in Reden von Offiziellen nicht den wirklichen Tätern die Schuld zugeschrieben; stattdessen beschuldigen sich die Deutschen selbst nach der Devise, daß es nur gute Alliierte und böse Deutsche gebe.

Das in klarer Sprache geschriebene Buch sei jedem an der Zeitgeschichte ernsthaft Interessierten empfohlen. H.-J. von Leesen

**Björn Schumacher: „Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg – Morale bombing‘ im Visier von Völkerrecht, Moral und Erinnerungskultur“, Ares Verlag, Granz 2008, 344 Seiten, gebunden, 19,10 Euro**



## Wenn die Armen rebellieren

### Autorin skizziert mögliche Folgewirkungen einer schlecht ausgebildeten Jugend

München 2020: Die armen Unterprivilegierten rotten sich zusammen, es droht der „Aufstand der Unterschicht“. Die Wirtschaftsredakteurin Inge Kloepper beginnt ihr Buch mit diesem Horrarszenario, um dann in die Gegenwart zurückzuspringen und ausführlich am Beispiel des 20jährigen Jascha zu erklären, wie die rund zehn Prozent benachteiligten Jugendlichen, die ohne Schulabschluß, Ausbildung und somit ohne Perspektive sind, eines Tages zur Gefahr für alle anderen werden können.

Die Mitarbeiterin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nimmt ein trauriges Massenphänomen der Gegenwart zum Thema und bricht es auf den Einzelfall Jascha herunter. Am Beispiel des Sohnes einer alleinerziehenden Mutter mit fünf Kindern von zwei Vätern

mit wechselnden Liebhabern und sporadischen Jobs, aufgewachsen in einer Berliner Plattenbausiedlung, zeigt die Autorin auf, daß Kinder wie Jascha keine Chance haben. Ohne Vorbilder aufgewachsen, glaubten sie selbst nicht, irgendeine Chance im Leben zu haben, und zerstörten aus Trotz alles, was gut ist. Eigentlich will Inge Kloepper um Verständnis für Ja-

nahmslos oder Alkoholiker gewesen waren. Sie bemüht sich, eine heile Familie zu sein, selbst nach der Trennung der Eltern hält der Vater Kontakt. Die Mutter resigniert jedoch irgendwann vor ihren rebellierenden Kindern und zieht sich in ihr eigenes Privatleben zurück. Ein wirklich Schuldiger ist im vorgestellten Fall also nicht zu finden. Was also tun?

torin kurz zuvor selber schildert, wie Jaschas Truppe einen braven Nachbarsjungen aus einer Mittelschichtsfamilie verprügelt, nur weil er anders ist als sie.

„Was wir ahnen: Spätestens dann, wenn eine künftige Bundesregierung gezwungen sein wird, die Sozialleistungen drastisch herunterzufahren, könnten sich die Verteilungskämpfe drastisch zuspitzen“, warnt die Autorin. Zwar beschreibt sie die vorhandenen Probleme mit aus dem deutschen Bildungssystem fallenden Jugendlichen anschaulich und entwirft mögliche Folgen nachvollziehbar, wirkliche Lösungen kann sie jedoch nicht anbieten.

Mitleid mit dem bockigen, sich verweigernden, Leistung verachtenden Jascha kommt zudem nicht auf. Rebecca Bellano

**Inge Kloepper: „Aufstand der Unterschicht – Was auf uns zukommt“, Hoffmann und Campe, Berlin 2008, gebunden, 300 Seiten, 19,95 Euro**

### Ohne Liebe und Chancen aufgewachsen, entsteht ein großes Gewaltpotential

scha werben, doch das gelingt ihr nur bedingt. Lehrer, zahlreiche Sozialpädagogen und Betreuer in Wohnheimen bemühen sich um den Jungen, der genau wie seine älteren Geschwister den Drang zur Zerstörung hat. Natürlich ist es schwer, sich in einen Menschen hineinzuversetzen, der nur wenig Liebe in seinem Leben erfahren hat, allerdings gehört Jascha nicht zu jenen, deren Eltern total teil-

Noch mehr Geld in noch mehr staatliche Betreuung? Das schlägt Inge Kloepper vor. Außerdem kritisiert sie die Mittelschicht, die ihre Kinder von der Unterschicht fernhielten, deren Kindern damit aber die Möglichkeit verlor, am Beispiel der Freunde ein anderes, besseres Leben kennenzulernen.

Diese Kritik hat jedoch einen bitteren Beigeschmack, da die Au-



## Kindsmörderin will reden

### Neuer Psychothriller der US-Bestsellerautorin Joy Fielding

Joy Fielding 1992 ein Weltbestseller. Seitdem hat sie immer wieder mehr oder weniger spannende Psychothriller auf den Buchmarkt gebracht. „Die Katze“ heißt der neueste Roman, der durchgehend gute Unterhaltung liefert. Wer jedoch seine Nervenstärke testen möchte, ist bei „Die Katze“ falsch, denn dafür ist die Handlung nicht spannend genug.

Charley, eigentlich Charlotte, Webb hat eine Kolumne bei einer Zeitung in Florida. Die unverhei-

ratete 32jährige lebt mit ihren beiden Kindern isoliert von den Nachbarn, da die scharfzüngige Journalistin den meisten Mitmenschen zu anstrengend ist. Abgesehen davon hat sie neben ihren beiden Kindern genug mit ihrem alkoholabhängigen jüngeren Bruder zu tun, den sie ständig irgendwo auflesen muß, da er mal wieder seinen Entzug nicht durchgestanden hat. Auch ihre eben erst wieder in ihr Leben zurückgekehrte Mutter stellt Charley vor Herausforderungen, da sie gerne ihren Bruder und ihre beiden Schwestern mit der Mutter, die den Vater samt Kindern vor zwei Jahrzehnten verließ, versöhnen würde. Mitten in diesen Alltag flattert eine Bitte bei

ihr ein: Die dreifache Kindsmörderin Jill Rohmer fragt Charley, ob sie ein Buch über sie schreiben möchte.

Erst zögert die zweifache Mutter, doch dann setzt sie sich mit dem Anwalt der zum Tode Verurteilten in Verbindung. Zu groß ist die Neugier, was eine junge, hübsche Babysitterin dazu bringt, die ihr anvertrauten Kinder zu foltern und dann zu töten. Vor allem die Frage, ob die Anfang Zwanzigjährige wirklich allein die Taten verübt hat, reizt die Journalistin.

Joy Fielding beschreibt schnörkellos und ohne große Überraschungen die Treffen von Charley mit Jill und ihrem Anwalt im Gefängnis. Die angehende Buchautorin erfährt viel über die unschö-

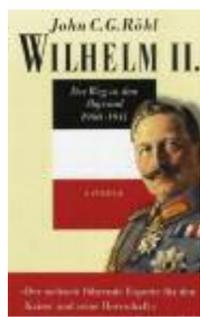
ne Kindheit von Jill, doch nach Befragungen bei deren Bekannten und Verwandten stellt sich heraus, daß Jill nicht das reine Opfer ist, daß sie zu sein vorgibt.

Gegen Ende des Romans versucht die Autorin, die bisher den Leser gradlinig durch die Handlung geführt hat, den Leser auf eine falsche Fährte zu locken, doch noch bevor Charley bemerkt, daß sie einer Lüge auf den Leim gegangen ist, dürfte der Leser schon erkannt haben, wer Jills Komplize war, der nun in einem relativ rasanten Finale Charleys Familie bedroht. Bel

**Joy Fielding: „Die Katze“, Goldman, München 2008, gebunden, 477 Seiten, 19,95 Euro**

## Die zentrale politische Gestalt

### Historiker sieht Kaiser Wilhelm II. als Verantwortlichen für den Untergang



Am 27. Januar 2009 jährt sich der Geburtstag des letzten Deutschen Kaisers Wilhelm II. zum 150. Mal. Der Sohn Kaiser Friedrich III. (1831–1888) und der englischen Prinzessin Viktoria (1837–1901), einer Tochter der englischen Königin Viktoria I., wurde nach dem Tode seines Vaters am 15. Juni 1888 der dritte Deutsche Kaiser des von Reichskanzler Otto von Bismarck (1815–1898) begründeten zweiten deutschen Kaiserreiches.

Passend zu diesem 150. Geburtstag erschien vor einigen Wochen der dritte und letzte Band einer recht umfangreichen Biographie über Kaiser Wilhelm II. mit dem Buchtitel: „Wilhelm II. – Der Weg in den Abgrund 1900 bis 1941“, die der britische Historiker und ehemalige Professor für Neuere europäische Geschichte an der englischen Universität Sussex John C. G. Röhl als sein Lebenswerk geschrieben hat.

Wer sich die Mühe gemacht hat, die drei Bände mit insgesamt 4100 Buchseiten zu lesen, kommt hinsichtlich der Intention des Verfassers zu der Erkenntnis, daß es Röhl nicht um eine Biographie

aufgrund gesellschaftsgeschichtlicher Perspektive in der Art und Weise ging, wie sie beispielsweise sein britischer Kollege Ian Kershaw über Hitler und zugleich über den Nationalsozialismus und den „Führerstaat“ geschrieben hat. Vielmehr wollte der Autor vor allem mit seinen Darlegungen im dritten Band für die Zeit von 1900 bis zur Abdankung belegen, daß Kaiser Wilhelm II. „die zentrale politische Gestalt der Wilhelminischen Epoche“ gewesen sei, da er alle „grundlegenden Entscheidungen“ zur Personal-, Außen- und Militärpolitik allein getroffen habe. Dabei habe seiner Außenpolitik jegliche Beständigkeit gefehlt. Vielmehr sei er impulsiv und sprunghaft gewesen und habe die deutschen Entscheidungsmöglichkeiten klar überschätzt.

Diese Feststellungen Röhls scheinen in sich schlüssig. Dennoch ist die Frage erlaubt: Treffen sie zu? Spiegeln sich Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches hauptsächlich in einer Person und ihrem Handeln? Sicher, zahlreiche kaiserliche Willensbekundungen scheinen vor Röhls Grundfeststellung der unzeitgemäßen „Alleinherrschaft“ Wilhelms zu sprechen.

### Analysen sind von Einseitigkeit geprägt

Es ist nicht zu leugnen, daß Kaiser Wilhelm durch seine Sprunghaftigkeit, seine häufige Taktlosigkeit, seine unbeherrschten, undiplomatischen Äußerungen dazu beitrug, das Deutsche Reich bündnismäßig zu isolieren, von dem fatalen Bündnis mit dem Habsburger Reich einmal abgesehen. Und zu Recht hat sich Röhl gegen die Auffassung seines Kollegen Hans-Ulrich Wehler gewandt, der Kaiser sei im Grunde stets nur ein bloßer „Schattenkaiser“ gewesen und habe deshalb seiner Epoche nicht das ihm zugesprochene Gepräge gegeben.

Nun war Wilhelm II. zwar kein „Schattenkaiser“, aber er war ebenfalls kein Monokrat, mag er auch davon geträumt haben, daß er es sein könnte. Röhls Auffassung berücksichtigt unter anderem viel zu wenig das gesellschaftliche und politische Umfeld und widerspricht in seiner Ausschließlichkeit eindeutig den politischen Realitäten. Alle bedeutungsvolleren politischen Entscheidungen beruhten auf Bestrebungen politisch einflussreicher Kräfte des Kaiserreiches.

Diese Bestrebungen wurden von den Reichsämtern und den preußischen Ministerien beach-

tet und aufgegriffen und mit entsprechender Berücksichtigung schließlich vom Kaiser entschieden. Dabei muß beachtet werden, daß der Kaiser bei den politischen Entscheidungen eine wichtige, jedoch entgegen Röhls Meinung nicht die einzige und vielfach auch nicht die letztlich entscheidende Instanz war. Denn weder der Kaiser noch der Reichskanzler und die Reichsämter hätten ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse handeln können. Und die Außenpolitik wurde seit der Jahrhundertwende immer intensiver von der Zuspitzung der Gegensätze der Großmächte im internationalen Rahmen bestimmt, der sich Wilhelm manchmal entziehen wollte, aber selbstverständlich nicht konnte.

Trotz aller Kritik an Röhls Prämisse, Wilhelm habe die Politik und Mentalität des Kaiserreiches bestimmt und verkörpert und sei in der Außenpolitik „der alles entscheidende Macher“ gewesen, ist dennoch anzuerkennen, daß Röhl mit „Wilhelm II.“ ein grundlegendes Geschichtswerk vorgelegt hat. Falko Gramse

**John C. G. Röhl: „Wilhelm II. – Der Weg in den Abgrund 1900 bis 1941“, C.H. Beck, München 2008, geb., 1696 Seiten, 49,90 Euro**



## Einfach weg

### Die Queen reist inkognito

meist freundlich lächelnde, kleine, grauhaarige Dame scheint über ebenso viele einfarbige Tweedkostüme inklusive passendem Hut, Handtasche, Handschuhen und Schuhen zu verfügen, wie es Farben auf der Erde gibt. Je nach Stimmung und Anlaß lächelt uns die Queen in Moos- oder Waldgrün, in Himmel- oder Marineblau, in Altrosa oder Lachsrosen, Apricot- oder Pfirsichfarben neben über-schminkten Skandalnudeln stets hoheitsvoll von den Seiten der Klatschblätter entgegen.

In dem Roman „Die Autobiografie der Queen“ der gebürtigen Londonerin Emma Tennant lernen wir die britische Monarchin jedoch einmal von einer ganz anderen Seite kennen. Eigentlich hätte die Autorin ihren Roman auch „Die Queen hat's satt!“ nennen können, denn in diesem Stil beginnt die fiktive Geschichte.

Die Queen schleicht sich heimlich, ihren Rollkoffer wie einen Kinderwagen vor sich herschiebend, aus dem Schloß, um zum Flughafen zu fahren und von dort aus inkognito in die Karibik zu flie-

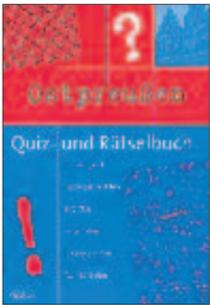
gen. Mit einem gefälschten Ausweis reist sie als Gloria Smith und wird, da sie nicht mit Gefolge und Vorankündigung reist, auch nicht als Queen erkannt.

Als wäre die Vorstellung, daß die Queen von England eines Tages neben einem in Flugzeug sitzt, nicht schon abstrakt genug, malt Emma Tennant uns mit blumigen Worten das Bild einer Queen, die nicht wie sonst im Tweedkostüm ihre Hand zum königlichen Gruß ihres Volkes erhebt, sondern das einer alten Dame, die dem verwirrten Hotelpersonal gegenüber stets von „wir“ spricht, wenn sie sich selbst meint, und die ungerührt im weißen Kostüm und mit geschenkten Flip Flops über den weißen Karibik Strand von Windsor Village marschiert, um in einem Rum Shop fleghaften Touristen Bananen-Daiquiris zu servieren – eine wahrhaft amüsante Vorstellung.

„Die Autobiografie der Queen“ ist Emma Tennants 21. Roman, und auch wenn diese vernünftige kleine Novelle die Queen etwas durch den Kakao zieht, so darf sich die Autorin als Mitglied der Royal Society of Literature diesen kleinen Spaß auf Kosten der Königin sicherlich erlauben. A. Ney

**Emma Tennant: „Die Autobiografie der Queen“, dtv, München 2008, broschiert, 156 Seiten, 9,95 Euro**

Alle Bücher sind über den PMD, Telefon (03 41) 6 04 97 11, zu beziehen.



Ostpreußen Quiz- und Rätselbuch



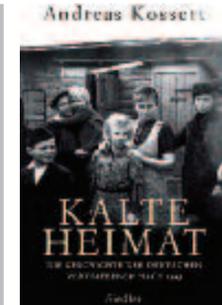
Die Hitler-Jugend



Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Von der Pflicht zu führen

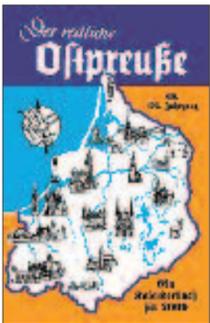


Kalte Heimat

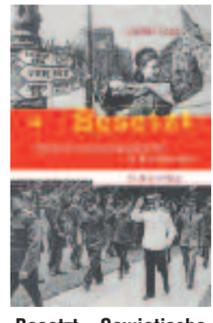
Ostpreußen und seine Maler 2009



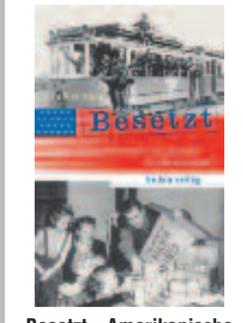
Kalender 2009 + Gratis Zugabe



Der redliche Ostpreuße 2009



Besetzt - Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland



Besetzt - Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland

Inge Mommert Ostpreußische Erinnerungen

Arno Surminski Gruschelke und Engelmannke

„Feschwiever schabberten“, der „Diewel“ am Sonntagmorgen



Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939

lesensWERT! Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Der PMD wünscht Ihnen ein glückliches und erfolgreiches neues Jahr!

Max Riemer, Wilhelm Obgartel Geschichtliches Heimatbuch Ostpreußen

Albrecht Rotacher Stalins langer Schatten

Ostpreußen-Reise 1937

Unsere Musikempfehlung 100 Deutsche Volkslieder, 3-CD-Box

Fuchs, du hast die Gans gestohlen

Frank-Lothar Kroll Preußens Herrscher

Der redliche Ostpreuße 2009

Epoche der Restauration, der Revolution und der deutschen nationalen Einigung

Der fröhliche Ostpreuße

Hans-Joachim Zimmermann Hrsg. So geschah es...

Reinhard Hauschild Flammendes Haff

Klaus Garber Das alte Königsberg

Masuren-Fibel

Heinz Nawratil Die deutschen Nachkriegsverluste

Björn Schumacher Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg

Bestellcoupon form with fields for name, address, phone, and price.

## MELDUNGEN

## Und wieder kein Weltuntergang

Roßdorf - „Voll daneben“ - mit diesen Worten kann man die Vorhersagen von Wahrsagern für 2008 zusammenfassen. Das zeigt eine Auswertung der Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften. Weder gab es einen Anschlag auf US-Präsident George W. Bush noch besuchten Außerirdische die Erde. Mehrere angekündigte Weltuntergänge - zum Teil tagesgenau datiert - blieben ebenfalls aus. *idea*

## Tourismusboom in Island

Reykjavik - Das krisengeschüttelte Island erlebt einen Tourismusboom. Nachdem die isländische Krone knapp 70 Prozent ihres Außenwertes verloren hat, ist die Vulkaninsel für Ausländer so günstig wie lange nicht. Das Fremdenverkehrsamt in der Hauptstadt Reykjavik verbuchte im November 40 Prozent mehr Touristenberatungen als im Vorjahresmonat. Vor allem US-Amerikaner, Briten, Dänen und Deutsche nutzen die Gelegenheit zum Schnäppchenurlaub.

## ZUR PERSON

## Pate eines Weltbildes

Mit Samuel Huntington ist ein Politikwissenschaftler gestorben, der wohl wie kein anderer seit dem Ende des Kalten Krieges den USA die ideologische Rechtfertigung für ihre Hochrüstung und ihre Interventionen geliefert hat. Gerade Huntington hat der Kultur entscheidende Bedeutung für das Selbstverständnis von Individuen und Gesellschaften beigegeben, und so erscheint es wie eine gewisse Ironie des Schicksals, er gerade am de facto bedeutendsten Festtag seines Kulturkreises gestorben ist.

Samuel Phillips Huntington kam am 18. April 1927 in New York City zur Welt. Seine politikwissenschaftliche Ausbildung genoss er an der Yale University. Das dortige Studium schloß er 1946 mit dem Bachelor-Abschluß ab. Zwei Jahre später erwarb er den Master-Grad an der Chicago University. 1951 promovierte er an der Harvard University in Cambridge/Massachusetts schließlich zum Ph. D.

1950 begann er seine akademische Lehrtätigkeit an der Harvard University in Cambridge, an der er in den darauffolgenden Jahrzehnten Karriere machte. Daneben betrie er als Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats und des „Institute for Defense Analysis“ mehrere Regierung seines Landes.

Im Jahre 1993 stand er mit seiner in „Foreign Affairs“ herausgegebenen Studie „The Clash of Civilizations“ (Kampf der Kulturen) Pate für ein neues Weltbild. Nachdem es nach dem Sieg der von den USA angeführten freien Welt über das von der UdSSR dominierte sozialistische Lager kurze Zeit so schien, als sei nun eine Art paradiesisches Endstadium der Geschichte erreicht, präsentierte Huntington dem Sieger des Kalten Krieges mit den nichtwestlichen Kulturkreisen ein neues Feindbild. *M.R.*



Die Krise macht's möglich

Zeichnung: Mohr

## Loch im Rechtsgut

Wieso Ägypter deutsche Klamotten tragen sollten, womit wir den Piraten drohen, und warum Frau Schmidt es auch nicht weiß / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Im Gestrüpp der Weltpolitik kann man sich ganz schön verheddern. Die Tore des US-Gefangenenlagers an der Bucht von Guantánamo sind noch gar nicht geöffnet, da ringen Außenminister Steinmeier und sein Parteifreund Sebastian Edathy vom Bundestags-Innenausschuß bereits mit Feuereifer darum, die Häftlinge in Deutschland aufzunehmen.

Und zwar nicht nur die, denen man keine Schuld nachweisen konnte, sondern auch erwiesene Verbrecher, denen in der Heimat Verfolgung drohe. Soll heißen: Islamisten, die aus Staaten kommen, wo sie von der Regierung als Volkshelden empfangen werden, die dürfen ziehen. Stammen sie jedoch aus Ländern, die im Kampf gegen den islamistischen Terror mehr oder minder mit uns kooperieren (weshalb Islamisten dort „Verfolgung“ droht), dann behalten wir die mutmaßlichen Terrornetzwerker lieber hier in Deutschland.

Anders gesagt: Je näher uns eine der orientalischen Regierungen beim Kampf gegen den Terror steht, desto härter treffen sie die Früchte unseres Mißtrauens. Schließlich kann man getrost davon ausgehen, daß keines der Länder von Marokko bis Pakistan im Umgang mit Terrorverdächtigen jenen Grad an menschenrechtlicher Korrektheit walten läßt, den deutsche Untersuchungsausschüsse anmahnen.

Diese Korrektheit führt bisweilen zu putzigen Resultaten. Auf Weisung aus Berlin hat die Marine die somalischen Piraten also wieder laufen gelassen. Und warum? Weil beim Überfall auf den ägyptischen Frachter, bei dem die deutschen Soldaten dazwischengingen, „keine deutschen Rechtsgüter“ betroffen waren.

Pech für den ägyptischen Seemann, der bei der Seeräuber-Attacke verletzt wurde: Seine Gesundheit ist leider kein deutsches Rechtsgut. Was wäre wohl passiert, wenn die Piraten die überfallene Frachterbesatzung komplett niedergemacht hätten? Laufen lassen, da ja „kein deutsches Rechtsgut“ gemeuchelt wurde?

So wäre es wohl gekommen. Aber damit hätten es die Entscheidungsträger in Berlin selbst-

verständlich nicht bewenden lassen. Man ist sich schließlich „seiner internationalen Verantwortung bewußt“. So hätten wir die armen Freibeuter mit dramatischen Appellen überzogen, „endlich der Gewalt abzuschwören“. Vielleicht wäre sogar eine Dringlichkeitssitzung von was auch immer auf die Somalis zugekommen, wenn nicht gar ein Gipfeltreffen, auf dem „Sorge und Abscheu angesichts ihrer menschenverachtenden Taten“ ausgedrückt worden wäre, die „die internationale Gemeinschaft nicht bereit ist, tatenlos hinzunehmen“, sprich: Wenn ihr jetzt nicht beeindruckt seid und spurt, dann gibt es noch ein Gipfeltreffen und noch eins und ... und dann sollt ihr mal sehen!

Verletzten oder gar ermordeten Seeleuten nützt das freilich wenig. Aber da gäbe es vielleicht Abhilfe: Die Ägypter hätten sich ihre Seemannsklamotten doch bei einem deutschen Kostümverleih borgen können. Dann wäre da im Falle eines Einschusses ein Loch drin im „deutschen Rechtsgut“ und schon müßte das Amtsgericht Hamburg aktiv werden. (Das ist nach deutschem Recht zuständig für Vergehen in internationalen Gewässern.)

Womit die eigentlichen Probleme allerdings erst begännen. Was der Pirat wohl als erstes machen würde, nachdem er deutschen Boden betreten hat? Nicht nur Sie und ich ahnen es, auch die Politik ist sich sicher: Er würde postwendend Asyl beantragen. Und er hätte damit sogar gute Chancen. Der gefaßte Räuber bräuchte nur anzumelden, daß er in der Heimat seines Lebens nicht sicher sei. In jener Räuberhöhle, die einmal der Staat Somalia war, ist niemand seines Lebens sicher.

Auf Millionen Afrikaner könnte das wie ein Fanal wirken. Statt sich auf den lebensgefährlichen Törn übers Mittelmeer oder den Atlantik zu wagen, hätte sich eine ganz neue Tür nach Europa geöffnet: Werde Pirat, kaper ein Schiff, laß dich von der deutschen Marine erwischen, und es geht be-

quem per Flugzeug auf Kosten der Bundesrepublik nach Deutschland. Dort hockt man dann seine Zeit im Knast ab und genießt danach Bleiberecht.

Das ist der Grund, warum die deutschen Politiker gar nicht so scharf darauf sind, die Pest der Meere in Hamburg anzulanden. Die Briten übergeben ihre Gefangenen übrigens in Mombasa an die Kenianer, die sie bei sich vor Gericht stellen und bestrafen. Das klingt nach einer eleganten Lösung, ist für uns Deutsche aber ganz und gar indiskutabel. Unsere Menschenrechtsaktivisten saßen schon im Flugzeug, noch bevor die Marine den allerersten Piraten

in Kenia abgeliefert hat, um die menschenunwürdigen Bedingungen in den kenianischen Zuchthäusern zu beklagen. Kaum einen Monat später hingegen Außen- und Verteidigungsminister am Spieß einer Parlamentarischen Untersuchungskommission.

Herrjeh! Was also tun? Herholen geht nicht, an Kenia überstellen auch nicht, und wieder laufen lassen wie geschehen? Nun ja, damit wäre die Piraterie für die Seeräuber weiterhin so riskoreich wie das Räuber- und Gendarmes-Spiel auf einem deutschen Kindergeburtstag. Die vielbeschworene „Abschreckungswirkung“, die der deutsche Einsatz angeblich zum Ziel hat, bliebe ziemlich begrenzt.

Man könnte sich natürlich eine eigene Einrichtung vor Ort schaffen, zum Beispiel ein Fleckchen Land pachten, wo man die Gefangenen vor Gericht stellt und sie ihre Strafe weitab von Deutschland abbrummen läßt. Namensvorschlag: Germantánamo Bai.

Wie dem auch sei: Es keimt der düstere Verdacht, daß unsere Maßgaben zum Umgang mit Kriminellen in den robusteren Gegenden der Welt nicht wirklich greifen. Man hat den Eindruck, daß die deutschen Ordnungskräfte dort unten in etwa den Respekt einheimen, der einem Polizisten zuteil würde, der eines der harten Großstadtghettos mit einer Knall-

korkenpistole im Halfter durchstreift. Man könnte ja jemandem wehtun.

In jedem Falle bereichert die Piratenjagd das neue Jahr um eine skurrile Debatte mehr. Was 2009 sonst noch bringt, will keiner mehr genau prophezeien. Die Vorhersagen für 2008 waren ein solcher Schlag ins Wasser, daß die einst so selbstbewußten Auguren bei Banken, Forschungsinstituten und in der Politik alle noch patschnaß sind. Daher halten sich jetzt alle ein bißchen zurück. Doch langweilig ist das auch nicht. Die neue Behutsamkeit treibt nämlich ihre ganz eigenen Blüten.

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt wurde vom ZDF gefragt, ob es mit dem Gesundheitsfonds beim Beitragssatz von 15,5 Prozent bleibe. „Ich kann Ihnen das doch heute gar nicht sagen“, war ihre entwaffnende Antwort. Mit anderen Worten: Ich habe das zwar angesäuert, aber wie in aller Welt soll ich denn wissen, wie es ausgeht? Die Ministerin warnt uns vor „Spekulationen über die künftige Finanzausstattung des Gesundheitssystems“. Wir brausen also einfach mal drauflos in unbekannter Richtung. Wenn uns der ganze Krempel kostenexplosionsartig um die Ohren fliegt, wissen wir ja, daß es gekracht hat.

Doch ein wenig Angst hat Frau Schmidt doch. Für den Fall, daß die Kosten durch die Decke schießen, spricht sie sich dafür aus, den von den Arbeitnehmern zu zahlenden Sonderbeitrag zu zahlenden Sonderbeitrag aus Steuermitteln zu finanzieren. Aus Mitteln also, die wiederum die Arbeitnehmer über ihre Steuern zu schultern haben.

Das Spiel nennt man Linke-Tasche-rechte-Tasche. Der Trick ist, daß man den unbedarften Bürgern das Geld zuerst in die eine Tasche hineinstopft und erst später aus der anderen wieder herauszieht - mit Zins und Zinseszins, versteht sich. Wer Spaß an diesem Spiel hat, der wird 2009 voll auf seine Kosten kommen. Durch das unerfreuliche Zusammentreffen von Wahljahr und Wirtschaftskrise werden bombastische Summen über den Spielteich gehen, während sich im Hintergrund die Rechnungen stapeln.

## ZITATE

Der Vermögensverwalter Werner Ullmann spricht im „Handelsblatt“ (22. Dezember) von der Möglichkeit einer unkontrollierbaren Inflation infolge der milliarden schweren Hilfsprogramme:

„Ein bis über beide Ohren verschuldeter Staat kann keine Garantie mehr über den Wert des Geldes abgeben. Am Ende findet das Geld seinen inneren Wert zurück.“

Der Wirtschaftsexperte des US-„Center for Economic and Policy Research“, Dean Baker, hält die Behauptung, niemand habe die Krise kommen sehen können, für eine billige Ausrede. Dem Sender „n-tv“ sagte er:

„Es war absolut vorhersehbar. Unsere Politiker waren einfach unglaublich nachlässig. Wir haben gesehen, wie die Immobilienpreise völlig aus der Bahn gerieten. Es gab ein Dahinschwimmen von Richtlinien bei der Kreditvergabe. Für jeden, der sich die Mühe gemacht hatte, genauer hinzusehen, war es keine Überraschung. Unterm Strich war es Fahrlässigkeit und Faulheit seitens der verantwortlichen Wirtschaftswissenschaftler und Politiker.“

## Quousque tandem ...?

Er ist ein Teil von jener Kraft, die's düstert nach Zerstörung, er schießt verquer aus Leidenschaft und suhlt sich in Empörung.

Er ist der Geist, der stets vermint, wo andre pflügen, säen, er liebt es - er, der dran verdient! - die Zahler noch zu schmähen.

Die Richtung wies sein Frankfurt-Test mit Publikumsbeschimpfung - ja, gegen solche Bühnen-Pest versagt bis heut' die Impfung.

Da wundert's kaum: Er hat nun mal 'nen Hang für Terroristen statt bloß fürs Küchenpersonal wie fromme Helenisten.

Mit Eifer schnorrte dieser Held für Ensslins neue Zähne, doch rausgeschmissen war das Geld - sie hatte andre Pläne.

Die Bochum-Tage brachten klar ihn näher seinen Zielen: Bei Wackernagel konnt' er gar Verjährungshelfer spielen!

Dann kam ein roter Ruf aus Wien, die größte deutsche Bühne in zeitgeisttiefen Schlamm zu ziehn mit Zwietracht und Ranküne.

Er hat's im Vandalismus-Drang sich nicht entgehen lassen und durfte dreizehn Jahre lang in Narrenfreiheit prassen!

Sein Ausgedinge in Berlin ist eher knapp bemessen, er müht sich aber weiterhin, daß wir ihn nicht vergessen:

Der Wirtschaft hat er ein Gedicht Tucholskys angepriesen, nur hat sich als Verfasser schlicht ein anderer dann erwiesen.

Es war halt leider kein Skandal und höchstens was zu lachen, doch Täterschutz hilft allemal, um wieder Wind zu machen:

Drum holte er sich ungeniert den Klar als Praktikanten - wie lang noch, frag' ich, toleriert man solche Intendanten?